



MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Aufgaben, Konflikte und Akteure im Prozess der
Demokratisierung Bulgariens“

Verfasser

Dobromir Ivanov

Angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Ich widme die vorliegende Masterarbeit meiner lieben Großmutter, die im Jahr 2014 gestorben ist. Ihr letzter Wille war mein Abschluss in Wien, wo sie auch studiert und meinen Großvater kennen gelernt hat.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel I: Einleitung	5
1. Einführung ins Thema	5
2. Problemaufriss, Fragestellung und Zielsetzung der Arbeit	6
3. Aufbau der Arbeit und Skizze des geplanten Vorgehens	7
Kapitel II: Geschichtlicher Umriss	9
1. Vorgeschichte und Voraussetzungen für die Beständigkeit des kommunistischen Systems in Bulgarien	9
1.1 Bulgarien nach 1944	9
1.2 Die Dissidentenbewegung	14
2. Die Wende	17
3. Die Geschichte nach der Wende	20
3.1 Der Runde Tisch	20
3.2 Die ersten demokratischen Wahlen	24
Kapitel III: Aufgaben, Konflikte und Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens	28
1. Aufgaben im Prozess der Demokratisierung Bulgariens	28
1.1 Die neue bulgarische Verfassung	28
1.2 Entstehung und Etablierung vom Parteilpluralismus	30
1.3 Marktwirtschaft	32
1.4 NATO-Mitgliedschaft und EU-Beitritt	36
2. Konflikte im Prozess der Demokratisierung Bulgariens	46
2.1 Links/Rechts (BSP/SDS)	46
2.2 Verlierer/Gewinner	51
3. Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens	56
3.1. Politische Parteien	56
3.1.1 BKP (BSP)	57
3.1.2 SDS	61
3.1.3 DPS	66
3.1.4 NDSV	68
3.1.5 GERB	71
3.1.6 ATAKA	74
3.2 Die Nationalversammlung/Das Parlament	75

3.3 Der Staatspräsident	83
3.4 Medien	87
Kapitel IV: Zusammenfassung und Ausblick.....	90
4.1 Analyse und Interpretation der Experteninterviews.....	90
4.2 Zusammenfassung.....	96
Anhang	
Literaturverzeichnis/Bibliographie	101
Transkripte der Experteninterviews	107
Abbildungsverzeichnis	148
Abkürzungsverzeichnis.....	148
Lebenslauf des Verfassers	151
Abstract (deutsche Fassung)	152
Abstract (englische Fassung).....	153

Kapitel I: Einleitung

1. Einführung ins Thema

Am 10. November 2014 wurden 25 Jahre seit dem Beginn der Wende in Bulgarien gefeiert, als der langjährige Staatsoberhaupt Todor Schiwkow nach einer 33 Jahre langen Regierungszeit am 10. November 1989 auf einer Tagung des Politbüros des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) zum Rücktritt gezwungen wurde. Dieses Ereignis markiert den Anfang der politischen Wende in Bulgarien und des Übergangs zur Demokratie und zu einer freien Marktwirtschaft. Die Änderungen im ehemaligen kommunistischen Block beginnen mit dem Aufstieg Michail Gorbatschows in der Sowjetunion, mit dem auch der Prozess der Perestroika anfängt. Am Tag vor dem Sturz von Todor Schiwkow fiel die Berliner Mauer in Deutschland, die das Ende einer ganzen Epoche markierte. Die Mitglieder* des Zentralkomitees der BKP billigten den Rücktritt von Schiwkow und ernannten zur selben Zeit Petar Mladenow zu seinem Nachfolger als Generalsekretär des BKP. Kurz darauf wurde Petar Mladenow zum Präsidenten des bulgarischen Volkes gewählt. Im Juni 1990 erfolgten dann die ersten Mehrparteien-Parlamentswahlen in Bulgarien und zwar nach einem 45 Jahre langen totalitären Regime. So beginnt der langsame, komplexe und mühsame Weg des Landes in Richtung Demokratisierung, Marktwirtschaft, Mitgliedschaft in der NATO und der Europäischen Union (EU) mit dem vorrangigen Ziel, das Erbe der Vergangenheit zu überwinden. Der langwierige Prozess der Transformation zur Demokratie und Marktwirtschaft betraf alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereiche. Der lange Weg der Demokratisierung erweist sich als ein schwerer und qualvoller Prozess. Der Anfang der Wende lässt sich zwar zeitlich leicht feststellen, dasselbe könnte allerdings über den Abschluss dieses Prozesses diskutiert werden. *“Formal gesehen dauert die gewöhnlich mit ‘Wende’ bezeichnete Phase für Bulgarien von 1989 (Ablösung des jahrzehntelangen Regimes von Partei- und Staatschef Todor Schiwkow) bis zum EU-Beitritt des Landes zum 1. Januar 2007¹”*

¹ Burneva, N. (2013), s. 200

* Auf eine geschlechtsneutrale Schreibweise wird zugunsten der syntaktischen Ästhetik verzichtet; an allen Stellen, an denen lediglich die männliche Form verwendet wird, sind immer auch weibliche Personen gemeint.

2. Problemaufriss, Fragestellung und Zielsetzung der Arbeit

Die vorliegende Masterarbeit hat zum *Gegenstand* die Entstehung der Demokratie in Bulgarien und die Wesenszüge der Demokratisierung Bulgariens nach der Wende im Jahr 1989. *Ziel* dieser Arbeit ist es zu analysieren, warum sich der Prozess der Demokratisierung in Bulgarien über so lange Zeit hingezogen hat und welche die wesentlichen Grundzüge dieser Zeit waren. Im Mittelpunkt steht die Analyse der wichtigsten Aufgaben, Konflikte und Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens. Ziel der Masterarbeit ist es, einen möglichst umfassenden Überblick über das politische System des Landes zu geben. Zuerst erfolgt eine kurze Darstellung der politischen Geschichte Bulgariens vor und nach der Wende. Im Hauptteil werden sowohl das bulgarische Regierungssystem mit seinen wichtigsten Bestandteilen – der Bulgarischen Verfassung, dem Staatspräsidenten, der Regierung, der Volksversammlung, der Parteienlandschaft und dem Verfassungsgericht – als auch die Beziehungen Bulgariens zu einigen internationalen Organisationen dargestellt und erläutert. Der Verfasser ist der Ansicht, dass die politische Transformation 1994 endet, und vertritt die These des amerikanischen Transformationsforschers Samuel Huntington, der behauptet, dass ein zweimaliger Regierungswechsel, wobei die neuen Machthaber auch kompetitive Wahlen verlieren und die Macht noch einmal friedlich abgeben, ein wichtiger Beweis für die Konsolidierung der Demokratie sei. „*A second turnover shows two things. First, two major groups of political leaders in the society are sufficiently committed to democracy to surrender office and power after losing an election. Second, both elites and publics are operating within the democratic system; when things go wrong you change the rulers, not the regime. Two turnovers is a tough test of democracy.*“² Andererseits meint der Verfasser dieser Arbeit, dass die reale wirtschaftliche Transformation erst mit der Privatisierung im Jahr 1997 beginnt. Allerdings erweist es sich als schwierig, eindeutig zu bestimmen, wann diese Transformation endet. Deswegen lautet die *Arbeitshypothese*, dass der ganze Prozess der Demokratisierung Bulgariens erst mit dem EU-Beitritt von 2007 abgeschlossen wird, da es sich um keine interne, sondern um eine externe Legitimation handelt. Dies kann als aussagekräftiger Beweis dafür angesehen werden, dass sich die bulgarische Gesellschaft in allen Bereichen transformiert hat und dass Bulgarien eine funktionierende Demokratie und Marktwirtschaft besitzt. Aus diesem Grund wird großer Wert auf den Zeitraum zwischen 1989 und 2007 gelegt. Weiterhin wird versucht, eine

² Huntington, S. (1991), s. 268

Antwort auf die *Fragestellung* zu geben: *Welche waren die wichtigsten Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens und welche Rolle spielten sie?*

Da der Verfasser selbst in Bulgarien geboren wurde, ist er an diesem Thema besonders interessiert. Zudem hat er während seiner Jugend persönliche Erfahrungen mit dem Leben in der postkommunistischen Zeit in Bulgarien sammeln können, da er kurz vor der Wende im Jahr 1989 geboren ist und somit hautnah erleben konnte, welche die Konsequenzen der damaligen Politik waren und wie sich die Demokratie entwickelt hat.

3. Aufbau der Arbeit und Skizze des geplanten Vorgehens

Die Masterarbeit wird wie folgt gegliedert: Im zweiten Kapitel werden die Vorgeschichte und die Voraussetzungen für die Beständigkeit des kommunistischen Systems in Bulgarien dargestellt. Diese Grundlage wird benötigt, damit die Untersuchung der Fragestellung darauf aufgebaut werden kann. Im nächsten Schritt werden Erklärungsansätze dafür geliefert, wie die Demokratie in Bulgarien entstand. Im Laufe der vorliegenden Masterarbeit werden die wissenschaftlichen Inhalte diverser Primär- und Sekundärquellen ausführlich präsentiert und diskutiert. Zu den verwendeten Primärquellen zählen dabei vor allem einer Reihe von Beiträgen in Büchern, Zeitschriften, wissenschaftlichen Journals u. a; die einbezogenen Sekundärquellen setzen sich in erster Linie aus relevanten einschlägigen Verordnungen und Gesetze zusammen. Wenn eine politikwissenschaftliche Arbeit über die Entstehung und Entwicklung einer Demokratie und eines neuen Mehrparteiensystems zu verfassen ist, muss zwangsläufig mehr Rücksicht auf die historische Darstellung als auf die theoretische Analyse genommen werden. Die für diesen Punkt relevante wissenschaftliche Grundquelle ist der Beitrag von Iskra Baeva und Evgenia Kalinova, der eine umfangreiche geschichtliche Darstellung des bulgarischen Übergangs in ihrem Buch „Die bulgarischen Übergänge 1939-2005³“ liefert. Die theoretische politikwissenschaftliche Grundlage bezieht sich auf verschiedene Beiträge des bekannten bulgarischen Politikwissenschaftlers Georgi Karasimeonow. Er beschreibt im Einzelnen und analysiert folgende Schwerpunkte: die spezifischen Ausgangsvoraussetzungen des Transformationsprozesses in Bulgarien, die Entstehung und die Entwicklung der politischen Parteien, das Wahlrecht und das Wahlsystem, das Wahlverhalten der Bürger, die politische Kultur und ihre Rolle für den

³ Die deutschsprachige Ausgabe des Beitrags heißt „Bulgarien von Ost nach West: Zeitgeschichte ab 1939“ und wurde von Michael Meznik übersetzt. Das Buch wurde 2013 in Wien veröffentlicht.

Demokratisierungsprozess sowie die Regierungsbildung. Zu diesem Thema legt der Verfasser auch einen großen Wert auf den Beitrag von Wolfgang Ismayr „Die politischen Systeme Osteuropas“.

Im dritten Kapitel werden die Aufgaben, Konflikte und Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens dargestellt. Besondere Aufmerksamkeit wird den Organisationsstrukturen der politischen Parteien in Bulgarien und deren Geschichte gewidmet. Dabei werden insbesondere die Transformationsprobleme nach der Wende erläutert, die zu einer sehr großen politischen und wirtschaftlichen Krise geführt haben.

Damit die Hypothese für die Demokratisierungsprozesse von einem differenzierten Standpunkt aus untersucht werden kann, werden im vierten Kapitel die Ergebnisse von fünf Expertengesprächen vorgestellt, die durch den Verfasser dieser Arbeit mit zwei Historikern, zwei Politikwissenschaftlern und einem Politiker durchgeführt wurden. Die Interviewpartner wurden darüber befragt, wie sie aus der Sicht ihrer wissenschaftlichen oder beruflichen Praxis und Erfahrung die Übergangsproblematik im Demokratisierungsprozess Bulgariens erklären. Die Expertengespräche wurden aufgenommen, transkribiert und einer inhaltlichen Analyse unterzogen, im Zuge derer die Ergebnisse der Expertengespräche mit Erklärungsansätzen aus der Forschung verglichen und um weitere Aspekte angereichert wurden, um ein möglichst vollständiges Bild über die verschiedenen Faktoren zusammenzutragen, die den Demokratisierungsprozess beeinflussen. Dieser Ansatz wird deshalb gewählt, weil er eine integrative Herangehensweise an das zugrunde liegende Problem ermöglicht und potentielle Transferlücken zwischen Forschung und Praxis aufdeckt. Das erste Interview ist mit Herrn Prof. Dr. Stefan Troebst, Stellvertretender Direktor und leitender Wissenschaftler für das Gebiet Kulturstudien Ostmitteleuropas am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig, durchgeführt worden. Das zweite Interview fand statt mit Frau Prof. Iskra Baeva, einem ehemaligen Mitglied der Bulgarischen Sozialistischen Partei und Dozentin an der Historischen Fakultät der Sofioter Universität Hl. Kliment Ochridski. Im dritten Interview wurde Frau Doz. Anna Krasteva, eine der bekanntesten bulgarischen Forschern und leitende Politikwissenschaftlerin an der Neuen Bulgarischen Universität in Sofia, befragt. Das vierte Interview wurde mit Herrn Ivan Krastev, einem europaweit bekannten Politikwissenschaftler und Leiter des Zentrums für liberale Strategie in Bulgarien sowie Mitbegründer des Forschungszentrums Europäischer Rat für Auslandsbeziehungen (ECFR) und des Internationalen Instituts für strategische Studien (IISS) durchgeführt. Letztlich wurde auch Herr Vili Lilkov, bekannter bulgarischer Demokrat und zurzeit

Abgeordneter in der letzten 43. Nationalversammlung in Bulgarien, befragt. Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnisse im letzten Kapitel zusammenfassend dargestellt und bewertet.

Kapitel II: Geschichtlicher Umriss

1. Vorgeschichte und Voraussetzungen für die Beständigkeit des kommunistischen Systems in Bulgarien

1.1 Bulgarien nach 1944

Am 9. September 1944 wurde Bulgarien von sowjetischen Truppen besetzt. Die Okkupation der Roten Armee im September 1944 führte zum Aufstieg der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP), die vor dem Ersten Weltkrieg nur wenige Tausend Parteimitglieder hatte. *„Die Balkanstaaten waren, mit Ausnahme Griechenlands, kommunistisch geworden, trotz der in Jalta von den Alliierten bekräftigten Selbstbestimmungsrechte der befreiten Völker und trotz einer zahlenmäßig wenig bedeutenden kommunistischen Parteiorganisation in den betroffenen Ländern“*⁴. In vielen osteuropäischen Ländern bahnte sich Missfallen über die neue kommunistische Herrschaft an, trotzdem gab es in Bulgarien fast keinen Widerstand gegen die neuen Machthaber, obwohl fast 3000 Vertreter der alten politischen Elite unter der neuen sowjetischen Kontrolle ohne Anklage zum Tode gnadenlos verurteilt wurden und eine bis heute nicht genau bekannte Anzahl an Parteigegnern und potentiellen Opponenten ohne Gerichtsurteile ins Lager verbannt oder umgesiedelt wurden. Diese Tage sind in der bulgarischen Geschichte als „Tage des roten Terrors“ bekannt, denn BKP bekämpfte viele Gegner mit Verhaftungen, Morden und Massenverfolgungen. Im Jahr 1945 konnten sich die Kommunisten erfolgreich in der Nachkriegszeit etablieren, so dass BKP die volle Macht in Bulgarien übernahm. Die neue Regierung durchsetzte das Sowjetmodell in allen Ebenen des politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und privaten Lebens des Landes, um eine neue kommunistische Gesellschaft zu entwickeln, *„die sich durch Klassenlosigkeit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Humanität in den sozialen Beziehungen, Streben nach Höherem, Wohlstand und Modernität*

⁴ Hösch, E. (1995), S. 237

auszeichnen würde“⁵. Die neuen Regierenden wollten nicht nur eine komplette Neuerung der bisherigen Politik, Wirtschaft, Ideologie und Institutionen durchsetzen, sondern eine neue Denkweise und ein neues Geistesleben nach kommunistischem Vorbild schaffen. Am 15. September 1945 wurde Bulgarien als Volksrepublik proklamiert, nachdem die Monarchie abgeschafft wurde. Der erste Präsident nach der Gründung der Volksrepublik Bulgarien wurde Wassil Kolarow, der kommissarisch amtierte und 1947 vom Generalsekretär der Kommunistischen Internationale Georgi Dimitrow abgelöst wurde. Nach vielen Jahren Leben im Exil wurde Dimitrow als neu gewähltes Staatsoberhaupt ins Amt berufen. Am 4. Dezember 1947 unterzeichnete er die neue Verfassung, die nach der UdSSR eng ausgerichtet war. In Artikel 12 der neuen Verfassung wurde auch die Planwirtschaft als Wirtschaftsprinzip eingeführt: *„Um die Volkswirtschaft am zweckmäßigsten zu entwickeln und den Wohlstand des Volkes zu heben, lenkt der Staat die staatliche, genossenschaftliche und private Wirtschaftstätigkeit durch den staatlichen Volkswirtschaftsplan“*⁶. Während der Amtszeit von Georgi Dimitrow gründeten die UdSSR, Bulgarien, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien am 25. Januar 1949 den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als Antwort auf den amerikanischen Marshall-Plan. Das Hauptziel der neuen Organisation war, einen unabhängigen Markt für alle sozialistischen Ländern zu schaffen, was einen großen Einfluss auf die bulgarische Wirtschaft hatte: *„Die Zugehörigkeit Bulgariens zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe beeinflusst in erheblichem Maße die Gestaltung der bulgarischen Volkswirtschaftspläne und natürlich die Planung, Richtung und Struktur des bulgarischen Außenhandels“*⁷. Georgi Dimitrow starb am 2. Juli 1949 und Walko Tscherwenkow wurde zu seinem Nachfolger gewählt. Im Mai 1955 unterschrieb Bulgarien zusammen mit Albanien, der DDR, Polen, Rumänien, Ungarn, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei den so genannten Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Dieser Vertrag wurde auch kurz als Warschauer Vertrag bezeichnet und so bildete die Sowjetunion ein Gegengewicht zur NATO, wobei eine gemeinsame militärische Organisation der sozialistischen Staaten in Europa geschaffen wurde. Im Jahre 1956 kam Todor Schiwkow an der Macht, der als mächtigstes Staatsoberhaupt Bulgariens während der sozialistischen Zeit gilt. Schiwkow war der ehemalige Vorsitzende des Zentralkomitees der BKP und somit bereits der mächtigste Mann im Staat. Seine Regierung dauerte fast 35 Jahre an (1956-1989). Im Jahre 1971 wurde die Verfassung geändert, die die

⁵ Brunnbauer, U. (2007), S. 16.

⁶ Verfassung der Volksrepublik Bulgarien vom 4. Dezember 1947.

⁷ Jahn, G.(1962), S. 231.

Form der Staatsführung radikal änderte. Durch die neue Verfassung war die Bedeutung der BKP immer größer und ihre führende Rolle wurde deutlich betont, da nun alle staatlichen Aktivitäten unter der Kontrolle der Bulgarischen Kommunistischen Partei standen. Neben der BKP existierte noch eine Partei, nämlich der BZNS (Bulgarischer Bauernbund). Im Parlament hatte der BZNS ein Viertel aller Plätze, aber die meisten Entscheidungen und Tätigkeiten des Bauernbunds wurden von der BKP kontrolliert. Eine der wichtigsten planwirtschaftlichen Maßnahmen von Todor Schiwkow war das verstärktes Tempo der Kollektivierung, die ebenfalls dem sowjetischen Ablaufschema folgte. Ziel der Kollektivierung war die Bildung von Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft, die vom sozialistischen Staat geregelt werden sollten. Dies war eine Form von eigentlicher Enteignung und Nationalisierung, wobei viele selbständige Bauern gezwungen wurden, ihren Besitz und ihr Privateigentum in genossenschaftliche landwirtschaftliche Betriebe (TKZS) einzubringen. Durch diese Überführung von privaten Produktionsmitteln in gemeinschaftliches Eigentum und mittels der Verstaatlichung der Industrie und der Banken erreichte die Regierung eine der wichtigsten politischen Aufgaben der kommunistischen Ideologie, nämlich die volle Kontrolle über die Gesellschaft, die nun in eine vollständige wirtschaftliche Abhängigkeit geriet. Weiterhin wurden viele landwirtschaftliche Güter für den Export in andere Länder des ehemaligen Ostblocks bestimmt, damit die Gewinne in die Industrialisierung des Landes investiert werden konnten. *„Die Tatsache, dass von 7,1 Mrd. Lewa des bulgarischen Außenhandelsumsatzes im Jahre 1959 5,7 Mrd. Lewa, also über 80% auf die kommunistisch regierten Staaten entfielen, zeugt von außerordentlich starker Bindung Bulgariens an den Osten⁸“*. Dieser Umstand stellte eine große Herausforderung dar, *da sich Bulgariens Gesellschaft überwiegend aus kleinbäuerlichen Strukturen zusammensetzte und nur wenig industriell geprägt war⁹*. Der Prozess der Industrialisierung war von großer Bedeutung für den Aufbau der neuen Arbeiterklasse, die nach dem sowjetischen Vorbild des „neuen Menschen“ mit seiner Disziplin und seinem sozialistischen Bewusstsein strebte. *Während der Regierung von Schiwkow erzielte die bulgarische Wirtschaft hohe Wachstumsraten und machte einen schnellen Strukturwandel vom Agrarland zum Industriestaat durch¹⁰*. Anhand der folgenden Tabelle ist es sofort zu erkennen, dass der Anteil der Landwirtschaft immer niedriger wurde, während der Anteil der Industrie ein großes Wachstum während der Regierungszeit von Schiwkow verzeichnete.

⁸ Jahn, G. (1962), S. 231.

⁹ Bulgarien, unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Bulgarien>

¹⁰ Todor Schiwkow, unter http://de.wikipedia.org/wiki/Todor_Schiwchow

Abbildung 1: Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt. Bulgarien 1939-1988

Quelle: Roth, Klaus: Sozialismus: Realitäten und Illusionen“. Wien, 2005

Tabelle 20: Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt

	1939	1948	1952	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1988
	<i>in Prozent</i>										
Industrie	27	42	50	55	58	63	65	66	67	70	70
Landwirtschaft	53	40	24	24	24	20	14	14	11	10	10
Bauwesen	5	6	9	9	9	8	9	9	9	9	8
Transport und Verkehr	3	4	4	5	3	3	5	5	6	5	6
Handel und Dienstleistungen	10	7	11	5	5	4	5	4	5	4	4
Sonstiges	1	1	2	1	1	2	2	2	2	2	2

Quellen: Statističeski godišnik 1956, 22; Statističeski godišnik 1963, 106; Statističeski godišnik 1981, 141; Statističeski godišnik 1989, 149.

Diese Priorisierung der Industrie gegenüber der Landwirtschaft war wichtig für die Beseitigung aller kapitalistischen Elemente und für die Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaftsform, bei der sowohl die Arbeiterklasse als auch deren führende Rolle in der Gesellschaft gestärkt wurden. Laut Brunnbauer galt *„die Industrialisierung nicht nur als Voraussetzung für die Überwindung der notorischen Rückständigkeit des Landes, sondern auch für den Aufbau einer modernen Arbeiterklasse, als deren Avantgarde sich die bulgarischen Kommunisten sahen und in deren Namen sie regierten, moderne, disziplinierte und sozialistisch bewusste Arbeiter stellten die ideale Verkörperung des Neuen Menschen des*

Kommunismus dar, und damit solche entstehen konnten, brauchte es eine entsprechende industrielle Basis¹¹“.

Die existierende Sympathie der Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung für Russland aufgrund dessen bedeutender Rolle bei der Befreiung Bulgariens von der Türkenherrschaft hat auch zu der Stabilität der kommunistischen Regierung beigetragen. *“Nach der Befreiung Bulgariens durch Rußland 1878 hatte das Land hinreichend Grund, den Russen dankbar zu sein, obwohl es auch bald Enttäuschungen mit den Befreiern erleben mußte. Die bulgarischen Kommunisten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges die Russen wiederum als Befreier begrüßt“¹².* Das machte die Einführung einer totalitären Diktatur zu einer im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern leichten Aufgabe für die kommunistische Partei in Bulgarien, wodurch der Widerstand der Bevölkerung erheblich eingeschränkt werden sollte (*die politische Konstellation vor der Auflösung des Kommunismus wurde als "totalitär" bezeichnet¹³*). Im Unterschied zu Polen, der DDR, Ungarn und der Tschechoslowakei ließen sich fast keine Bewegungen gegen das kommunistische Regime in Bulgarien bis zum Jahre 1989 erkennen, was sowohl seine Repressivität als auch seine soziale Unterstützung durch die Bevölkerung beweist. Auch aus diesem Grund galt Bulgarien als der treueste Verbündete des Kreml. Diese Auffassung vertritt auch Brahm, indem er betont, dass *„(e)s in Bulgarien keinen so massiven Widerstand gegen das kommunistische Regime wie in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei gegeben hat. Die Bulgaren hatten allerdings auch nur wenig Unterstützung vom Westen. Das kommunistische Regime war gegenüber Nonkonformisten manchmal fast nachsichtig und manchmal brutal.“¹⁴*

Im Großen und Ganzen erklären diese Hauptfaktoren, warum die sozialistische Regierung der BKP in Bulgarien solider und stabiler als die kommunistischen Regime in den anderen Ländern, besonders in Mitteleuropa, war. Erst durch den wachsenden Druck, der nach der Perestroika von Michail Gorbatschow aufkam, tauchten schwache Widerstandsversuche in Bulgarien nach 1984 auf, die aber nicht an die kommunistische Partei, sondern an das Regime von Todor Schiwkow gerichtet waren.

¹¹ Brunnbauer, U. (2007), S. 254.

¹² Brahm, H. (1997), S. 20.

¹³ Linz, J., Stepan, A. (1996), S. 335.

¹⁴ Brahm, H. (1997), S. 5.

1.2 Die Dissidentenbewegung

Während der ganzen Periode der kommunistischen Herrschaft (1945-1989) war die Bulgarische Kommunistische Partei bestrebt, in die Privatsphäre der bulgarischen Bevölkerung einzudringen, sie zu unterwerfen und zu kontrollieren. Diese Bestrebung wurde praktisch implementiert durch die Gründung bzw. Etablierung der Geheimdienste. Die bulgarische Staatssicherheit (bulg. Държавна сигурност/Darschawna Sigurnost, abgekürzt ДС/ДС) wurde 1944 nach dem Vorbild des sowjetischen KGB (russ. „Комитет государственной безопасности при Совете Министров СССР oder „Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR“) gegründet und war ein integraler Teil des Systems der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt Staaten.

Die bulgarische Staatssicherheit war sehr stark auf die Unterstützung der Sowjetunion angewiesen und arbeitete so eng mit dem sowjetischen KGB wie keine andere Geheimdienstorganisation von den Ostblockländern zusammen. Der bulgarische Geheimdienst hat jahrelang Angst in der bulgarischen Bevölkerung verbreitet und jeder, der etwas gegen den Geheimdienst sagte oder unternahm, wurde unter Agentenbeobachtung gestellt. Die bulgarische Staatssicherheit kontrollierte nicht nur das persönliche, sondern auch das kulturelle Leben seiner Bürger. Sowohl Musik, Kunst, Journalismus, Literatur und Hochschulwesen als auch Zensur, Religionskontrolle wurden einer massiven Kontrolle durch die Staatssicherheit unterzogen.

Die Angehörigen der Intelligenz waren eine Gruppe, die es besonders zu observieren und überwachen galt, weshalb eine gesonderte Geheimpolizei ins Leben gerufen wurde, die nur für die Überwachung und Einschüchterung der bulgarischen intellektuellen Elite zuständig war. Ein gutes Beispiel dafür ist das sog. Regenschirmattentat auf der Waterloo Bridge in London gegen den bulgarischen Dissidenten Georgi Markow. Markow arbeitete als Journalist für BBC, Deutsche Welle und Radio Free Europe, wobei er sich immer wieder kritisch über die kommunistische Führung und persönlich gegen den Parteichef Todor Schiwkow äußerte. Am 7. September 1978 war der Regimekritiker auf dem Weg zur Arbeit, als er an einer Haltestelle auf der Waterloo-Brücke auf seinen Bus wartete. Plötzlich verspürte er in dem rechten Oberschenkel einen stechenden Schmerz und bemerkte einen Fremden mit einem Regenschirm, der ein Taxi nahm und verschwand. Der 49-jährige bulgarische Schriftsteller starb drei Tage nach dem Attentat. *Einige Stunden später entwickelte sich beim bulgarischen*

Journalisten und Schriftsteller hohes Fieber, sein Blutdruck fiel ab, und drei Tage später verstarb er. Die Autopsie ergab, dass Markow ermordet wurde. Die Ärzte fanden in der Wade eine winzige Kapsel aus Platin und Iridium, die die hochgiftige Substanz Rizin aus dem Labor des KGB enthielt¹⁵.

Während in anderen osteuropäischen Ländern Proteste und Bewegungen gegen die Regierung gab, existierten in Bulgarien sehr schwach ausgeprägte antikommunistische Einstellungen und eine fast gänzlich fehlende Opposition. „1989 gab es in der DDR, in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn schon eine Tradition antikommunistischen Denkens. Die Oppositionellen hatten hier Niederlagen erlitten, die jedoch ihren Willen zum Widerstand nicht hatten brechen können. In Bulgarien nahm die Opposition erst 1989 festere Gestalt an“¹⁶. Eine Neuerscheinung in Bulgarien war die Geburt der organisierten Dissidenz als stark ausgeprägtes Phänomen, das mit großem Courage und ernsthaften Risiken verbunden war. Ende der achtziger Jahre markierte die Gründung einer Dissidentenbewegung den Beginn der organisierten Unzufriedenheit mit dem politischen System in Bulgarien. Dies bedeutet nicht, dass das Regime in den Nachkriegsjahrzenten keine Gegner hatte, im Gegenteil, jedoch wurden diese entweder von Geheimpolizisten verhaftet oder die Protagonisten selbst bevorzugten es, ihren politischen Überzeugungen keinen öffentlichen Ausdruck zu verleihen bzw. Bulgarien aus Furcht vor entsprechenden Repressalien zu verlassen.

Die Dissidentengruppen wurden zum ersten Mal Anfang 1988 gegründet, damals waren sie relativ schwach und hatten nicht viele Nachfolger. Langsam gewannen sie dank der Beiträge ihrer Aktivisten in Rundfunksendungen in bulgarischer Sprache bei „Freies Europa“, „Deutsche Welle“ und BBC zunehmend an Popularität.

All diese Organisationen agierten illegal und sahen sich daher mit dem Umstand konfrontiert, dass das Regime sämtliche Ressourcen und sein repressives Apparat einsetzten, um sie zu bekämpfen. Infolgedessen wurden viele Systemkritiker, Andersdenkenden, Führer und Aktivisten solcher Dissidentenorganisationen verurteilt und eingesperrt. Dennoch waren eindeutig erste Anzeichen eines organisierten Widerstands durch die Öffentlichkeit in Bulgarien zu konstatieren, die zugleich den ersten Schritt in Richtung Delegitimierung des langjährigen Parteimonopols markierten.

¹⁵ Brill, K. (2010)

¹⁶ Brahm, H. (1997), S. 20.

Es ist trotzdem wichtig zu erwähnen, dass die Opposition nur sehr schwache Wurzeln in der Dissidentenbewegung hatte. Linz zufolge „*in early post-totalitarian Bulgaria, the opposition was thin, had few nationally known leaders, and, as subsequent events were to prove, had been deeply infiltrated by the regime so that again leaders were exposed as "informers" and lost credibility*¹⁷“. In den Oppositionsreihen gab es viele BKP-Mitglieder, die ihre kommunistische Zugehörigkeit und Identität vergaßen und schnell ihre politische Orientierung wechselten.

Eine wichtige Rolle für die Dissidentenbewegung spielten die offiziellen Besuche des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und des französischen Präsidenten Francois Mitterand in Bulgarien. *“Der offizielle Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker im November 1988, die gleichzeitige Unterzeichnung eines Abkommens über den Austausch von Kulturinstituten durch Hans-Dietrich Genscher und seinen bulgarischen Amtskollegen Petar Mladenoff und der Besuch von Francois Mitterand im Januar 1989 diente ebenfalls der europäischen Öffnung und Verständigung*¹⁸“. Am 19. Januar 1989 lud das ehemalige Staatsoberhaupt Frankreichs 12 Vertreter der bulgarischen Intelligenz und der Dissidentenbewegung zum Arbeitsfrühstück in der französischen Botschaft in Sofia ein, was wahrhaftig eine internationale Anerkennung der bulgarischen Dissidentenbewegung darstellte.

Die Dissidentenbewegung war von großer Bedeutung für die Entstehung der formalen politischen Opposition. Viele Vertreter dieser Bewegung wurden später wichtige Teilnehmer an der politischen Opposition, wie z. B. Dr. Schelju Schelew, der die Notwendigkeit von dynamischen Veränderungen, besonders im Vergleich zu Polen, Ungarn, der DDR und der Tschechoslowakei, begriffen hatte. Die Opposition war zu dieser Zeit noch immer in zahlreiche Gruppierungen zersplittert und verfügte noch nicht über klare Strukturen. Aus diesem Grund war Schelju Schelew der Meinung, dass ein vereinigter politischer Kern zu bilden sei, der der mächtigen BKP-Struktur entgegenstehen könne. Dies manifestierte sich in der Gründung der Union der Demokratischen Kräfte (SDS) als Bündnis von 10 oppositionellen Parteien und Gruppierungen am 7. Dezember 1989. Vorsitzender der SDS wurde Dr. Schelju Schelew.

¹⁷ Linz, J., Stepan, A. (1996), S. 337.

¹⁸ Schäfer, J. (2008), S. 45.

2. Die Wende

Am 10. November 1989 geschah in Bulgarien das Unglaubliche – der bulgarische Staats-, Partei- und Regierungschef Todor Schiwkow wurde nach einem internen Parteiputsch abgesetzt. Todor Schiwkow regierte Bulgarien fast 35 Jahre und die Opposition selbst war von der Entwicklung überrascht, obschon sie wusste, dass alle kommunistischen Regime wie Dominosteine nacheinander fallen. „*The changes of political regime that swept through Central and Eastern Europe in 1989-1990 – Poland, Hungary, East Germany, Bulgaria, Czechoslovakia, Romania – were world-shaking events by any standard*¹⁹“. Dennoch gingen selbst die Parteigegner nicht ernsthaft davon aus, dass dies auch in Bulgarien passieren würde. Der Sturz von Todor Schiwkow, dessen Name eine ganze Epoche kennzeichnet, erfolgte wahrscheinlich deshalb gewaltlos, weil alle – die Gesellschaft, die politische Elite und auch die Sowjetunion – eine Veränderung wollten.

Die Tatsache, dass diese Transformation selbst von der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) durchgeführt wurde, hat einen großen Einfluss auch auf die weiteren Prozesse und Veränderungen in Bulgarien, die nach der Wende eintraten. Drei Hauptfaktoren spielten eine große Rolle für den Rücktritt von Todor Schiwkow: Der erste Faktor, der von wichtigster Bedeutung war, waren die in allen osteuropäischen Ländern begonnenen radikalen Veränderungen, die von der stillen Zustimmung der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion unterstützt wurden, deren Führer Michail Gorbatschow war. Der zweite Faktor war die Verschärfung der Gegensätze innerhalb der Kommunistischen Partei zwischen den Kommunisten, Reformatoren und orthodoxen Kommunisten, die Todor Schiwkow unterstützten. Der dritte wichtige Faktor war der direkte und indirekte Widerstand der Öffentlichkeit gegen die Regierung von Todor Schiwkow und der gemeinsame Wunsch nach demokratischen Veränderungen, besonders unter den Vertretern der gebildeten Gesellschaftsschicht, den Bürgern der Großstädte und der Jugend.

Der Wechsel des politischen Regimes erfolgte durch die BKP selbst und war somit eine von oben gesteuerte, gezielte Transformation. Laut Merkel kann „*allerdings kein Zweifel bestehen, dass der Sturz Schiwkows von den höchsten Führungskreisen der Kommunistischen Partei geplant und durchgeführt wurde*²⁰“. Ziel der ehemaligen Parteiführer war es, die Macht wieder

¹⁹ Held, D. (2006), S. 218.

²⁰ Merkel, W. (2010), S. 344.

in den Händen einer „reformierten“ BKP zu übergeben. Deswegen wurde am 17. November 1989 der bisherige Außenminister Petar Mladenow zum neuen Vorsitzenden des Staatsrates ernannt. Als Nächstes schlossen die Parteichefs Todor Schiwkow aus der Partei aus und die BKP wurde in Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) umbenannt. Dennoch wurde bald klar, dass die BKP keine grundlegenden Änderungen des politischen Systems verfolgte, was zu den ersten großen Demonstrationen vom 18. November 1989 in Sofia und in anderen großen Städten führte.

Durch den erfolgreichen Wechsel in den Leitungsorganen der BKP gewannen ihre Fraktionäre an Popularität in der Gesellschaft. Trotzdem wurde bald klar, dass ihre Vorstellungen über die Demokratisierung eher eine Liberalisierung des kommunistischen Regimes und Rehabilitierung der Repressierten waren. Ihre Leitungsrolle in der BKP aufzugeben oder eine Veränderung in den Wirtschaftsbeziehungen zu initiieren war noch nicht denkbar: *“Mit dem Rücktritt des Generalsekretärs Todor Zhivkov am 10. November 1989 nahm die bisherige Politik der BKP-Führung – sich zwar verbal zur Perestrojka zu bekennen, aus Angst davor, das Machtmonopol zu verlieren, Reformen jedoch zu verweigern – ein jähes Ende“*²¹.

Die Dissidenten betrachteten die Wende von einem ganz anderen Standpunkt: Für sie war der Sturz von Schiwkow der erste Schritt zu nachhaltigen Veränderungen. Die Zeitspanne vom 10. November 1989 bis zum Ende des Jahres war für die Richtung dieser Transformationen entscheidend. Zu dieser Zeit zeichneten sich zwei politische Tendenzen ab, und zwar einerseits die “Perestroika”, eine evolutionäre Verbesserung des sozialistischen Systems mit Elementen von Demokratie und Marktwirtschaft. *Die zweite Tendenz hingegen ist als revolutionär anzusehen. Sie stand für schnelle und gründliche Veränderungen, die das bis dahin bestehende politische System komplett verdrängen sollten*²². Diese Option war sehr schwach vertreten, weil die Opposition über keinerlei Erfahrung und darüber hinaus über lediglich schwach organisierte Strukturen verfügte. Trotzdem wurde sie, durch das gemeinsame Streben nach Veränderungen bedingt und durch die politischen Tendenzen bestimmt, zu einer Art Haupttendenz, die sich in Osteuropa zu dieser Zeit ausprägte.

Diese ersten Massenproteste in Bulgarien waren von informellen Gruppierungen wie der Arbeitskonföderation „Podkrepa“ oder der ökologischen Vereinigung „Ekoglasnost“

²¹ De Neve, D. (2002), S. 192.

²² De Neve, D. (2002), S. 192.

organisiert. Zusammen mit der DP (Demokratische Partei), BSDP (Bulgarische Sozialdemokratische Partei) und RDP (Radikaldemokratische Partei) vereinigten sich diese und viele andere Organisationen, wobei sie die demokratische Oppositionsbewegung SDS (Union der Demokratischen Kräfte) gründeten.

Die Liberalisierung des Regimes war am Anfang hauptsächlich durch Kaderänderungen in den hohen Kreisen der Partei und durch die Beseitigung der Unterstützer von Todor Schiwkow gekennzeichnet. Die von Petar Mladenow, Andrei Lukanow und Alexander Lilow geführten Reformatoren setzten sich durch. Die kommunistische Partei unternahm alles, um ihre Hegemonie mit minimalen Kompromissen aufrecht zu erhalten und den Prozess der Geburt eines Mehrparteiensystems und besonders von neuen antikommunistischen politischen Organisationen zu verhindern.

Während dieser ersten Etappe der Liberalisierung des Regimes wurden dennoch viele politische Parteien und andere Organisationen gegründet, die die monopolistische Regierung der BKP bestritten und Programme zur Änderung des Systems nach dem Vorbild der entwickelten demokratischen Länder vorschlugen. Allerdings wurden sie illegal gegründet, weil der Parteienpluralismus gemäß der konstitutionellen Ordnung und der Gesetze nicht erlaubt war und weil niemand die führende Rolle der kommunistischen Partei bestreiten durfte, was in §1 der bulgarischen Verfassung vom 18. Mai 1971 verankert war: *“Artikel 1 (1) Die Volksrepublik Bulgarien ist ein sozialistischer Staat der Werktätigen in der Stadt und auf dem Land unter der Leitung der Arbeiterklasse. (2) Die leitende Kraft der Gesellschaft und des Staates ist die Bulgarische Kommunistische Partei²³”*. Die BKP akzeptierte stillschweigend die neuen politischen Subjekte und versuchte sie zu kontrollieren, von innen zu beherrschen und ihre Aktivitäten einzuschränken.

Die Übergangsprozesse in Bulgarien erfolgten aber viel schwieriger als erwartet. Der Schein, dass Bulgarien im Herbst 1989 mit den anderen postkommunistischen zentraleuropäischen Ländern auf dem gleichen Stand war, erwies sich als trügerisch. Im Vergleich dazu sollte Bulgarien noch die Euphorie der politischen Freiheit erleben, jedoch auch auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Transformation stoßen. Schon Mitte 1990 wurde klar, dass sich die Länder des Ostblocks in die gleiche Richtung entwickeln werden, aber mit

²³ Verfassung der Volksrepublik Bulgarien vom 4. Dezember 1971.

unterschiedlichem Tempo: So ist die Entwicklung Bulgariens als vergleichsweise langsam einzustufen. Mit den Herausforderungen der umständlichen Wandlung zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft war Bulgarien noch über längere Zeit konfrontiert.

In den ersten Monaten nach der Wende war BKP/BSP die einzige politische Kraft, die ein Regierungspotenzial hatte, was die BSP zum unabdingbaren Teil des Übergangs machte. Die SDS befand sich noch immer im Prozess der Etablierung und hatte zu diesem Zeitpunkt keine Regierungsansprüche. Aus diesem Grund war die Einberufung eines Runden Tisches besonders wichtig. Dort sollte die Transformation des politischen Systems verhandelt sowie die Rolle der SDS bestätigt und gefestigt werden. Außerdem blieb die Frage offen, ob die bulgarische Gesellschaft reif genug für einen solch radikalen Wechsel war.

Bei jeder grundlegenden politischen Veränderung, begleitet durch einen damit einhergehenden Regimewechsel, können sich grundsätzlich zwei mögliche Entwicklungen abzeichnen – Revolution oder Reformation. Im ersten Fall wird die alte Regierungsform komplett verworfen und durch eine neue Alternative ersetzt; im zweiten Fall werden die bestehenden Strukturen gesplittert, woraus dann der neue Kern der Macht gebildet wird. Abschließend lässt sich festhalten, dass die politischen Entwicklungen in Bulgarien nach der Wende mehr reformatorisch und weniger revolutionär waren.

3. Die Geschichte nach der Wende

3.1 Der Runde Tisch

Unter den Bedingungen einer ganz veränderten geopolitischen Situation begann der neue Übergang in Osteuropa vom sowjetischen Staatssozialismus zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft. Viele Osteuropäer hofften und glaubten, dass sich ihr Lebensstandard durch ein neues politisches System erhöhen und sich dem westeuropäischen angleichen würde. Anfang der 90er Jahre befanden sich die osteuropäischen Länder immer noch auf dem Weg zur neuen politischen Ordnung und waren durch dieses gemeinsame Schicksal verbunden.

Die neue bulgarische Opposition teilte immer noch den gleichen Gemeinschaftsgeist mit den meisten osteuropäischen Dissidentenbewegungen. Sie konnte auf Hilfe und Rat von den fortgeschrittenen osteuropäischen Ländern hoffen, besonders von Polen und dessen „Solidarnost“, die bereits regierende Partei mit ihrem Premierminister Tadeusch Masowetzki

wurde. So machte sich die SDS viele Beispiele aus der polnischen Erfahrung zunutze. Daher stammte die Idee, mögliche Formen und Etappen des bulgarischen Übergangs an einem "Runden Tisch" zwischen der Regierung und der Opposition zu besprechen und zu koordinieren. *„Bereits am 19. Dezember 1989 forderte der Koordinierungsrat der UDK einen nationalen Dialog am Runden Tisch²⁴“*. Durch genau diese Form der Verhandlungen gelangte „Solidarnost“ zu ihrem Erfolg und aus diesem Grund legten viele bulgarische Dissidenten großen Wert darauf, dass der Runde Tisch einberufen werden sollte.

Der Runde Tisch war ein wichtiger Bestandteil der politischen Prozesse in Bulgarien, da seine Implementierung den Übergang kanalisierte und beschleunigte. Nach zahlreichen anfänglichen Diskussionen wurde sein Status beschlossen und der Runde Tisch wurde als ein Organ bezeichnet, das die politische Willensäußerung des bulgarischen Volkes war: *„In der ersten Runde, die am 12. März 1990 abgeschlossen wurde, wurde das Statut des Runden Tisches beschlossen. In diesem Papier erklärten sich die Kommunisten bereit, die Beschlüsse des Runden Tisches als bindend zu betrachten und sie ohne Veränderungen von der immer noch kommunistisch dominierten Nationalversammlung als Gesetze verabschieden zu lassen²⁵“*.

Der Runde Tisch war allerdings kein Ergebnis von Wahlen, sondern von politischen Verhandlungen und wurde dadurch zum wichtigsten Staatsorgan. Obwohl die Nationalversammlung immer noch das Hauptgesetzgebungsorgan war, richteten sich das Parlament und die Regierung nach den am Runden Tisch verhandelten Entscheidungen. *„Die Verhandlungen fanden in drei Runden statt, die jeweils mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung abgeschlossen wurden. Wie in Polen und Ungarn standen das Wahlsystem und die Ausgestaltung der Präsidentschaft im Mittelpunkt der Verhandlungen.²⁶“*

Der Höhepunkt im Prozess der Geburt des Mehrparteiensystems war die Gründung der SDS (Union der demokratischen Kräfte) am 7. Dezember 1989 von einer Reihe oppositioneller Bewegungen und Parteien. Dadurch wurde die Legitimation der antikommunistischen Opposition Tatsache, besonders nachdem die kommunistische Partei die Notwendigkeit der Einberufung des Runden Tisches erkannt hatte.

Die Anerkennung der SDS als Hauptoppositionskraft bei den Verhandlungen wurde zum wichtigsten Schritt gegen das jahrzehntelang andauernde Parteimonopol des Staates. Obwohl die Ansichten der beiden Parteien über die Ergebnisse des Runden Tisches nicht

²⁴ Weil, F. (2011), S. 41.

²⁵ Harfst, P. (2008), S. 94.

²⁶ Adamovich, I. (2004), S. 183.

übereinstimmten, war seine Einberufung besonders wichtig für die Förderung der neuen Oppositionskraft, da dies die eigentliche Legitimierung ihrer Aktivität darstellte. Auch die Tatsache, dass der Runde Tisch im Fernsehen live übertragen wurde, war für die Etablierung der SDS sehr bedeutsam.

Viele der Entscheidungen, die am Runden Tisch getroffen wurden, hatten mit der Aufhebung von Verboten oder der Einschränkung von Aktivitäten zu tun, die das politische Monopol und die Kontrolle der BKP manifestierten.

Alles in allem lässt sich feststellen, dass der Runde Tisch die am besten geeignete Form für die Gewährleistung eines zivilisierten und friedlichen Übergangs zum demokratischen politischen System in Bulgarien darstellte. Durch die öffentlichen Verhandlungen am Runden Tisch wurde Auseinandersetzungen und Demonstrationen mit unkalkulierbaren Folgen vorgebeugt. Der Runde Tisch war ein Ergebnis von Kompromissen und viele der Entscheidungen, die dort verhandelt und getroffen wurden, hatten einen kompromissvollen Charakter, spielten aber eine wichtige Rolle für den Beginn des Übergangs und bildeten somit die Grundlage für die politische Demokratisierung, ohne die die Veränderungen in Bulgarien undenkbar gewesen wären.

Der Runde Tisch wurde praktisch zu einem zweiten Parlament, das de facto die offiziellen Institutionen für eine gewisse Zeit aus der politischen Landschaft verdrängte und den entscheidenden Schritt für den Zerfall des Einparteiensystems darstellte. *„Den fünften Runden Tisch organisierte man in Bulgarien“* "(...) Zuerst wechselte man das Personal der Führung, dann proklamierte die neue Führung die Umgestaltung Bulgariens in ein demokratisches Land und die der kommunistischen Partei in eine demokratische und sozialistische. Politische Häftlinge wurden freigelassen, politischer Pluralismus eingeführt.²⁷“

Später, während der zweiten Phase der Verhandlungen, wurden die Gesetzestexte von der Verfassung entfernt, die die führende Rolle der kommunistischen Partei manifestierten. Auch wurden die Grundlagen für eine demokratische politische Infrastruktur durch die Verabschiedung von neuen Gesetzen gelegt, ein großer Teil derer die Aktivitäten der politischen Parteien reglementierte. *Ein weiterer wichtiger Schritt war die Entscheidung für*

²⁷ Florath, B. (2011), S. 231.

*die Durchführung freier und gerechter Wahlen für die Große Nationalversammlung.*²⁸ Des Weiteren wurden die grundlegenden Prinzipien der Volkssouveränität, der freien Bürgervereinigungen, der Freiheit der politischen Aktivitäten und des Mehrparteiensystems definiert, nach denen sich das politische Handeln der Parteien richten sollte.

Als Ergebnis dieser grundlegenden Entscheidungen und Vereinbarungen, die am Runden Tisch verhandelt und beschlossen wurden, änderte sich das politische Leben in Bulgarien innerhalb weniger Monate radikal. Trotz dieser wichtigen Änderungen werden bis heute viele Diskussionen über die Rolle und die Bedeutung des Runden Tisches geführt. Einerseits wurde großer Wert auf den friedlichen Verlauf der Wende in Bulgarien gelegt; nichtsdestotrotz brachte der Runde Tisch auch einen großen Nachteil für das Land. So behaupten viele Kritiker, dass sich die Vertreter der Opposition und der Dissidentenbewegung nicht mit der ungefestigten BSP an den Runden Tisch hätten setzen sollen, sondern dafür hätten sorgen müssen, dass die BSP aus dem politischen Leben verschwindet, nicht zuletzt um eine Auswechslung der Eliten zu erreichen. Solange die alten kommunistischen Eliten immer noch indirekt im politischen Leben involviert seien, werde es keine großen Veränderungen geben, weil die Nachfolger der Kommunisten vom gleichen Schlag sind, so die Kritiker des Runden Tisches. *„Ziel der Machthaber war die dauerhafte Sicherung der Macht. (...) Den Runden Tisch betrachteten sie somit zunächst weniger als Forum für Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern eher als Instrument, um die Verantwortung für die ökonomische und politische Krise mit einer kontrollierten und schwachen Opposition zu teilen“*²⁹.

Viele Wissenschaftler behaupten sogar, dass die Einberufung des Runden Tisches von der BKP eigentlich initiiert worden sei, damit es in Bulgarien zu keinen gewaltigen Auseinandersetzungen kommt, ähnlich wie in Tschechien, Polen oder der DDR: *„Unlike the Hungarian Round Table, where the democratic opposition first held an Opposition Round Table and set out firm principles of negotiation even before they agreed to enter negotiations, in Bulgaria the preparatory meetings for the Round Table were coordinated by Andrei Lukanov, one of the Bulgarian Communist Party leaders“*³⁰.

²⁸ Baeva, I. , Kalinova, E. (2010), S. 258.

²⁹ Adamovich, I. (2004), S. 183.

³⁰ Linz, J. , Stepan, A. (1996), S. 338.

3.2 Die ersten demokratischen Wahlen

Die erste wichtige politische Aufgabe nach der Wende war die Wahl der Großen Volksversammlung: Dieser Schritt sollte die Unabänderlichkeit der politischen Veränderungen in Bulgarien endgültig besiegeln.

Diese ersten demokratischen Wahlen waren am bulgarischen Runden Tisch Anfang 1990 ausgehandelt. Die waren von großer Bedeutung für die Entstehung, die Etablierung und die Institutionalisierung der Demokratie in Bulgarien. Samuel Huntington legt großen Wert auf *„Wahlen, die in einer echten Demokratie gerecht, ehrlich und regelmäßig stattfinden müssen und bei denen allen Erwachsenen nicht nur ein echtes aktives, sondern auch ein passives Wahlrecht zusteht“*³¹.

In der wissenschaftlichen Literatur werden die ersten Wahlen nach Beginn des Übergangs zur Demokratie als „founding elections“ (grundlegende Wahlen) bezeichnet, da sie eine große Rolle für die Legitimierung des Mehrparteiensystems und des Übergangs zur Demokratie spielen.

*„Formed in opposition to “The Party”, the heterogeneous mixes of individuals who joined forces against the Communist regime in the founding elections were hardly parties in their own right – in fact they carefully avoided the party label (preferring vague names like the Czech Civic Forum, the Romanian National Salvation Front, the Slovak Public Against Violence, the Polish Solidarity etc.) and even proclaimed their reluctance to engage in factionalist party politics. While more mainstream political parties emerged in time for the founding elections in a number of countries (...), the first elections almost invariably pitted two broad camps against each other – the marginally reformed Communists and the broad anti-Communist coalitions. These coalitions usually included varying mixes of liberals, conservatives, nationalists and traditional social democrats, whose only real commonality was their rejection of the Communist regime.“*³²

Die grundlegenden Wahlen hatten in Bulgarien – verglichen mit anderen, in einer ähnlichen Situation befindlichen Staaten – eine noch größere Bedeutung, da das bulgarische Parlament als Große Nationalversammlung berechtigt war, nicht nur die aktuellen politischen Aufgaben zu lösen, sondern auch eine neue demokratische Verfassung zu erlassen, in der die Grundlagen des neuen politischen Systems unter Beachtung der gängigen Prinzipien der liberalen Demokratie gelegt werden sollten. Nun war zu klären, nach welchem System die

³¹ Huntington, S. (1991), S. 7

³² Pop-Eleches, G. (2004), S. 11-12.

grundlegenden Wahlen durchgeführt werden sollen. Bereits am Runden Tisch wurde über zwei unterschiedliche Wahlsysteme verhandelt, und zwar über das Mehrheitsystem und das Verhältnissystem.

Die Vertreter der kommunistischen Partei verteidigten die Idee einer Mischform aus Mehrheits- und Verhältniswahlsystem. Sie rechneten mit Vorteilen daraus, da die Partei in der Lage war, den Wählern bekannte Personen als Kandidaten für die Volksversammlung anzubieten. Die Opposition hingegen verteidigte die Idee der Einführung eines reinen Verhältniswahlsystems, da die Politiker der SDS im Großen und Ganzen eher neu und somit nicht optimal vorbereitet waren. Im Endeffekt wurde der Kompromiss einer gemischten Wahlform getroffen, bei der die Hälfte der Sitze in der Volksversammlung nach dem Mehrheitswahlsystem und die andere Hälfte nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden sollten. Zudem wurde die Vier-Prozent-Grenze eingeführt, d. h. das Minimum an Wählerstimmen, die eine Partei oder Koalition erhalten sollte, um Sitze im Parlament zu erlangen, was wiederum die Chancen der vielen kleinen Parteien minimierte.

Die SDS scheiterte bei dem Versuch, die Wahlen hinauszuzögern, um dadurch mehr Zeit für die Vorbereitung und für die Stärkung ihrer Positionen zu gewinnen. Einen Anspruch auf Teilnahme an der Nationalversammlung erhoben auch BZNS und DPS. Letztere erhoffte sich Erfolg durch die Stimmen der Bevölkerung türkischer Herkunft. Darüber hinaus wurden 40 weitere Parteien und Koalitionen für die Teilnahme an den Wahlen registriert. Dabei war die tatsächliche Anzahl der politischen Parteien in Bulgarien zu diesem Zeitpunkt deutlich höher, da sich viele dieser Parteien zu Koalitionen zusammenschlossen. Ein typisches Beispiel hierfür war die SDS, die allein 17 verschiedene Parteien, Organisationen und Bewegungen beinhaltete. Die wichtigsten politischen Parteien und Koalitionen, die an den grundlegenden Wahlen teilnahmen, waren BSP, SDS, BZNS und DPS. Während BSP und BZNS als Nachfolger der mit dem totalitären System verbundenen Parteien betrachtet wurden, waren SDS und DPS ganz neue politische Subjekte.

Der erste politische Wahlkampf beruhte auf Konfrontation. Die Propaganda der BKP wies auf die sozialen Vorteile des Sozialismus hin und versprach die Errichtung eines neuen demokratischen Sozialismus. Der nominierte Premierminister Andrei Lukanow sogar versuchte, die antikommunistische Bewegung als Koalitionspartner zu gewinnen. Die Parteimitglieder waren sich sicher, dass diese Wahlen für die Richtung des bulgarischen Übergangs in der veränderten geopolitischen Situation Europas bestimmend waren. Die SDS

hingegen verneinte radikal die Regierung der BKP in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft und akzentuierte in ihrer Wahlkampffargumentation die Repressionen während der kommunistischen Ära. Die Strukturen der SDS waren erst seit Kurzem etabliert worden und die meisten Mitglieder waren zwar von der politischen Vergangenheit sehr enttäuscht, hatten aber oft nicht die notwendige politische Kompetenz und Erfahrung. *Bei einigen dominierte der Hass auf den Kommunismus gegenüber der rationalen Wahrnehmung der politischen Situation.*³³ Viele bulgarische Politikwissenschaftler sind der Meinung, dass sich die Opposition teilweise selbst ausmanövriert hat. Einerseits ist festzustellen, dass der SDS ein hervorragender Wahlkampf in den Großstädten gelang, wo die Opposition folgerichtig auch gewinnen konnte. Nichtsdestotrotz muss auch erkannt werden, dass sie in den kleineren Städten und Gemeinden de facto nicht vertreten war.

Die Wahlen der Großen Nationalversammlung fanden am 10. und 17. Juni 1990 statt. Im Unterschied zu anderen osteuropäischen Ländern wie z. B. Ungarn, der Tschechoslowakei oder Polen führten die Ergebnisse nicht zu einem radikalen politischen Wandel. Die BSP erhielt die absolute Mehrheit, was ihr ermöglichte, eine Einparteienregierung zu bilden. *„In den Wahlen vom 10. Juni 1990 errang die BSP mit 211 von 400 Sitzen eine absolute Mehrheit, wobei sie 114 Sitze über die Einerwahlkreise und 97 Sitze über die Parteiliste entsandte.*³⁴ Dies machte sie zu einem Hegemon und zur Hauptpartei in der Linken. *„The Communist Party, via an internal coup, rid itself of its old leader, Todor Zhivkov, gained some legitimacy by participating in a round table, and eventually won the first competitive election against the still weak democratic forces³⁵“*. Die SDS wurde zur zweitstärksten politischen Kraft: *„Die SDS erlangte insgesamt 144 Sitze, davon 69 in den Einerwahlkreisen und 75 in der Listenwahl.*³⁶ BZNS, der ehemalige Partner der BKP während des kommunistischen Regimes, wurde drittgrößte Partei im Parlament. Auch die neue politische Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien, DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten) war in der Großen Nationalversammlung vertreten.

Zum ersten Mal seit 45 Jahren wurde das Parteimonopol der BKP aufgebrochen. Trotz der Niederlage erlangte die SDS als größte Oppositionskraft viele (144) Sitze im Parlament und hatte dadurch die Gelegenheit, den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen, an der

³³ Baeva, I. , Kalinova, E. (2010), S. 261.

³⁴ Harfst, P. (2008), S. 95.

³⁵ Linz, J. , Stepan, A. (1996), S. 295

³⁶ Harfst, P. (2008), S. 96.

gegenwärtigen Politik aktiv zu partizipieren und die neuen staatlichen Institutionen zu formieren. Die Rolle der SDS insbesondere beim Entwerfen und Verabschieden der neuen Gesetze, die die Grundlage der neuen demokratischen Gesellschaft bilden sollten, war entscheidend. Der Zweck vieler dieser Gesetze lag im allmählichen Abbau des sog. Partei-Staates sowie in der Erschaffung eines neuen Typs von Staatlichkeit.

Die Analyse der Gründe, weswegen die SDS die Wahlen nicht gewinnen konnte, zeigt, dass die Opposition nicht genug Zeit hatte, um starke Strukturen im ganzen Land zu entwickeln. Ihre Wahlkampagne machte hauptsächlich von der langjährigen Frustration, der Unzufriedenheit sowie der Enttäuschung der Bevölkerung über die politische Vergangenheit Gebrauch und nutzte diese als Hauptargumente, die jedoch für die meisten Bulgaren fortgeschrittenen Alters nicht zählten und nicht besonders ins Gewicht fielen, da sie ihre persönlichen Erfolge mit der Epoche des Sozialismus verbanden. Die jüngere Generation hingegen unterstützte den Übergang und die Opposition, während die älteren Bevölkerungsschichten, die Pensionäre, die Landarbeiter und die Vertreter der industriellen Arbeiterschaft den Status quo aufrechterhalten wollten und den Reformatoren der BSP beipflichteten.

Tatsächlich gewann die Opposition die absolute Mehrheit in der Hauptstadt Sofia und in anderen Großstädten, dennoch verzeichnete sie katastrophale Verluste im Rest des Landes. *Der ehemalige Vorsitzender Dr. Schelju Schelew behauptete, die Wahlergebnisse seien gefälscht worden.*³⁷ Dies ist nicht ganz auszuschließen, dennoch handelt es sich hierbei nicht um den wesentlichen Grund für deren Wahlniederlage. Weitere Ursachen für die Niederlage waren die Unerfahrenheit der SDS-Politiker, die mangelnden finanziellen Mittel für die Wahlkampagne, die schlechte infrastrukturelle Ausstattung der Opposition und die fehlende Unterstützung durch den Westen.

Bei den Wahlen der Großen Nationalversammlung wurde in Bulgarien das Modell des Proporzsystems (des Verhältniswahlrechtes) mit einer Vier-Prozent-Hürde angewendet. Diese Sperrklausel sollte verhindern, dass kleinere Parteien und Gruppierungen im Parlament vertreten werden.

³⁷ Baeva, I. , Kalinova, E. (2010), S. 263.

Kapitel III: Aufgaben, Konflikte und Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens

1. Aufgaben im Prozess der Demokratisierung Bulgariens

1.1 Die neue demokratische Verfassung

Bulgarien war das erste Land in Osteuropa, das sich nach den ersten demokratischen Wahlen die Verabschiedung einer neuen Verfassung zum Ziel gesetzt hat. Diese Entscheidung ist etwas fragwürdig, da die wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Bulgarien – verglichen mit anderen im Prozess der politischen Transformation befindlichen Ländern – erheblich langsamer vonstatten gehen. Eine Erklärung dafür ist der Umstand, dass die Opposition die verzögerten Prozesse der Demokratisierung zu beschleunigen versuchte, indem sie forderte, dass das Parlament eine neue Verfassung erarbeiten sollte, die das System grundlegend ändert.

Im Frühjahr 1991 begannen die vorbereitenden Arbeiten an der neuen Verfassung in der Großen Nationalversammlung, was wiederum zu vielen Konflikten zwischen der Opposition und den Linken führte. Es ist wichtig zu erwähnen, dass grundsätzliche Verfassungsänderungen nur durch die Große Nationalversammlung beschlossen werden konnten. Viele SDS-Mitglieder waren allerdings der Ansicht, dass die Große Nationalversammlung nicht „demokratisch“ genug war, um ein neues Grundgesetz zu entwerfen. Die „Radikalen“ in der SDS sprachen sich in der Hoffnung eines SDS-Triumphes für Neuwahlen aus.

Vom 14. Mai bis zum 12. Juli 1991 arbeitete die Große Nationalversammlung an der neuen Verfassung, wobei der öffentliche Druck zunehmend größer wurde. Dies führte zu einer inneren Zerspaltung der SDS in Konservatoren (Legitimisten) und Radikalistern.

„Die Verabschiedung der neuen bulgarischen Verfassung markierte das Ende des Prozesses der formalen Abschaffung des Monopols der ehemaligen kommunistischen Partei. Die neue bulgarische Verfassung wurde von 309 Vertretern unterschrieben und am 12. Juli 1991 erlassen. In 10 Kapiteln mit insgesamt 169 Artikeln wurde in einer Totalrevision der Reihe nach folgendes festgelegt: die Grundprinzipien der Verfassung, die Grundrechte und Pflichten der Bürger, die Arbeit des Parlaments, die Stellung des Präsidenten, die Arbeit des

*Ministerrats und der Ministerpräsidenten, Prinzipien der Judikative, die örtliche Selbstverwaltung, Kompetenzen des Verfassungsgerichts, Bestimmungen zu Verfassungsänderungen sowie die Symbole der Republik Bulgarien“.*³⁸

Die neue Verfassung legitimiert zum einen das Prinzip vom Mehrparteiensystem

*„Artikel 11. (1) Das politische Leben in der Republik Bulgarien gründet sich auf dem Prinzip des politischen Pluralismus“*³⁹

und zum anderen die Freiheit zur Vereinigung der Bürger in politischen Parteien:

*„Artikel 11. (3) Die Parteien tragen zur Bildung und zur Äußerung des politischen Willens der Bürger bei. Das Verfahren zur Gründung und Auflösung von politischen Parteien sowie die Voraussetzungen für ihre Tätigkeit regelt ein Gesetz“*⁴⁰.

Andererseits verbietet die neue Verfassung folgerichtig die Errichtung von “Staatsparteien” und das Parteimonopol auf die Staatsinstitutionen:

*„Artikel 11. (2) Keine einzige politische Partei oder Ideologie darf zu einer staatlichen erklärt oder dazu bestimmt werden“*⁴¹.

Die Verfassung verhängte zudem ein Verbot von Parteien mit totalitären Ansichten und Ideologien. Dieser Umstand zeugt von der Empfindlichkeit der bulgarischen Gesellschaft gegenüber der Gefahr der Wiederholung der politischen Ereignisse in den letzten Jahrzehnten.

Mit dem Verfassungsgericht wurde eine neue Institution eingerichtet, die in einigen Ostblockstaaten wie z. B. in Polen und Ungarn bereits vor der Wende bestand. Diese neue staatliche Einrichtung sollte gewährleisten, dass die staatlichen Behörden die Verfassung strikt einhalten. Dies bedeutet, dass das Verfassungsgericht Gesetze und andere Beschlüsse des Parlaments aufheben kann und somit als oberstes Aufsichtsorgan fungiert. Das Verfassungsgericht soll somit die grundlegenden Interessen des Staates schützen. Laut der neuen Verfassung hat das Staatsoberhaupt vor allem repräsentative Funktionen, wie z. B. das Halten von Ansprachen, die Unterzeichnung internationaler Verträge etc.

Die neue bulgarische Verfassung von 1991 folgt den modernen demokratischen Prinzipien des Staatsaufbaus und schafft eine dauerhafte Rechtsgrundlage für eine demokratische Gesellschaft.

Dennoch diskutieren heutzutage viele bulgarische Politikwissenschaftler über die Bedeutung der neuen Verfassung für die zukünftige Entwicklung Bulgariens. Dieser Aspekt bleibt immer

³⁸ Ismayr, W. (2010), S. 679.

³⁹ Verfassung der Republik Bulgarien vom 12. Juli 1991.

⁴⁰ Verfassung der Republik Bulgarien vom 12. Juli 1991.

⁴¹ Verfassung der Republik Bulgarien vom 12. Juli 1991.

noch fragwürdig, denn Bulgarien arbeitete noch seine erste moderne Verfassung aus während die anderen Länder aus dem ehemaligen Ostblock bereits die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Einführung der Marktprinzipien in Angriff genommen hatten. Wenn eine Parallele zwischen Bulgarien und den anderen osteuropäischen Ländern gezogen wird, lässt sich feststellen, dass die anderen Länder ihre politischen Reformen nur auf der Grundlage eines gesellschaftlichen Konsenses durchführen konnten. Gerade dieser Mangel konstituiert eine der vielen Ursachen, weshalb Bulgarien bereits zu Beginn der Reformen im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Ländern zurückblieb.

1.2 Entstehung und Etablierung von Parteienpluralismus

Der Parteienpluralismus ist ein wichtiges Merkmal der liberalen Demokratie und markiert zugleich das faktische Ende eines Regimes. Von 1947 bis 1989 waren die Demokratie und der Parteienpluralismus in Bulgarien durch das politische Monopol der BKP faktisch nicht existent. Folglich war für die Entstehung der Demokratie die Gründung zahlreicher politischer Verbände und Parteien kennzeichnend.

Neue politische Parteien entstehen grundsätzlich nach gewaltigen politischen und sozialen Veränderungen, die zur Etablierung einer Demokratie führen, zum Beispiel nach einer Revolution oder nach dem Zusammenbruch eines autoritären antidemokratischen Regimes. Unter diesen Umständen ist die Entstehung und Entwicklung neuer Parteien eher plötzlich und übereilt, da diese unter einem gewissen Zeitdruck stehen, die Entwicklungen zu durchlaufen, für die eine klassische Demokratie, historisch gesehen, mehr Zeit hat. Dies führt zweifelsohne zum Überspringen wichtiger Entwicklungsetappen. Die historische Entwicklung der bulgarischen politischen Parteien beruht auf dem oben genannten Modell. Nach der Befreiung von der türkischen Herrschaft waren z. B. die Parteien ein überfälliges Produkt der nationalen Erweckung des Volkes nach Jahrhunderten der Unterdrückung.

„Den Grundstein zur Entstehung des heutigen Parteiensystems legte das Gesetz über politische Parteien, das die Nationalversammlung am 3.4.1990 zur Vorbereitung der ersten freien Parlamentswahlen verabschiedet hatte.“⁴² In der Anfangsphase des Parteienpluralismus in Bulgarien nach dem 10. November 1989 entstanden Parteien grundsätzlich auf drei

⁴² Ismayr, W. (2010), S. 679.

verschiedene Weisen. Erstens wurden einige Parteien, die bereits vor 1947 am politischen Leben partizipiert hatten, wieder aktiv, wie z. B. die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP), die Demokratische Partei (DP) sowie die Radikaldemokratische Partei (RDP). Weiter entstanden Parteien, die ihren Ursprung in der Dissidentenbewegung hatten, die wiederum vor der Wende die erste Form des Widerstands gegen die kommunistische Partei darstellte. Drittens wurden völlig neue Parteien gegründet, die ebenfalls am politischen Leben im postkommunistischen Bulgarien teilhaben wollten. Diese waren vollkommen unbekannt und ahmten schlichtweg Parteien aus dem Ausland nach.

Die neue Verfassung war von großer Bedeutung für die Entstehung und die Legitimierung des Parteipluralismus in Bulgarien. Artikel 11., Abs. (1) lautet: *„Das politische Leben in der Republik Bulgarien gründet sich auf dem Prinzip des politischen Pluralismus“*⁴³. Die Gründung neuer Parteien in der Anfangsphase der Liberalisierung und der Demokratisierung einer Gesellschaft weist eine Reihe von gemeinsamen Merkmalen auf, die für ihre spätere Entwicklung richtungweisend sind. Viele Parteien entstanden auf Grundlage der Zusammenarbeit einer kleinen Menge von Gleichgesinnten, die sich primär mit dem von ihnen ausgewählten Parteivorsitzenden identifizierten. Solchen Parteien mangelte es an einer Basis von Sympathisanten in der bulgarischen Gesellschaft, an einem geschichtlichen Hintergrund sowie an Erfahrung und Struktur. Folglich waren die ersten politischen Parteien in Bulgarien nach der Wende keine Parteien im eigentlichen Sinne, sondern eher Kreise von Gleichgesinnten. Sie nannten sich zwar Parteien, wiesen aber keinerlei Merkmale einer Partei im eigentlichen Sinne auf. Hinzu kommt noch, dass sie allesamt einen mächtigen politischen Gegner hatten, da die BSP als Nachfolger der BKP auf ihre bewährten Ressourcen und vor allen Dingen auf die politische Erfahrung in der Tiefenstruktur zurückgreifen konnte.

Die ersten oppositionellen Parteien hatten dennoch grundsätzlich einige ähnliche politische Ansichten, die im Folgenden kurz zusammengefasst werden.

- *Sie alle kritisierten scharf das totalitäre Regime, da es durch Anwendung von Gewalt und Verfolgung die Bürgerrechte missachtete und zusätzlich das Land in eine tiefe wirtschaftliche Krise brachte.*
- *Zusätzlich akzentuierte die Opposition die Einführung und Einhaltung der grundlegenden demokratischen Werte, nämlich der Volkssouveränität, der Bürgerrechte, des Rechtsstaates, des Parteipluralismus und des Mehrparteiensystems.*

⁴³ Verfassung der Republik Bulgarien vom 12. Juli 1991.

- *Die Opposition bestand auf der Einführung der Marktwirtschaft, auf der Errichtung einer gemischten Wirtschaftsform, die aus privatem, genossenschaftlichem und staatlichem Eigentum besteht, auf der Stärkung der Privatinitiative und der unternehmerischen Kompetenz, sowie auf einer neuen Art von Sozialpolitik unter den Bedingungen der Marktwirtschaft.⁴⁴*

Am zahlreichsten waren die spezifischen Forderungen der Opposition an die Politik, die im Zusammenhang mit der Demokratisierung des Landes standen. Dazu gehörten: „*die Durchführung freier und demokratischer Wahlen; die Verabschiedung einer neuen Verfassung, die den liberalen demokratischen Werten entsprach; die Aufhebung der Gesetze, die am stärksten den repressiven Charakter des totalitären Systems verkörperten; die Verabschiedung neuer Gesetze, die den Parteienpluralismus legitimieren; die Entpolitisierung der staatlichen Institutionen; die Pressefreiheit; die Rehabilitierung der Bürger, die vom kommunistischen Regime verfolgt und unterdrückt wurden; die komplette Abschaffung des ideologischen Monopols der kommunistischen Partei in den Bereichen Bildung und Kultur; die Forderung nach rechtlichen Konsequenzen für die ehemaligen Führer der kommunistischen Partei für die von ihnen begangenen Verbrechen⁴⁵“.*

1.3 Marktwirtschaft

Einige der wichtigsten Aufgaben des Übergangs waren die Wirtschaftsreform und die grundlegende Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft sowie die Einführung der Prinzipien der freien Marktwirtschaft im gesamten Wirtschaftsleben. Das war zweifelsohne die schwierigste und die problematischste Etappe der Reformen, denn sie war mit der Veränderung des Eigentums verbunden, d. h. mit den Interessen der ganzen Gesellschaft. Hier sollte über die schwierige Frage entschieden werden, in wessen Händen sich der Reichtum der Gesellschaft befinden soll, wie er verteilt werden soll und welche Gesellschaftsgruppen begünstigt werden sollten. Genau an dieser Stelle kam es zum größten Scheitern im Prozess des bulgarischen Übergangs, das zugleich auch ein Scheitern der jungen bulgarischen Demokratie war.

Das wirtschaftliche Hauptziel des Übergangs war es, den nationalen Wohlstand durch nachhaltige und dynamische wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern und das sozialistische

⁴⁴ Karasimeonow, G. (2006), S.43

⁴⁵ Karasimeonow, G. (2004), S.44

Plansystem in eine gemischte Marktwirtschaft umzuwandeln, die fähig sein sollte, eine effizientere Verteilung und Nutzung der nationalen Ressourcen zu sichern. Am „Runden Tisch“ einigten sich die Teilnehmer auf Wiederherstellung des Privateigentums, die Durchführung der Privatisierung und Einführung von Marktmechanismen in die Wirtschaft. Nach der Abschaffung des sozialistischen Regimes in Bulgarien hat die 36. Nationalversammlung eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die die von der Volksregierung nach dem 9. September 1944 beraubten ehemaligen Eigentümer entschädigen mussten. Das Gesetz über das Eigentum und die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen war das erste davon, das von der Nationalversammlung am 22. Februar 1991 verabschiedet wurde. *Aufgrund dieses Gesetzes wurde das Eigentum an landwirtschaftlichen Flächen wiederhergestellt, die nach 1944 beschlagnahmt worden waren.*⁴⁶ Trotz des Vorhandenseins von Rückstellungsgesetzen brauchte es viele Jahre, bis dieses Eigentum den früheren Besitzern zurückgegeben wurde. Die Restitution wurde wegen der unklaren oder widersprüchlichen Verfahren und des Mangels an Vorschriften, technischen Leitlinien und detaillierten Karten des Privateigentums verzögert. Zusätzliche Hindernisse waren die deutlichen Unterschiede zwischen den alten und neuen Katasterplänen.

Nach der Auflösung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Jahr 1991 war Bulgarien eines der am schwersten betroffenen Länder, zum einen, weil die ganze Bandbreite der Wirtschaftsbeziehungen dadurch aufgelöst wurde und zum anderen, weil Bulgarien eines der Länder war, das am engsten mit diesem Wirtschaftssystem in Verbindung stand. Sechzig Prozent des bulgarischen Außenhandels war an die Sowjetunion, zwanzig Prozent an die übrigen Mitgliedstaaten gekoppelt. Folglich waren die Auswirkungen dieser Auflösung für die bulgarische Wirtschaft verheerend. Dieser Zustand konnte definitiv nicht verhindert werden, da die Auflösung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe die wichtigste Voraussetzung für den Übergang zur Marktwirtschaft war.

Hinzu kommt noch, dass der ohnehin komplizierte Übergang durch das Verhängen zweier Embargos zusätzlich enorm erschwert wurde. Das erste Embargo wurde infolge des Golfkrieges beschlossen, das zweite stand in direktem Zusammenhang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. *„Erschwerend kam hinzu, dass die Verschärfung der UN-Sanktionen gegenüber Jugoslawien im Frühjahr 1993 die bulgarische Wirtschaft schwer*

⁴⁶ Baeva, I. , Kalinova, E. (2010), S. 267.

traf.⁴⁷“ Die Schäden, die für die bulgarische Wirtschaft dadurch entstanden sind, wurden auf ca. fünf Milliarden Dollar geschätzt, was für ein kleines, sich mitten im Übergang befindendes Land fatal war.

Die Regierung von Schan Widenow war die erste, die ein Programm für Massenprivatisierung entwickelte. Dennoch hat diese Regierung die erwartete Strukturreform der Wirtschaft nicht durchgeführt. Widenows Bemühungen, die Inflation zu senken und das Finanzsystem zu retten, liefen ebenfalls ins Leere. Er konnte die großen Getreideexporte im Sommer 1995, die eine akute Getreidekrise im Land zur Folge hatten, nicht verhindern. Die Gründung von vielen Geschäftsbanken mit öffentlichen Mitteln, die Gewährung von ungesicherten Krediten, die Refinanzierung von verlustbringenden Staatsunternehmen, die hohen Zinsen auf Einlagen und der unkontrollierte Export von Kapital ins Ausland führten im Jahr 1996 zu vielen Bankenpleiten und einem starken Anstieg des Haushaltsdefizits. Gleichzeitig wurden die größten Schuldner dieser Banken Kreditmillionäre. Die Ersparnisse von Tausenden Bulgaren wurden von den sog. Finanzpyramiden absorbiert. Die Regierung gab Garantien für die Einlagen der Bürger in den bankrotten staatlichen Banken, diese führten allerdings zu einer noch gravierenderen finanziellen Unsicherheit im Land. Das Kabinett Widenow wurde gezwungen, ein Programm für Schließung oder Isolierung der verlustbringenden Staatsunternehmen zu verabschieden, aber die Durchführung des Programms wurde wegen der Uneinigkeiten über die Liste dieser Unternehmen blockiert. Selbst die Brotversorgung der eigenen Bevölkerung sollte sich als problematisch erweisen, zudem stieg die Inflation unkontrolliert an und der Lebensstandard im Land sank rasant. Auf der anderen Seite musste Bulgarien Zahlungen auf seine Auslandsschulden vornehmen, die sich in den Jahren 1995-1996 auf eine Summe von rund zwei Milliarden Dollar beliefen.

Es ist an dieser Stelle wichtig zu erwähnen, dass der Übergang in Bulgarien während der Regierung der SDS von 1997 bis 2001 zum größten Teil seine Richtung geändert hat, unter anderem aufgrund der Art und Weise auf welche die Privatisierung des staatlichen Eigentums in dieser Zeit vonstatten ging. Nach der Wende hatten die ehemaligen kommunistischen Parteifunktionäre viel mehr Klarheit in der Frage der Staatsfinanzen und viele staatliche Gelder wurden ins Ausland abgezogen. Ein anderer Teil wurde für die Gründung vieler Banken in Bulgarien verwendet. Später fingen diese Banken an, ungedeckte Kredite an Personen aus den eigenen Reihen zu vergeben, wodurch sie absichtlich Bankrott gingen, was

⁴⁷ Roth, M. (2005), S. 69

wiederum zu einer der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrisen in der jüngsten Geschichte Bulgariens führte. Als die SDS 1997 an die Macht kam, begann die Privatisierung des staatlichen Eigentums, dessen Wert in Höhe von Milliarden geschätzt wurde. Ein Teil der SDS-Politiker aus der damaligen Regierung wurde der Korruption beschuldigt und ihnen wurde eine Reihe von Diebstählen staatlichen Eigentums vorgeworfen. Die Ergebnisse der Privatisierung zeigen de facto, dass ein großer Teil der Wirtschaftsgüter wieder in die Hände der früheren kommunistischen Elite und der ehemaligen Staatssicherheit (DS) floss und zur Stärkung ihres politischen, wirtschaftlichen und medialen Einflusses genutzt wurde. Die SDS scheiterte auch an der Aufgabe, eine Mittelschicht in der bulgarischen Gesellschaft zu schaffen.

Nichtsdestotrotz muss angeführt werden, dass die Regierung der SDS einige Erfolge im Prozess des Übergangs zur Marktwirtschaft verzeichnen konnte. So wurden zum Beispiel Maßnahmen zur makroökonomischen Stabilität ergriffen und Strukturreformen durchgeführt, die zu einem reduzierten Haushaltsdefizit und zu einer geringeren Inflation geführt haben. Es wurden auch günstige Bedingungen für ausländische Investitionen geschaffen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Regierung der SDS einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft durch die Einführung eines zur Minderung der Hyperinflation führenden Währungsfonds leistete und darüber hinaus eine strenge Fiskalpolitik und Transparenz des staatlichen Finanzwesens garantieren konnte. Um das Wirtschaftswachstum des Landes zu gewährleisten, unternahm die Regierung der SDS auch eine Reihe von steuerlichen und finanziellen Reformen sowie eine Justizreform, die insgesamt günstige Bedingungen für ausländische Investitionen schaffen sollten. Es wurden auch größere Infrastrukturverbesserungen in den Bereichen Energie und Verkehr durchgeführt und der Regierung gelang es, auch die organisierte Kriminalität (Schmuggel von Öl, Gas und Waffen) zu reduzieren. Außerdem führte sie eine umfassende Steuerreform durch, wobei die positivsten Wesenszüge der Steuergesetzgebung aus den USA und der EU übernommen wurden.

Trotz dieser Erfolge war die SDS-Regierung nicht im Stande, die Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Von diesen umfassenden Reformen erwarteten die breiten Massen eine Erhöhung des Lebensstandards, ohne dabei zu berücksichtigen, dass derartige grundlegende Veränderungen in der Wirtschaft viel Zeit erfordern und mit vielen Einbußen verbunden sind. Die allgemeine Enttäuschung über die SDS-Regierung sowie die

Vorwürfe der Misswirtschaft, Unterschlagung und Korruption führten zum Verlust der Parlamentswahlen im Jahr 2001.

1.4 NATO-Mitgliedschaft und EU-Beitritt

Die am 4. April 1949 in Washington gegründete Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) schloss ein Bündnis mit zehn europäischen und zwei nordamerikanischen Staaten, die sich zur gegenseitigen Verteidigung verpflichteten. Zwischen 1952 und 1982 traten noch vier weitere europäische Länder bei, wodurch die Zahl der Mitglieder dieses Bündnisses auf insgesamt sechzehn Staaten anwuchs. Nach dem Beitritt Ungarns, Polens und der Tschechischen Republik am 12. März 1999 zählte die NATO bereits neunzehn Mitgliedstaaten. Laut Vertrag sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre individuellen und kollektiven Verteidigungsfähigkeiten zu pflegen und zu entwickeln und die Grundlage für die Planung effektiver kollektiver Selbstverteidigung zu schaffen. Der Beitritt Bulgariens in die NATO war eine der wichtigsten Prioritäten der Außenpolitik des Landes in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts. *„Nach der Auflösung des Warschauer Paktes und mit den Konflikten im westlichen Balkan setzte Bulgarien unmissverständlich auf eine NATO-Mitgliedschaft⁴⁸“*. Zu den strategischen Hauptzielen gehörte die vollständige Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen. Zu dieser Zeit erklärten die Europäische Union und die NATO eine „Politik der offenen Tür“ für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten. Die Aufnahme neuer Organisationsmitglieder wird im Artikel 10 des Vertrags geregelt, der vorsieht, dass andere europäische Länder, die die Grundsätze des Vertrags unterstützen und zur Sicherheit des Euroatlantischen Raums beitragen, zum Beitritt eingeladen werden können: *„The Parties may, by unanimous agreement, invite any other European State in a position to further the principles of this Treaty and to contribute to the security of the North Atlantic area to accede to this Treaty⁴⁹“*. Die bulgarische Mitgliedschaft in der NATO wurde zum ersten Mal als politisches Thema am 23. Juni 1990 zur Diskussion gestellt, als Solomon Passi dem Parlament einen Vorschlag zum Beitritt in die Organisation machte. *„For him, by becoming a member of NATO Bulgaria would be joining the largest association of free nations in the world, and thus confirm its own democratic values⁵⁰“*. In weniger als einem Monat, am 13. Juli 1990, billigte die Republik Bulgarien die Einladung zur Schaffung regulärer

⁴⁸ Gieler, W. (2012), S. 88.

⁴⁹ The North Atlantic Treaty, 1949

⁵⁰ Dimitrov, V.(2001), s. 100

diplomatischer Beziehungen mit der NATO durch eine Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten. Am 4. April 1991 wurde der bulgarische Atlantic Club von Solomon Passy als eine Nichtregierungsorganisation gegründet, deren Ziel es war, die bulgarische Beteiligung an den internationalen Angelegenheiten zu fördern, damit die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts durch die euroatlantische Gemeinschaft leichter gemeistert werden könnten. *„Passy requested NATO exchanged cooperation in all fields, establishment of a NATO information center, and distribution of NATO documents in Bulgaria, and affiliation of the Bulgarian Atlantic Club with the Atlantic Treaty Association⁵¹“*. Am 30. April 1991 erfolgte der erste Besuch des bulgarischen Premierministers (Dimitar Popow) im NATO-Hauptquartier. Nur wenige Monate später (12.-14. Juni 1991) fand auch der erste Besuch des NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner in Bulgarien statt. *„The Woerner visit in the following week was a high visibility affair conducted in a way to give maximum exposure to Bulgarian-NATO cooperation⁵²“*. Am 14. November des gleichen Jahres besuchte der bulgarische Präsident Dr. Schelew den Organisationssitz zum ersten Mal. Am 14. Februar 1994 unterzeichnete er einen Rahmenvertrag, wodurch Bulgarien dem Programm "Partnerschaft für Frieden" angeschlossen wurde. *„Der Weg zur NATO führte über das Partnership for Peace (PfP) Programm (1994)⁵³“*. Zwei Wochen später, am 28. November 1994, beteiligte sich der stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten Todor Čurov an der NATO-Sitzung in Bulgarien, indem er ankündigte, das erste individuelle Partnerschaftsprogramm zwischen Bulgarien und der NATO zu unterzeichnen. Am 16. Oktober 1995 trat Bulgarien dem Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und den Teilnehmerländern an der Partnerschaft für Frieden bei. Am 2. Februar 1996 intensivierte Bulgarien den individuellen Dialog mit der NATO, so dass im Zeitraum Februar 1996 - April 1997 fünf Runden von Einzelgesprächen zwischen Bulgarien und der NATO hinsichtlich der Fragen nach der Mitgliedschaft durchgeführt wurden. Am 29. Januar 1997 besuchte der bulgarische Präsident Petar Stojanow das NATO-Hauptquartier in Brüssel, indem er seine eindeutige Position im Sinne einer Vollmitgliedschaft vor dem Nordatlantikrat im Nordatlantischen Bündnis zum Ausdruck brachte. Diese Position erhielt eine breite öffentliche Unterstützung bei den Präsidentschaftswahlen. Am 17. März 1997 verabschiedete die Regierung ein nationales Programm über die Vorbereitung und den Beitritt Bulgariens zum Nordatlantischen Bündnis,

⁵¹ Clyatt, Oscar W. Jr.(1993), S. 65.

⁵² Clyatt, Oscar W. Jr.(1993), S. 22.

⁵³ Gieler, W. (2012), S. 88.

wozu ein Ausschuss für Integration in der NATO gegründet wurde. *„The government assigned the Ministry of Foreign Affairs the task of developing a national program to prepare for accession. This program, adopted by the cabinet in March 1997, specifies the measures which state institutions should implement in order to achieve NATO membership⁵⁴“*. Am 8. Mai 1997 verabschiedete die Nationalversammlung eine Erklärung der nationalen Zustimmung, die den bulgarischen Beitritt zur NATO als eine nationale Priorität definierte. Die Übergangsregierung von Stefan Sofianski unternahm einen der wichtigsten Schritte im bulgarischen Übergang, indem sie einen offiziellen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft stellte. Zum damaligen Zeitpunkt war Bulgarien das einzige Land aus dem ehemaligen Ostblock, das noch keinen offiziellen Antrag gestellt hatte. Obwohl es anfangs heftige parlamentarische Debatten über die geplante NATO-Mitgliedschaft gab, erkannten bald selbst die größten Gegner aus der BSP, dass die NATO-Mitgliedschaft weitgehend die Voraussetzung für die angestrebte EU-Mitgliedschaft war. Ende des Jahres, am 4. Dezember 1997, fasste die Regierung einen Beschluss, eine ständige diplomatische Mission Bulgariens bei NATO und Europäischer Union in Brüssel zu eröffnen. Am 23. Oktober 1998 billigte die Nationalversammlung eine Erklärung über den Kosovo, die eine Genehmigung für staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen der NATO im Kosovo sowie zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Union im Rahmen der Mitgliedschaftsperspektive ausdrückte: *„The government has supported NATO’s activities in the region even at the risk of becoming unpopular⁵⁵“*. Am 24. April 1999 nahm die bulgarische Delegation unter der Leitung des Präsidenten der Republik Petar Stojanow an dem NATO-Gipfeltreffen in Washington teil. Bulgarien und den anderen Kandidaten wurde ein Aktionsplan für die NATO-Mitgliedschaft (Membership Action Plan) angeboten, bei welcher Gelegenheit die NATO-Initiative für Südosteuropa (South East Europe Initiative) bekannt gegeben wurde. Am 28. April 1999 schlossen Bulgarien und die NATO eine Vereinbarung über den Transitkorridor für NATO-Streitkräfte durch den Luftraum des Landes im Rahmen der Aktion Allied Force ab, die darin bestand, Luftangriffe gegen Jugoslawien zwecks Beendigung der Aktionen der serbischen Streitkräfte gegen die ethnischen Albaner im Kosovo auszuführen. *„Die Hoffnungen nicht nur der USA, sondern auch der westeuropäischen Länder auf eine Rolle Bulgariens als Stabilitätsfaktor auf dem Balkan wurde im Zuge der Luftangriffe der NATO während des Krieges im Kosovo im Frühjahr 1999 deutlich.⁵⁶“* Im Oktober 2000 war Bulgarien Gastgeber

⁵⁴ Barany, Z.(2003), S. 193.

⁵⁵ Barany, Z. (2003), S. 216.

⁵⁶ Roth, M. (2005), S. 94

eines Arbeitstreffens der Verteidigungsminister der Beitrittsländer, an welchem auch der damalige NATO-Generalsekretär Lord Robertson beteiligt war, und im Oktober 2001 wurde das Treffen der Präsidenten dieser Länder in der bulgarischen Hauptstadt Sofia veranstaltet. Auf der Tagung des Nordatlantikrats mit den Staats- und Regierungschefs in Prag am 21. November 2002 wurde die Einladung Bulgariens zusammen mit den anderen sechs Beitrittskandidaten (Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien) zum Beginn von Gesprächen über den Beitritt zum Nordatlantischen Bündnis beschlossen. „*Das Bündnisgebiet wurde somit erstmals auch auf ehemalige sowjetische Republiken und auf eine frühere jugoslawische Teilrepublik ausgedehnt.*⁵⁷“ Die Gespräche mit Bulgarien wurden in zwei Runden jeweils am 10. Januar und 10. Februar 2003 durchgeführt. Während die erste Runde vor allem politische, wirtschaftliche und verteidigungsrelevante Fragen betraf, bezog sich die zweite Runde vorwiegend auf Ressourcen- bzw. Budgetfragen, Rechtsfragen sowie Sicherheit und Informationsschutz. Am 18. Juni 2003 stellte der NATO-Rat fest, dass sowohl Bulgarien als auch die anderen sechs Länder die NATO-Kriterien für Sicherheit und Informationsschutz erreicht hatten und beschloss auf dieser Grundlage die Aufnahme der insgesamt sieben Länder mit einem Beobachterstatus. Am 26. März 2003 unterzeichneten die ständigen Vertreter der neunzehn NATO-Mitgliedstaaten bei einer außerordentlichen Sitzung des NATO-Rats in Brüssel die Protokolle zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt von Estland, Lettland, Bulgarien, Litauen, Rumänien, der Slowakei und Slowenien im Beisein des bulgarischen Außenministers Solomon Passi und der Außenminister der anderen Länder. Am 18. März 2004 ratifizierte die Nationalversammlung der Republik Bulgarien den Nordatlantikvertrag und am 29. März 2004 wurden die Beitrittsunterlagen der sieben neuen Länder (Estland, Lettland, Bulgarien, Litauen, Slowakei, Slowenien und Rumänien) in Washington vorgelegt. An diesem Tag wurde Bulgarien offiziell in die NATO aufgenommen.

Die bulgarische Mitgliedschaft in der NATO stellt eine grundsätzliche außenpolitische Priorität und sowie einen entscheidenden Faktor zur Gewährleistung der Sicherheit und der Souveränität des Landes dar. Zuvor war Bulgarien Mitglied eines anderen politisch-militärischen Bündnisses, des Warschauer Pakts gewesen, das jedoch die entsprechenden Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber nicht erfüllte. Dieser Vertrag war keineswegs auf die Stärkung der nationalen Sicherheit und der Stabilität der Mitgliedsnationen ausgerichtet, was letztlich zur Auflösung dieser Union und zur Orientierung auf das andere politisch-

⁵⁷ Hauser, G. (2008), S.111

militärische Bündnis, nämlich die NATO, führte. Retrospektiv lässt sich zweifellos feststellen, dass die Entscheidung der Regierung im Februar 1997 über die Einleitung des Prozesses für den Beitritt zur NATO den ersten entscheidenden Schritt für die transatlantische und europäische Integration Bulgariens konstituierte. Somit war das erste strategische Ziel eines NATO-Beitritts innerhalb von sieben Jahren verwirklicht und sollte sich noch als wichtige Voraussetzung für die bulgarische Erfüllung des zweiten wichtigen strategischen Ziels, nämlich der Mitgliedschaft in der Europäischen Union, erweisen. Innerhalb dieses Zeitraums fanden wichtige politische Ereignisse und Aktionen zur Integration Bulgariens in die europäischen und transatlantischen Institutionen statt. Der Verfasser ist der Meinung, dass der Beitritt zur NATO sowohl die bulgarische als auch die gesamte südosteuropäische Situation zum Besseren verändert hat, da sich die NATO in den Jahren des Kalten Krieges und auch danach als die erfolgreichste militärisch-politische Organisation in der Geschichte der freien Welt erwiesen hat, die berufen ist, deren Werte und Sicherheit zu verteidigen. Die ehemaligen sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas benötigten viel Mühe und Zeit, um die Grundlagen der demokratischen Werte aufzubauen und der euroatlantischen Gemeinschaft beizutreten. Die Republik Bulgarien als Mitglied der Nordatlantik-Familie profitiert von den Garantien, den Vorteilen und den Möglichkeiten der kollektiven Sicherheit, aber gleichzeitig trägt es zur politischen und militärischen Sicherheit des Bündnisses entsprechend ihren Gegebenheiten bei. Die Mitgliedschaft Bulgariens in der NATO stellte dem Land Folgendes zur Verfügung: Erstens eine neue geopolitische Identität, d. h. die „ewigen“ Probleme des Balkan und der außenpolitischen Schwarzmeer-Umgebung lassen sich durch das Prisma der bulgarischen Mitgliedschaft in der NATO und der EU betrachten. Zweitens ging die traditionelle Abhängigkeit der kleinen Staaten von den unmittelbaren geopolitischen Riesen in der Zeit nach Ende des Kalten Krieges und im Kontext einer sich globalisierenden Welt in die Wechselbeziehungen dieser kleinen Länder wie Bulgarien mit größeren, bedeutsameren Staaten über. Die bulgarische Mitgliedschaft in der NATO erlaubte dem Land, zu einem Machtbündnis in der modernen Welt zu gehören, und sich an den wichtigsten Entscheidungen über die regionale und globale Sicherheit zu beteiligen. Drittens gewannen die bulgarischen Streitkräfte die Chance, sich effektiv an die Anforderungen der modernen militärischen Operationen anzupassen, wo und wann sie auch immer benötigt werden. Die Zulassung Bulgariens als Vollmitglied der NATO war eines der wichtigsten Ziele im Prozess des demokratischen Übergangs im Land und spielte eine große Rolle beim nachfolgenden Beitritt Bulgariens zur EU.

Die neue Außenpolitik Bulgariens manifestierte sich nicht nur in einer einfachen Umorientierung von Osten nach Westen. Es ging um tiefgreifende Änderungen, die sich auf den ganzen Inhalt der Außenpolitik bezogen, d. h. auf ihre Hauptziele und Prioritäten, Hauptprinzipien und Normen. Alle diese Veränderungen sollten zur Errichtung einer selbständigen und unabhängigen Außenpolitik führen, die zu den typischen Eigenschaften eines souveränen Staates gehören. Der Beitritt Bulgariens zu NATO und EU war eine der wichtigsten Prioritäten der Außenpolitik des Landes in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts gewesen. Das bedeutendste strategische Ziel war die vollständige Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen. In diesem Zeitraum hat die EU auch eine Politik der offenen Türen für den Beitritt neuer EU-Mitglieder erklärt. Beim Beitritt einer neuen Demokratie zu den europäischen und euroatlantischen Strukturen handelt es sich um einen komplizierten Prozess, der Jahrzehnte dauern kann. Der EU-Beitritt Bulgariens war das einzige außenpolitische Ziel, das tatsächlich die Zustimmung durch die bulgarische Gesellschaft fand. *Im Grundsatz hat Bulgarien seine »europäische Wahl« längst getroffen. 80-90% der Bevölkerung haben die Idee der europäischen Integration Bulgariens immer begrüßt.*⁵⁸ Diese Zustimmung gaben sowohl die politische Macht und die staatlichen Behörden als auch die Öffentlichkeit, da die Bevölkerung die Zukunft und den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes mit dem Beitritt zur mächtigen wirtschaftlichen Gemeinschaft der entwickelten europäischen Staaten untrennbar in Verbindung sah. Wie die ehemaligen sozialistischen Länder aus Mittel- und Osteuropa konnte Bulgarien lange Zeit an den laufenden Prozessen in Westeuropa nicht teilnehmen. Ernste Hindernisse für den Anschluss des Landes an die Gemeinschaft der entwickelten Länder waren das System von entgegengesetzten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einheiten, entstanden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sowie der ideologische, politische und militärische Kampf zwischen Ost und West. Nach dem Zerfall des Ostblocks entstand an den westlichen Grenzen der mittel- und osteuropäischen Länder die Möglichkeit zur Integration ihrer Wirtschaftssysteme in die einheitliche Ökonomik der entwickelten Staaten aus Westeuropa. *„Nach der Auflösung des Rats für gegenseitige Hilfe (RGW) am 28.6.1991 wurde diese politische Zielsetzung auch zu einer ökonomischen Notwendigkeit, um neue Absatzmärkte für die heimische Produktion zu sichern und zum Weltmarkt aufzuschließen*⁵⁹*“.* Bulgarien sollte massive Forderungen in Form der Durchführung eines Übergangs vom absoluten staatlichen Monopol zur Marktwirtschaft und Demokratie erfüllen. Am EU-Beitritt Bulgariens wirkten

⁵⁸ Teodossieva, Assia (2005), s. 1030

⁵⁹ Ismayr, W. (2010), S. 722.

alle bulgarischen Regierungen, Parlamente und Präsidenten nach 1989 mit. Diese Tatsache ist in erster Linie anhand der Chronologie der Ereignisse, die in den Beziehungen zwischen Bulgarien und der EU nach 1989 nachgezeichnet werden kann, ersichtlich. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Bulgarien und der EU sind 1988 festgesetzt worden. Zwei Jahre später ist das Abkommen für Handel- und Wirtschaftsmitarbeit am 8. Mai 1990 in Brüssel unterschrieben worden. Zwei Jahre später fasste die Große Volksversammlung unter Berücksichtigung des bulgarischen Wunsches den Beschluss, ein Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft werden zu wollen. Die Wahl Bulgariens, der EG beizutreten, stellte eine ausgezeichnete Perspektive für das Land dar und war von strategischer nationaler Bedeutung. Die Gründe, warum Bulgarien nach der Eurointegration strebte, liegen auf der Hand: Der EU-Beitritt bietet den Menschen in den Mitgliedsländern die Möglichkeit, in einem demokratischen und friedlichen Raum zu leben. Diese Perspektive war für Bulgarien als Land aus der unruhigen Balkanregion besonders wichtig. Die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung waren vielversprechend, weil der Zugang zu den neuen Märkten und Technologien sowie zu Strukturfonds eine reale Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung versprach. Am 14. Mai 1992 begann Bulgarien Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) über den Abschluss eines europäischen Assoziierungsabkommens (ECA). Im März 1993 unterzeichnete Bulgarien das Europa-Abkommen, das im Februar 2015 in Kraft trat. *„Die Europa-Abkommen sollen den betreffenden Ländern helfen, ihren vorgenommenen Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft erfolgreich fortzusetzen. Sie wurden bereits mit Polen und Ungarn im Jahr 1991 abgeschlossen, und 1993 folgten dieselben Abkommen mit Rumänien, Bulgarien⁶⁰“*. Auf diese Weise beantragte Bulgarien seinen Platz auf der Weltkarte. Der Einfluss von Russland und dessen Beseitigung war immer ein ernstes Thema für Bulgarien und mit dessen Unabhängigkeit und selbständiger Politik verbunden. Nach der politischen und wirtschaftlichen Wende in Mittel- und Osteuropa Anfang der 90er Jahre trachteten viele Übergangsländer nach einem EU-Beitritt. Diese Tatsache förderte außergewöhnliche Herausforderungen für die EU-Bewerberstaaten in den Bereichen Politik und Wirtschaft zutage, da die mittel- und osteuropäischen Länder unterentwickelt waren und wesentliche wirtschaftliche, öffentliche und politische Umformungen benötigten. *Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien trägt ohne Zweifel zur Demokratievertiefung, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur liberalen Gesetzgebung in diesen Ländern bei. Ihre Integration bedeutet*

⁶⁰ Watzlaw, D.(2010), S. 41.

*eine natürliche Fortsetzung des politischen und wirtschaftlichen Wandels nach der Wende.*⁶¹ Am 14. Dezember 1995 stellte Bulgarien einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft. Im Januar 1996 beauftragte der Ministerrat der EU die Europäische Kommission, eine Stellungnahme zur Bereitschaft Bulgariens, der EU beizutreten, anzufertigen. Im Juli 1997 stellte die Kommission Bulgarien neben Rumänien, Lettland, Litauen und der Slowakei in die „zweite Welle“ der EU-Erweiterung. *„Lange wurde von einer ersten Welle (Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) und einer zweiten Welle (Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und Slowakische Republik) von Beitritten mittel- und osteuropäischer Staaten zur EU gesprochen*⁶²“. Am 23. März 1998 wurde die Nationale Beitrittsstrategie der Republik Bulgarien zur EU gebilligt, im Zuge derer erwähnt wurde, dass der Beitritt ein strategisches Ziel sei, das die nationalen Interessen des Staates widerspiegeln. Dieser Beitritt werde zur Konsolidierung der Ergebnisse der seit Anfang der 90er Jahre durchgeführten demokratischen Reformen und zur politischen Anerkennung ihres Erfolgs beitragen und sei ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes⁶³. Andererseits sind die Stabilisierung der Demokratie und die Festigung der Marktwirtschaft in Bulgarien sowohl für die Länder in der mittel- und osteuropäischen Region als auch für ganz Europa bedeutsam und werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die Sicherheit und die Stabilität des gesamten Kontinents erhöhen. Das Streben nach Vollmitgliedschaft in der EU spiegelt den Wunsch und die Bereitschaft Bulgariens zur Realisierung der Idee eines Vereinten Europas wider. Am 13. Oktober 1999 empfahl die Europäische Kommission den Beginn von Verhandlungen über den EU-Beitritt Bulgariens, und bereits am 10. Dezember des gleichen Jahres fasste der Europäische Rat in Helsinki den entsprechenden Beschluss. Es handelte sich hierbei um außerordentlich wichtige Schritte in den Verhandlungsbeziehungen zwischen den beiden Seiten. In einer späteren Etappe, in Abhängigkeit vom erreichten Niveau der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, sind die EU-Bewerberstaaten in zwei Gruppen zu Verhandlungen und eventuellem Beitritt aufgeteilt worden. Zur ersten Welle gehörten insgesamt sechs Bewerberländer, nämlich Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Polen und Slowenien. Bulgarien fand sich in der zweiten Welle, der sog. „Helsinki-Welle“, samt Lettland, Litauen, der Slowakei und Malta wieder. *„Die Länder der ehemals zweiten Welle wurden fortan als Helsinki-Gruppe bezeichnet, denn formal befinden sich alle zehn mittel- und osteuropäischen Kandidaten auf derselben Stufe der*

⁶¹ Teodossieva, Assia (2005), s. 1030

⁶² Belke, A./Hebler, M.(2002), S. 9.

⁶³ EU Kommission

*Beitrittsverhandlungen*⁶⁴“. Im Anschluss an die Erfüllung wesentlicher Kriterien in den einzelnen Ländern in Bezug auf den Beitrittsprozess fasste die Europäische Kommission im Jahr 2002 den Beschluss über die Einladung von insgesamt zehn besonders bereitwilligen Ländern zur Mitgliedschaft, und zwar Zypern, Malta, die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen. Im Gegensatz zu Bulgarien und Rumänien wurden diese mit 1. Mai 2004 zu Vollmitgliedern der Europäischen Union, aber „(i)m Hinblick auf Bulgarien konnte die Kommission zum ersten Mal in ihrem Bericht von 2002 feststellen, dass Bulgarien eine funktionierende Marktwirtschaft besitzt und damit das erste Element des wirtschaftlichen Kriteriums erfüllt⁶⁵“. Im Jahr 2002 verkündete der Europäische Rat die Absicht zum EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien 2007, unter der Bedingung, dass sie den notwendigen Fortschritt bei der Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien erreichen. Es war schlichtweg naiv anzunehmen, dass ein Land im Übergang vom Kommunismus zur Demokratie ohne vorherige NATO-Mitgliedschaft in die EU aufgenommen werden würde, daher war der NATO-Beitritt Bulgariens am 29. März 2004 ein wichtiger Schritt im Prozess des demokratischen Übergangs des Landes und spielte eine wesentliche Rolle für den späteren EU-Beitritt. Bulgarien schloss die Verhandlungen über den EU-Beitritt am 15. Juni 2004 und alle 31 Verhandlungskapitel, die alle Bereiche des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens umfassten. Bei den Verhandlungen wurde eine Übersicht über die Frage angefertigt, inwieweit Bulgarien seine nationalen Gesetze an die europäische Gesetzgebung angepasst hat, d. h. ob Bulgarien bereits eine ausreichende Anzahl an Gesetzen bzw. Gesetzesänderungen verabschiedet und die entsprechenden Regeln und Richtlinien eingeführt hat, damit perspektivisch für das Jahr 2007 und darüber hinaus davon ausgegangen werden konnte, dass einer Angleichung an die übrigen 25 EU-Mitgliedstaaten nichts im Wege stünde. In den einzelnen Bereichen sind Übergangsperioden vom Zeitpunkt des EU-Beitritts an vorgesehen worden, in denen der Übergang zu den europäischen Normen, Zahlungen und Forderungen allmählich zu erfolgen habe. Der Europarat bestätigte am 16. und 17. Dezember 2004 den Abschluss der Beitrittsverhandlungen und erklärte, dass die EU darauf hoffe, das Land als EU-Mitglied im Januar 2007 begrüßen zu können. „Schließlich bekräftigte der Europäische Rat im Hinblick auf Rumänien und Bulgarien das bereits in den Schlussfolgerungen von Brüssel dargelegte Ziel, diese Staaten 2007 in die Europäische

⁶⁴ Belke, A./Hebler, M.(2002), S. 9.

⁶⁵ Paschke, M./ Iliopoulos, C.(2006), S. 322

*Union aufzunehmen*⁶⁶“. Das europäische Parlament billigte die Mitgliedschaft Bulgariens am 13. April 2005 mit 522 Stimmen „für“, 70 Stimmen „gegen“ und 69 „enthalten“. Dank der kontinuierlichen Bemühungen aller bulgarischen Regierungen beendete Bulgarien erfolgreich die Verhandlungen in 30 Gebieten, sodass der Vertrag über den Beitritt Bulgariens zur EU am 25. April 2005 in Luxemburg zeremoniell unterzeichnet werden konnte. Die letzten Schritte dieses Prozesses sollten sich jedoch als schwierig erweisen, da sie in einigen Bereichen sehr viel Zeit und Mühe kosteten: Es handelte sich hierbei in erster Linie um Änderungen in der bulgarischen Verfassung gemäß Forderungen der EU. Demnach haben Ausländer das Recht Grundstücke zu kaufen; aufs bulgarische Justizsystem bezogene Texte mussten angepasst werden; die bulgarischen Unternehmen mussten explizit EU-Normen berücksichtigen; vier Blöcke im Kernkraftwerk Kozloduy sind stillgelegt worden; es sind Verpflichtungen im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Korruption angenommen worden.

*„On 26 September 2006, the Commission approved the Monitoring Report on Bulgaria and Romania’s state of preparedness for EU membership. This enabled Bulgaria and Romania to become EU Member State on 1 January 2007, increasing the European Union from 25 to 27 member states*⁶⁷“. Am 1. Januar 2007 ist der EU-Beitritt Bulgariens in Anwesenheit des Vorsitzenden der Europäischen Kommission Jose Manuel Barroso in Sofia verkündet worden. Die EU-Mitgliedschaft ist ein Mittel zur Verwirklichung der nationalen Interessen des Landes und spielt eine große Rolle für die Errichtung und Etablierung Bulgariens als demokratischer Rechtsstaat mit entwickelter Marktwirtschaft. *Politisch würde eine EU-Mitgliedschaft das internationale Ansehen eines kleinen Landes wie Bulgarien erheblich verbessern. Das Land wird mit 17 von insgesamt 786 Abgeordneten im Europäischen Parlament mitwirken können.*⁶⁸ Ein wichtiger Aspekt der Mitgliedschaft Bulgariens in der EU ist die Teilnahme an der Politik der EU im Bereich der Außenbeziehungen und der Sicherheit. Dies stellt eine bedeutende Möglichkeit zur effektiven Außenpolitik eines kleinen Staates sowie zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit. Andererseits sind die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft eng mit der Teilnahme am einheitlichen Binnenmarkt und dem freien Warenverkehr, der Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr verbunden. Als Mitglied der Integrationsgemeinschaft erhält Bulgarien Zugang zu Strukturfonds,

⁶⁶ Paschke, M./ Iliopoulos, C.(2006), S. 327

⁶⁷ Fairhurst, J.(2010), S. 25

⁶⁸ Teodossieva, Assia (2005), s. 1037

Investitionen und neuen Technologien. Durch die EU-Mitgliedschaft wurde Bulgarien zu einem vollberechtigten Teil der Zivilisations- und Integrationsgemeinschaft, deren Werte das Land teilt. Zu diesen Werten gehören u. a. die Einhaltung der persönlichen Freiheit und der Menschenrechte, des Gesetzes und der Prinzipien eines Rechtsstaates, Pluralismus, Durchsichtigkeit, Meinungsfreiheit sowie Rede- und Pressefreiheit. Der EU-Beitritt erweist sich für die beiden Seiten aus verschiedenen Perspektiven als gegenseitig vorteilhaft. Für Bulgarien gibt es außer der EU-Mitgliedschaft keine andere erfolgreiche Alternative zum Erreichen einer hohen Stufe der Stabilität, der Sicherheit und des Wohlstands. Im Gegenzug ist Bulgarien seinerseits als ein für die EU bedeutsamer stabiler Faktor auf der Balkanhalbinsel anzusehen, gerade aufgrund seiner mäßigen und balancierten Außenpolitik, der makroökonomischen Stabilität, der qualifizierten Arbeitskraft, der Lage und Möglichkeiten zur Entwicklung einer Bio-Landwirtschaft, Tourismus, Energetik, Erdöl- und Gasübertragung. Die Mitgliedschaft bedeutet Verantwortung, aber auch Chance für Bulgarien. Nach dem EU-Beitritt begann Bulgarien aktiv an der Vorbereitung der Tagesordnung Europas und an der Billigung und Umsetzung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und außenpolitischen Prioritäten der EU teilzunehmen.

2. Konflikte im Prozess der Demokratisierung Bulgariens

2.1 Links/Rechts (BSP/SDS)

Die größte Schwäche des bulgarischen politischen Systems vor allem in den ersten Jahren nach der Wende war die interne Konfrontation zwischen den politischen Parteien, die den konstruktiven Dialog behinderte und den Übergang enorm verlangsamte. Das entstandene bipolare Modell des Parteiensystems erschwerte den politischen Prozess, da die Parteiinteressen immer in den Vordergrund gestellt wurden. Einer der grundlegenden Konflikte, der den Übergang Bulgariens kennzeichnet, ist der Konflikt zwischen der BSP und der SDS. Die BSP, die aus der ehemaligen BKP entstanden war, galt als stärkste Partei im linken politischen Spektrum. Ihr Opponent, die SDS, verfolgte hingegen eine klare demokratische und zugleich antikommunistische Politik. Beide Parteien waren in den ersten Jahren nach der Wende die größten politischen Gegner. Dieses bipolare Modell und die damit verbundenen Konflikte zwischen den beiden Parteien sollen im Folgenden geschildert werden.

Noch während des Vorwahlkampfes bei den ersten demokratischen Wahlen wurden die zwei wichtigsten politischen Lager formiert, auf der einen Seite die BSP, Nachfolger der BKP, und auf der anderen Seite die SDS, die die wichtigsten Oppositionskräfte vereinigt hatte. Die Bildung von zwei nahezu gleich starken politischen Lagern hat die bulgarische Gesellschaft in den nächsten Jahren stark polarisiert. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Hauptparteien lag im jeweiligen Grad der Unterstützung bzw. Ablehnung des totalitären Systems. Aus diesem Grund formierte sich ein bipolares politisches Modell und es entstand ein politischer Konflikt zwischen den beiden Parteien, der jahrelang einen bedeutenden Einfluss auf die Politik Bulgariens hatte. *„Die Ex-Kommunisten, die neu entstandenen Sozialisten, hatten Erfahrungen in Politik und Staatsführung, nutzten diese jedoch, um den Status quo zu stabilisieren, um das Nichthaltbare zu halten. Anscheinend konnten sie nicht begreifen, dass die alte gesellschaftliche Ordnung zu Ende gegangen war und dass nicht ihre Bewahrung und Erneuerung, sondern der Aufbau einer neuen Gesellschaft mit neuen Grundsätzen bevorstand. Als politisch sicherer galt, das Alte und Bekannte zu verteidigen, als zu neuen Ufern aufzubrechen. Dadurch entstand ein Klima der heftigen Konfrontation, der politischen Debatten: Die Staatspolitik erstarrte auf dem Niveau der ideologischen Beschwörungen“*.⁶⁹

In den anderen zentraleuropäischen Ländern, die sich ebenfalls im Übergang befanden, waren die demokratischen Werte und die Ablehnung des Kommunismus deutlich stärker vertreten. Im Gegensatz dazu hatte „das Alte“ (die kommunistischen Werte) in Bulgarien deutlich solidere Wurzeln und stellte ein großes Hindernis für die Reformierung der BSP dar. Andererseits setzte sich „das Neue“ (die demokratischen Werte) schwieriger durch, was auch mit den Schwächen der SDS (wie z. B. der erhebliche Mangel an politischer Erfahrung) zu tun hatte.

Kurz nach der Wende begann der Kampf um den Einfluss auf die staatlichen Medien (vor allem Fernsehen und Rundfunk). Sowohl die BSP als auch die Opposition waren sich über die enorme Bedeutung der Medien im Klaren und wollten diese für ihre eigenen Zwecke einsetzen.

Die BSP gewann die ersten freien Wahlen mit einer deutlichen Mehrheit unter anderem deswegen, weil der Opposition viele Fehler in ihrem Wahlkampf unterliefen. Auf viele grundlegende Fragen hatte die Opposition damals noch keine Antworten finden können. Während des Wahlkampfes konzentrierten sich die demokratischen Politiker nur auf die Hauptstadt und auf einige Großstädte, statt sich in die kleineren Städte und Gemeinden zu

⁶⁹ Taslakova, R. (2010), S. 13.

begeben und den Kontakt zur dort ansässigen ländlichen Bevölkerung aufzubauen. Genau dies taten aber die Vertreter der ehemaligen BKP, die ihre „alte Grundlage“ von Sympathisanten dort vorfanden. Alles in allem verfügte die BSP über viele bedeutende Ressourcen, unter anderem auch über notwendige finanzielle Mittel, und konnte deswegen den politischen Prozess als eine starke und gut organisierte Partei in ihrem Sinne beeinflussen. Im Gegensatz dazu stand die SDS in der Anfangsphase ihrer Entwicklung: Sie war eine amorphe Koalition von unterschiedlichen politischen Subjekten ohne ausgeprägte Identität, ohne klar umrissenes politisches Programm und mit einer schwachen Organisationsstruktur. Die SDS musste zuerst eine stabile Struktur bilden und sich als eine politische Oppositionskraft behaupten und durchsetzen.

Nach der Wende gewannen die neuen demokratischen Parteien die Wahlen in fast allen Ländern aus dem ehemaligen Ostblock. Diese Tatsache weckte große Hoffnungen in der SDS und sie ging ebenfalls von einem Gewinn aus. Die Unterstützer der SDS waren nach dem Verlust der ersten Wahlen sehr enttäuscht, da die ehemalige BKP von der Landesregierung praktisch nicht beseitigt wurde; das war auch der Grund für ihre konfrontative Haltung und den Ausdruck von radikalem Antikommunismus. Die Wahlergebnisse wurden bestritten und es begann die Suche nach einer Lösung des Regierungsproblems außerhalb des Parlaments.

Die Parlamentswahlen für die 36. Nationalversammlung fanden am 13. Oktober 1991 statt. Es handelte sich hierbei um die ersten freien demokratischen Wahlen, die gemäß der neuen bulgarischen Verfassung durchgeführt wurden, die die juristische Grundlage des demokratischen politischen Systems bildete. Im Unterschied zu den Wahlen für die Große Nationalversammlung befand sich die BSP nun in einer defensiven, de facto isolierten Position, hatte aber immer noch eine große Wählerschaft. Sie bildete eine Koalition von neun Satellit-Parteien. BSP und SDS blieben die bedeutendsten Parteien, wobei die SDS die Wahlen mit 34,36 Prozent gegen 33,14 Prozent für die BSP gewann. Die DPS wurde die dritte politische Kraft mit 7,55 Prozent. Es ist anzumerken, dass die SDS in den Großstädten erneut dominieren konnte. Nachdem die Demokraten diese Wahlen gewonnen hatten, wurden die inneren Konflikte zwischen den einzelnen Bewegungen immer stärker. Von den neuen Regierenden ließen sich bedeutende Erfahrungen in der Staatsführung sowie im politischen Leben kaum erwarten. Leider hatte Bulgarien keine in der Demokratie bzw. im demokratischen Denken geschulten Politiker in der Verwaltung. Es waren überall noch die alten Kader, die alle die kommunistische politische Schulung hinter sich hatten.

Die nächsten vorzeitigen Parlamentswahlen fanden am 18. Dezember 1994 statt. Die akute Polarisierung zwischen BSP und SDS verringerte die Chancen zur Entstehung und Entwicklung moderater zentristischer Parteien, die eine Alternative zu den beiden Polen hätten darstellen können, erheblich. Es bahnte sich eine Änderung des Kräfteverhältnisses an, da die BSP relativ einheitlich geblieben war und die SDS weiterhin eindeutige Organisationsschwächen aufwies. Die Öffentlichkeit favorisierte tendenziell die Linke, da sie von ihrer Regierung Stabilität und soziale Sicherheit der Bevölkerung erhoffte. Aus diesem Grund ging die BSP als größter Gewinner mit 43,50 Prozent hervor, während die SDS mit 24,23 Prozent der Stimmen das niedrigste Wahlergebnis seit dem Jahre 1989 registrieren musste. Dabei ist es wichtig festzustellen, dass der Anteil der Personen, die sich der Wahl enthielten, auf etwa 25 Prozent anstieg. Die Regierung der BSP, geführt von Schan Widenow, erhielt zunächst breite Unterstützung. Dieser Regierung gelang es jedoch nicht, den Notstand zu bewältigen und die notwendigen Reformen für den Übergang des Landes zur Marktwirtschaft durchzuführen.

Im Jahr 1996 geriet der Staat in eine massive ökonomische Krise, deren Höhepunkt der Zusammenbruch des Bankensystems war. Dies führte zu einem wirtschaftlichen Kollaps und zu finanziellem Chaos. In dieser komplizierten sozioökonomischen Situation liefen in den Hauptparteien BSP und SDS komplizierte gegensätzliche Prozesse ab: In der BSP wurden die Widerstände und die inneren Konflikte zwischen den einzelnen Bewegungen deutlich stärker. Gleichzeitig waren in der SDS Konsolidierungsprozesse besonders während der Vorbereitung der Präsidentschaftswahl gegen Ende 1996 zu beobachten. Bei diesem für Bulgarien einzigartigen Experiment – dies waren Wahlen im Rahmen der Partei, auch „Primaries“ genannt, an denen SDS, der Volksverband und die DPS teilnahmen – kämpften der wenig bekannte SDS-Politiker Petar Stojanow, der von Iwan Kostow unterstützt wurde, und der damals amtierende Präsident Schelju Schelew, unterstützt durch den Volksverband, um den Präsidentenposten. Am 1. Juni 1996 gewann Petar Stojanow die Wahl und wurde zum Präsidenten Bulgariens ernannt.

Inzwischen gewann die politische Plattform „Bulgarischer Business Block“ von Zhorzh Gantschew viele Sympathisanten. Dies war ein klares Zeichen gegen die Hegemonie von BSP und SDS.

Nach der Präsidentschaftswahl verschlimmerte sich die Situation in Bulgarien rapide und war von der Intensivierung der Wirtschaftskrise, der galoppierenden Inflation, der Abwertung des

Lew sowie dem Bankrott der meisten Privatbanken und einer massiven parlamentarischen Krise gekennzeichnet. Der Ministerpräsident Schan Widenow geriet unter enormen öffentlichen Druck und die Parteiführer zwangen ihn zum Rücktritt. „*The fall of the government led by Videnov ended BSP dominance of the post-1989 party system. Bulgaria found itself in an acute economic and political crisis. The BSP itself entered a phase of deep internal conflict and diminishing electoral support.*”⁷⁰ So geriet die BSP in ihre größte Krise seit 1989.

Gleichzeitig forderte die SDS Neuwahlen, jedoch wurden diesen im Parlament nicht zugestimmt. Die wachsende Unzufriedenheit des Volkes bewegte die SDS dazu, Proteste zu organisieren, die am 10. Januar 1997 im Proteststurm auf das Parlament kulminierten. Daraus resultierte eine neue Übergangsregierung der SDS mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Stefan Sofianski. Obwohl die Regierungszeit von Sofianski kurz war, hatte die Arbeit dieses Kabinetts vorteilhafte Wirkung auf der politischen Situation. Es wurden Notmaßnahmen getroffen, die die Lage stabilisierten. Der Erfolg von Sofianski sicherte der SDS den Sieg bei den Parlamentswahlen für die 38. Nationalversammlung, die am 17. April 1997 stattfanden. Die SDS gewann diese mit überzeugender Mehrheit und wurde dadurch zur stärksten politischen Kraft, die zusammen mit ihren Partnern (vor allem mit dem Volksverband) die Möglichkeit hatte, ein eigenständiges Parlament mit der Unterstützung der absoluten Mehrheit zu bilden. So bekam die SDS zum ersten Mal nach der Wende die Gelegenheit, ihr Regierungsprogramm bei starker öffentlicher Unterstützung zu realisieren. Die SDS wurde zur “Partei der Regierung” und bekam dabei neue Funktionen. Die BSP registrierte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1989, verlor viele ihrer Sympathisanten und blieb in der Opposition. Diese Wahlergebnisse führten de facto das Ende der Hegemonie der BSP im Parteisystem herbei.

Trotz der finanziellen Stabilisierung beeinflussten die komplizierten Reformen die soziale Lage von vielen Bulgaren kaum, dabei blieb ihr Lebensstandard sehr niedrig, die Arbeitslosigkeit und die soziale Unsicherheit wuchsen. Die Öffentlichkeit nahm die Anzeichen für Korruption und personale Begünstigung von vielen Vertretern der regierenden Partei besonders negativ wahr, unter denen es auch Vertreter in obersten Positionen gab.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Jahr 2001 markierten den Beginn einer Grundtransformation im neuen Parteisystem Bulgariens nach 1989. Die NDSV gewann die

⁷⁰ Karasimeonow, G. (2004), S.39

Wahlen mit 42,74 Prozent, während die SDS nur 18,18 Prozent und die BSP nur 17,15 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnten. *„That year marked the beginning of the end of the first party system, and the decline of the “old” parties of the SDS and the BSP. The majority of voters expressed their will for change in party politics by giving their confidence to a charismatic personality with an anti-party, national stance⁷¹“*. Das bulgarische Parteiensystem des Übergangs entwickelte sich zum Parteiensystem der konsolidierenden Demokratie. So ersetzte ein „pluralisierteres“ und vor allem differenzierteres politisches System das bis dato gültige bipolare politische Modell. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass insgesamt sieben bedeutende politische Parteien und Vereinigungen in der 40. Nationalversammlung vertreten waren. So ist das demokratische System in Bulgarien heutzutage nicht mehr durch einen Parteienwettbewerb um kontroverse Ziele gekennzeichnet.

2.2 Verlierer/Gewinner

Die Transformation des Wirtschaftssystems von Planwirtschaft zu Marktwirtschaft ist ein Prozess, der neue potentielle Arbeitskräfte und neue Felder der Erwerbstätigkeit sowie einen neuen Typ der Beziehung zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen der „aktiven“ und der „inaktiven“ Bevölkerung erfordert und bedingt. Manche Autoren teilen in dieser Hinsicht die Öffentlichkeit in „Gewinner“ und „Verlierer“ der Reformen. In Abhängigkeit von der Richtung und den Ergebnissen dieser Reformen ist der Anteil der Gewinner und der Verlierer in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. In Bulgarien verzögerte sich dieser Prozess und hatte sehr negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Menschen. Es kann behauptet werden, dass neben den politischen Konflikten auch sozioökonomische Konflikte zwischen den Gewinnern und der Mehrheit der Bevölkerung entstanden, zumal in Folge des Systemwechsels erhebliche soziale und materielle Verluste registriert werden mussten.

Kurz nach der Wende 1989 entstanden auch die ersten Mafia-Strukturen in Bulgarien. Diese waren de facto, ohne allerdings tatsächlich nachweisbar zu sein, eng mit der Auflösung der BKP verbunden. Fakt ist, dass viele Kommunisten Staatsgelder ins Ausland brachten und dort Firmen gründeten. *„Until 1996, up to 85% of industrial production was under state control without any budgetary restrictions for state-owned companies. By “nationalizing the*

⁷¹ Karasimeonow, G. (2004), S.43

losses and privatizing profits,” clientelist networks and dubious groups like Orion and Multigroup successfully capitalized on delayed reforms.⁷²“ All diese kriminellen Finanzoperationen der BKP wurden vom ehemaligen Premierminister und Außenhandelsminister Andrei Lukanow gesteuert. Lukanow war in sämtliche kriminelle Finanztransaktionen verwickelt, wobei er Staatsvermögen im Ausland gewaschen hatte, das bei Bedarf wieder zurücktransferiert wurde. Aus diesem Grund entstand ein heftiger Konflikt zwischen den meisten Bulgaren und den Vertretern der Oligarchie, den Reichen und der Staatsbürokratie, die von der Korruption profitierte. *„Der Boom der Korruptionspraktiken in den letzten Jahren ist einzigartig und bedroht die gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung des Landes. Die Untersuchungen bestätigen die Auffassung, dass wirtschaftliche Probleme einen günstigen Nährboden für die Korruption bilden und dass diese ihrerseits die Ursache für die fortschreitende Verarmung der Bevölkerung darstellt (...) Das hohe Niveau der Korruption reduziert wesentlich die Wachstumsmöglichkeiten des Bruttosozialprodukts.“⁷³*

Das andere große Problem in der Evolution des Parteiensystems war die sich vertiefende Krise im Zusammenhang mit der Legitimität der politischen Parteien. Von Wahl zu Wahl verringerte sich die Wahlbeteiligung in der Bevölkerung immer weiter. Die Tatsache, dass sich z. B. bei den Wahlen im Jahr 2005 insgesamt 45 Prozent der Bulgaren ihrer Stimme enthielten, war ein klares Zeichen dafür, dass ein großer Teil der Nichtstimmenden mit der politischen Elite nicht zufrieden war.

Die Legitimitätskrise der Parteien setzte das Mehrparteiensystem noch zu Beginn seiner Formierung auf einen instabilen Grund. Dieses destabilisierte System war also durch neue politische Entwicklungen gefährdet. Dies versetzte die Parteien in einen permanenten Zustand der Vertrauenskrise, schaffte Bedingungen für innere Konflikte und Spaltungen und hatte im Großen und Ganzen einen negativen Einfluss auf das gesamte politische System.

Ein weiteres politisches Phänomen in Bulgarien liegt darin, dass fast jede gewählte Regierung im Anschluss an die jeweiligen Wahlen innerhalb kurzer Zeit an Popularität verlor. Dies ist damit zu erklären, dass durch „leere Versprechen“ im Wahlkampf seitens der politischen Akteure zu hohe Erwartungen aufseiten der wahlberechtigten Bevölkerung geweckt wurden, die nicht oder nur unzureichend in die Realität umgesetzt werden konnten und wiederum zu großen Enttäuschungen aufseiten der Wähler führten. Als Konsequenz daraus hatten die meisten Bulgaren kein Vertrauen mehr in die Demokratie. Viele von ihnen

⁷² Bertelsmann Transformationsindex, BTI 2006, Bulgaria Country Report 2006, S.3

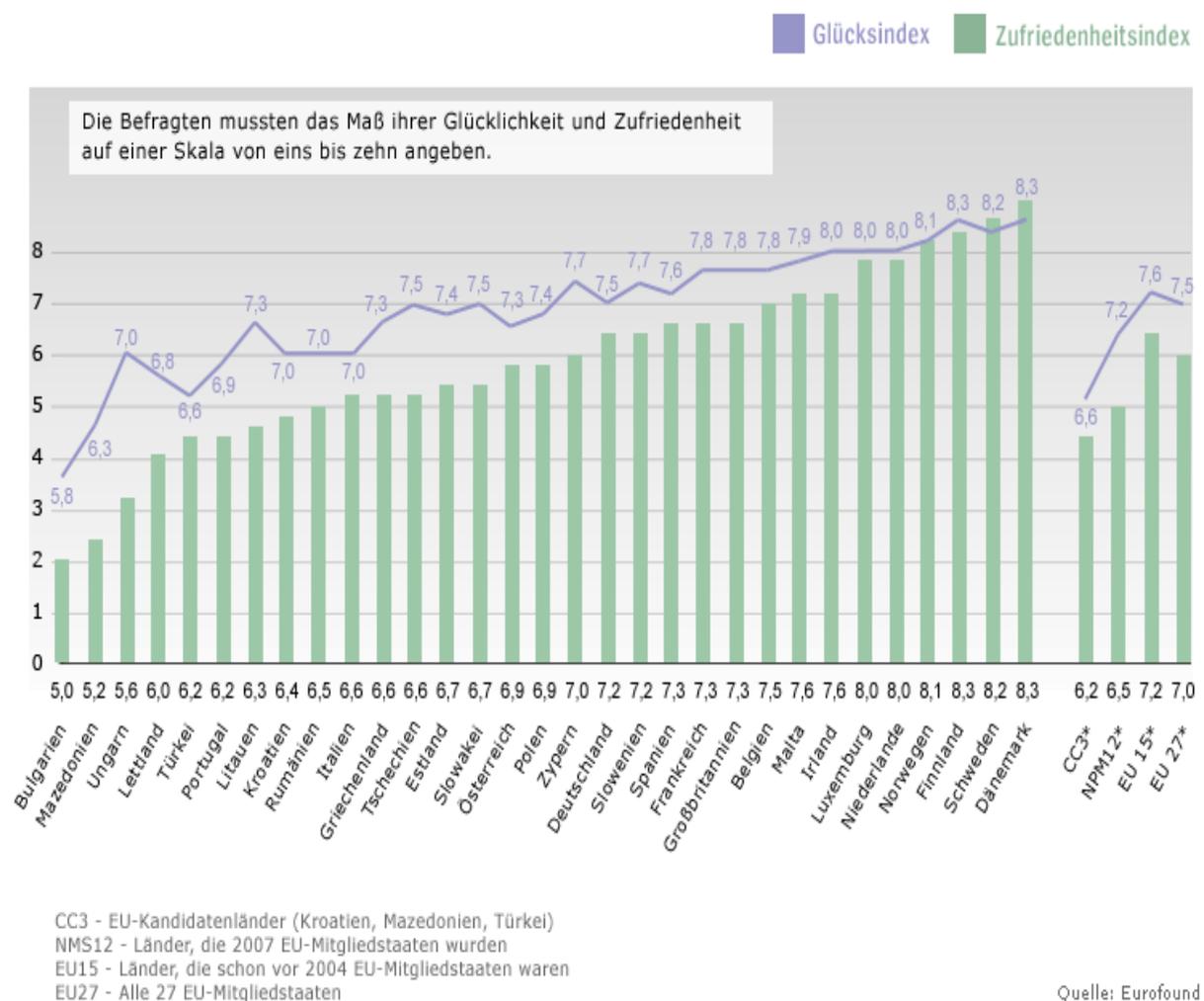
⁷³ Roth, K. (2004), S. 105.

empfangen Nostalgie und wünschten sich die alte totalitäre Zeit zurück, in der ihnen Arbeit, Bildung und Gesundheitsschutz durch den Staat gesichert worden waren. Die zweite Ausgabe der Studie "European Quality of Life Survey" wurde 2008 veröffentlicht. Die Ergebnisse der Statistiken zeigen die Zufriedenheit und das Glück der Bulgaren im nächsten exemplarischen Vergleich mit ausgewählten EU-Ländern, wo Bulgarien am letzten Platz liegt. „Als glücklichste Europäer stellten sich bei der Befragung die Dänen, Schweden und Finnen heraus. Mazedonier, Ungarn und Bulgaren standen hingegen ganz am Ende der Glücks-Skala“⁷⁴

Abbildung 2: Zufriedenheit und Glück in den EU-Ländern

Quelle: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/grafik-ergebnisse-der-gluecksstudie-fotostrecke-37273.html>

ZUFRIEDENHEIT UND GLÜCK IN DEN EU-LÄNDERN

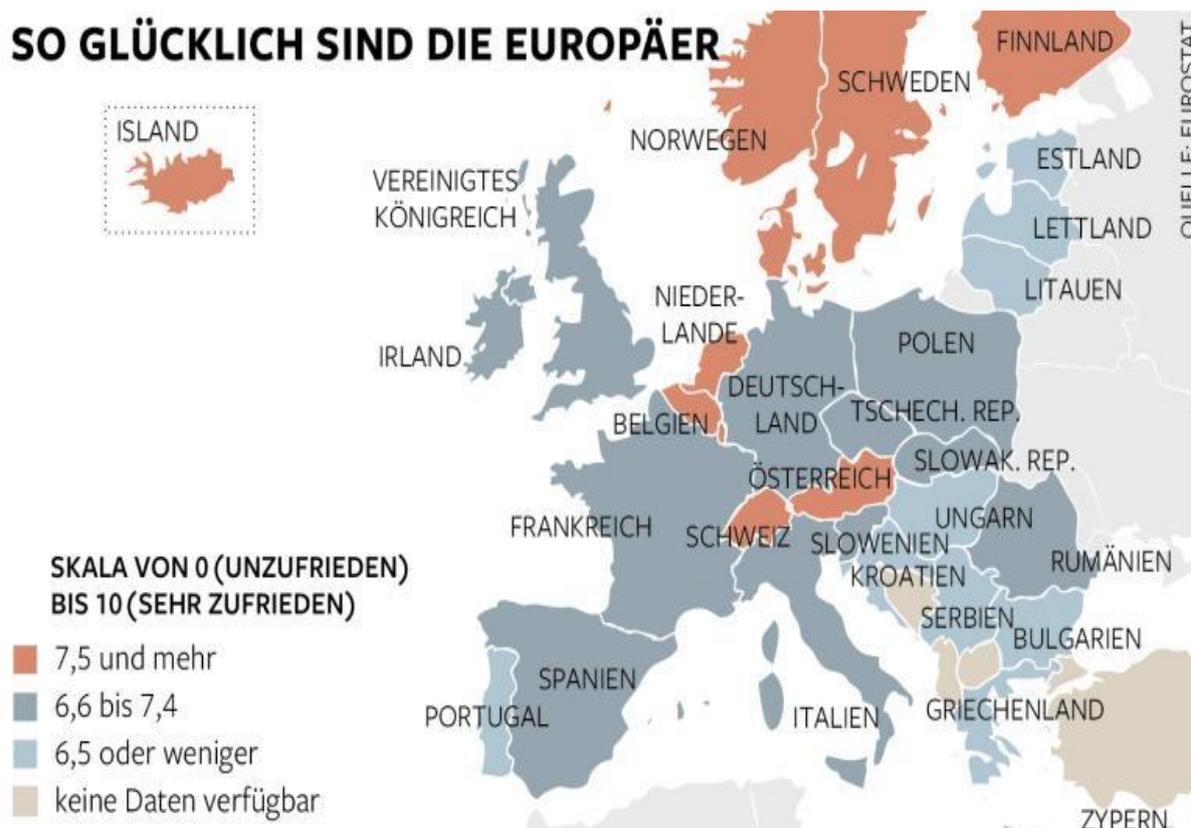


⁷⁴ Second European Quality of Life, 2008

Wie unglücklich die Bulgaren sind, lässt sich auch anhand der folgenden Abbildung erahnen.

Abbildung 3: So glücklich sind die Europäer

Quelle: <http://www.welt.de/politik/ausland/article138675796/Bulgaren-sind-noch-ungluecklicher-als-Deutsche.html>



Das EU-Statistikamt Eurostat hat im Rahmen der Studie die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem gegenwärtigen Leben?“ gestellt. Menschen aus ganz unterschiedlichen sozialen Schichten, Altersklassen und Lebenssituationen in den allen EU-Ländern wurden zum Thema befragt. Die Lebenszufriedenheit wurde auf einer Skala zwischen null und zehn bewertet. *„Die glücklichsten Europäer leben in Dänemark (Zufriedenheitsfaktor: 8,0 von 10), die unglücklichsten in Bulgarien (4,8).“*⁷⁵

Einer Studie von EUROSTAT zufolge, im Zuge derer die Menschen in 28 EU-Ländern hinsichtlich ihrer Lebenszufriedenheit befragt wurden, lässt sich erkennen, dass die Bulgaren in dieser Hinsicht das Schlusslicht bilden. Anhand der folgenden Tabelle sind die großen

⁷⁵ Die Welt, 22.03.2015

Unterschiede zwischen Bulgarien und den anderen EU-Mitgliedstaaten deutlich zu sehen. Es ist auch sofort erkennbar, wie unglücklich die Bulgaren über 65 Jahren, d. h. Personen im Ruhestand, im Vergleich zu ihren Altersgenossen aus den anderen EU-Ländern sind, worauf die o. g. Nostalgie zurückzuführen ist. „Der Beitritt wird unterschiedliche Wirkungen auf die verschiedenen sozialen Gruppen haben. Für die Minderheiten bringt er eine erhöhte soziale Sicherheit und Rechtsschutz. Die ältere Generation ist meist der Verlierer, die Generation zwischen 35 und 41 Jahren ist wegen ihrer Flexibilität potenzieller Gewinner.“⁷⁶

Abbildung 4: How satisfied are people with their lives in the European Union (2015)

Quelle: How satisfied are people with their lives in the European Union, Eurostat Newsrelease vom 20.03.2015, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6750366/3-19032015-CP-EN.pdf/bbf302b1-597d-4bf0-96c4-9876e49b5b9d>, letzter Zugriff, 20.03.2015

Life satisfaction in the EU Member States by age group, 2013
(on a scale from 0 "not satisfied at all" to 10 "fully satisfied")

	Total	16-24	25-34	35-49	50-64	65-74	75 and over
EU	7.1	7.6	7.3	7.0	6.9	7.0	6.8
Belgium	7.6	7.8	7.8	7.8	7.5	7.5	7.4
Bulgaria	4.8	5.8	5.4	4.9	4.6	4.3	3.8
Czech Republic	6.9	7.7	7.3	7.0	6.6	6.6	6.5
Denmark	8.0	8.1	7.8	7.8	7.9	8.6	8.4
Germany	7.3	7.6	7.3	7.2	7.0	7.4	7.5
Estonia	6.5	7.2	7.1	6.5	5.9	6.1	6.0
Ireland	7.4	7.7	7.4	7.2	7.3	8.0	7.8
Greece	6.2	7.0	6.4	6.3	6.0	5.9	5.5
Spain	6.9	7.4	7.1	6.9	6.7	6.9	6.4
France	7.0	7.6	7.3	7.0	7.0	7.0	6.7
Croatia	6.3	7.5	7.2	6.4	6.1	6.0	6.0
Italy	6.7	7.0	6.8	6.8	6.6	6.4	6.3
Cyprus	6.2	6.9	6.4	6.1	5.7	6.1	6.0
Latvia	6.5	7.3	7.0	6.4	6.2	6.1	6.0
Lithuania	6.7	7.8	7.3	6.7	6.3	6.5	6.1
Luxembourg	7.5	7.8	7.7	7.4	7.3	7.4	7.3
Hungary	6.2	7.1	6.7	6.2	5.8	5.9	5.6
Malta	7.1	7.6	7.5	7.1	6.9	7.1	7.0
Netherlands	7.8	7.9	8.0	7.6	7.7	7.9	7.9
Austria	7.8	8.4	8.1	7.7	7.7	7.7	7.6
Poland	7.3	8.1	7.8	7.4	7.0	6.9	6.9
Portugal	6.2	7.5	6.8	6.3	5.7	5.9	5.6
Romania	7.2	8.0	7.5	7.4	6.9	6.7	6.2
Slovenia	7.0	7.8	7.4	7.1	6.6	6.6	6.4
Slovakia	7.0	7.6	7.4	6.9	6.6	6.7	6.1
Finland	8.0	8.2	8.3	8.1	8.0	8.0	7.7
Sweden	8.0	7.9	7.8	7.9	7.9	8.3	8.1
United Kingdom	7.3	7.5	7.3	7.1	7.1	7.7	7.5
Serbia	4.9	6.1	5.5	4.9	4.6	4.8	4.6
Iceland	7.9	8.2	8.0	7.9	7.8	7.9	8.1
Norway	7.9	8.0	7.8	7.8	7.9	8.1	7.9
Switzerland	8.0	8.1	7.9	7.9	8.0	8.4	8.4

⁷⁶ Teodossieva, Assia (2005), s. 1037

3. Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens

3.1. Politische Parteien

Zweifelsohne stellen die Parteien die wichtigsten Akteure in der bulgarischen politischen Arena nach der Wende dar. Die politische Geschichte Bulgariens nach 1989 ist im Wesentlichen eine Geschichte der Entstehung und Entwicklung der politischen Parteien zugleich. Die meisten Parteien in Bulgarien entstanden „von oben“ und waren kein Produkt der sozialen Massenbewegungen „von unten“. Die politischen Parteien nutzten den Druck durch die Zivilgesellschaft für ihre eigenen Ziele in bestimmten Perioden (1990-1991 und anschließend 1996-1997) nur sporadisch. Die schwache Organisation der Massenbewegungen führte dazu, dass die politischen Parteien schnell ihre „Verpflichtungen“ den Wählern gegenüber vergaßen. Die Massenbewegungen ihrerseits resignierten und gaben die Proteste auf. Die Gesellschaft übte keinen konstanten Druck auf die Parteien aus, sondern drückte ihren Unmut in passiven Protesten aus. Letzten Endes wurden die politischen Parteien von wenigen ihrer Aktivisten unterstützt, von denen jedoch wiederum viele ihren eigenen sozialen Aufstieg anstrebten und sich andere Privilegien erhofften.

Die politischen Parteien in Bulgarien bleiben weitgehend Leiterparteien als Folge der Art ihrer Entstehung, da sie Parteien von Regierungen und Gruppen sind, die mit einem Leiter verbunden sind. Dies ist ebenfalls bei den neu entstandenen Parteien nach dem Jahr 2000 wie DSB und NDSV zu beobachten.

Ein typisches Merkmal der bulgarischen Demokratie liegt im vergleichsweise geringen Professionalisierungsgrad in den hohen Kreisen der Regierung: „*Although democratic institutions appeared in a relatively short span of time, the lack of democratic traditions and culture, especially within the new elite, was a major impediment to party democracy.*”⁷⁷

Wenn eine Partei mit der Regierung des Landes beauftragt wird, mangelt es oft an gut ausgebildeten und erfahrenen Politikern, die die hohen Posten besetzen können. Deswegen liegt die größte Herausforderung in der Professionalisierung der Politik, was ein Merkmal einer reifen Demokratie ist. Für die Überwindung dieser Herausforderung müssen die Vertreter der Parteien sowohl Erfahrung sammeln und eine gute Ausbildung erhalten, als auch die notwendige Moral bei der Ausführung ihrer politischen Verpflichtungen aufweisen.

⁷⁷ Karasimeonow, G. (2005), S.97

Letztlich sind die politischen Parteien ein Spiegelbild der Unreife der Zivilgesellschaft und des demokratischen politischen Systems selbst. Sie waren und sind immer noch ein Produkt der sich dynamisch verändernden Situation und Umgebung. Allerdings hatten sie zugleich eine der wichtigsten Funktionen im politischen Übergangsprozess: Trotz des schwierigen politischen Umfelds, in dem sie tätig waren, gewährleisteten sie den friedlichen Übergang der Gesellschaft von einem totalitären zu einem demokratischen politischen System und es gelang ihnen, die Öffentlichkeit vor einem akuten Bürgerkrieg in diesen schwierigen Übergangszeiten zu bewahren.

An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass viele deutsche Stiftungen eine große Rolle in den bulgarischen Transformationsprozessen gespielt haben, wobei sie Bulgarien auf dem Weg in die neue Zeit unterstützten. Kurz nach der Wende waren einige deutsche politische Stiftungen in Bulgarien vertreten, deren Hauptziel es war, den bulgarischen Parteien beim Aufbau ihrer Strukturen und der Organisation ihrer Arbeit zu helfen. Alle deutschen politischen Stiftungen waren in Bulgarien sehr aktiv. Ferner kamen immer wieder auf Wunsch der Regierung Experten und Berater nach Bulgarien und wirkten auf viele Ebenen unterstützend. Die Stiftungen waren besonders wichtig für die Kommunikation mit den deutschen Parlamentariern und mit anderen demokratischen Institutionen in Deutschland. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hans-Seidel-Stiftung unterstützten die SDS, während sich die Friedrich-Ebert-Stiftung für die BSP engagierte. Die Friedrich-Naumann-Stiftung stand vor allem dem Präsidenten zur Seite.

Im Folgenden werden die wichtigsten Parteien in Bulgarien – BKP (BSP), SDS, DPS, NDSV, GERB und ATAKA – vorgestellt. Anschließend werden der Staatspräsident und die Nationalversammlung näher behandelt.

3.1.1 BKP (BSP)

Die Bulgarische Sozialistische Partei wurde 1891 unter dem Namen „Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg nannte sie sich „Bulgarische Kommunistische Partei“ und schließlich wurde sie am 3.4.1990 in BSP umbenannt.

Die Transformation der BKP (Bulgarischen Kommunistischen Partei) wies aufgrund historischer Traditionen und kultureller Gegebenheiten einige Besonderheiten auf. Als Ergebnis der Krise des kommunistischen Systems, die in den 80er Jahren besonders stark war, wurde in der Kommunistischen Partei eine einflussreiche Gruppe gebildet, die das

unvermeidliche Ende des bolschewistischen Modells des politischen und wirtschaftlichen Systems erkannte. „*In Bulgaria, a still unreformist Communist Party experienced some societal protests, but was able to control the transition.*”⁷⁸ Die Mitglieder der Gruppe waren relativ jung, technokratisch orientiert und standen unter dem Einfluss der westlichen Kultur. Sie wurden zum Motor der reformistischen Tendenzen in der BKP, der Liberalisierung und Demokratisierung der Partei und ihrer Anpassung an die demokratischen Regeln. Sie initiierten den innerparteilichen Sturz, der die das kommunistische Gesellschaftsmodell des bolschewiki-stalinistischen Typs unterstützenden konservativen Aktivisten isolierte. Vertreter des reformistischen Flügels waren unter anderem Andrei Lukanow, Petar Mladenow und Alexander Lilow. Es gab auch andere Aktivisten aus den unteren Etagen der Nomenklatur, die nicht direkt mit dem persönlichen Regime von Todor Schiwkow verbunden waren. Diese setzten sich zum Ziel, die alten Kameraden Schiwkows aus den Führungspositionen zu beseitigen und die Partei den demokratischen Bedingungen der politischen Tätigkeit anzupassen. Parallel dazu benutzten sie die Partei, um erhebliche politische und wirtschaftliche Ressourcen zu behalten. Dadurch gelang es ihnen, ihre politische Existenz zu sichern und eine „treue“ Kapitalistenklasse zu schaffen, die für die Regeln der Marktwirtschaft geeignet war. Die BKP veränderte ihre ideologische und politische Gestalt, behielt aber dennoch einen wesentlichen Teil ihrer Mitglieder und gewann somit unter dem Namen BSP die ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1990: „*Im Vertrauen auf ihr weit verzweigtes Funktionärsnetz und ihre nach wie vor enorme wirtschaftliche Macht ließen die Kommunisten im Juni 1990 freie Wahlen zu. Dem Trend in den anderen osteuropäischen Ländern folgend, bezeichneten sie sich zuvor auf ihrem Firmenschild als "Bulgarische Sozialistische Partei" (BSP). Anders als in den Staaten Mitteleuropas gewannen die Postkommunisten in Bulgarien die ersten freien Wahlen*”⁷⁹.. Durch ihre Positionen in den repressiven und anderen staatlichen Institutionen, einschließlich staatlichen Medien, hat die BKP es geschafft, für lange Zeit Ressourcen zum Einfluss auf die Bevölkerung zu gewinnen, und den Prozess der internen Spaltungen in der Partei deutlich zu verlangsamen. Der langsame Abbau des Parteimonopols wurde zum großen Teil vom Tempo der Transformation innerhalb der Partei verursacht. Die BKP verfügte über eine Organisationsstruktur, die sich jahrzehntelang im Aufbau befunden hatte, und spielte eine wichtige Rolle für die Erhaltung der Hegemonie und den Einfluss der Partei in der ersten Phase des Übergangs. Trotz der deutlichen Einschränkung des direkten Einflusses der

⁷⁸ Linz, J, Stepan, A. (1996), S. 295.

⁷⁹ Brahm, H. (1997), S. 9.

Parteistrukturen in der Gesellschaft hat die BKP durch die Beschlüsse des Runden Tisches Zehntausende von „Organisationsmitarbeitern“ und Aktivisten umgeleitet und behalten. Für lange Zeit blieben sie das Rückgrat der BKP (anschließend BSP – Bulgarische Sozialistische Partei) und mobilisierten Mitglieder und Wähler der Partei. Der Mangel an einer organisierten Parteitätigkeit und die Langsamkeit des Aufbaus von Organisationsstrukturen stellten über einen langen Zeitraum die größten Schwächen der Opposition dar, die durch BKP/BSP geschickt ausgenutzt wurden. Der BKP gelang es außerdem, den komplizierten Prozess der Transformierung ihrer konzeptionellen Grundlagen von einer totalitären Partei zu einer pluralistischen und demokratischen Partei zu beginnen. Zwar handelte es sich hierbei um die schwierigste Periode, sie begann aber mit den Veränderungen "von oben" und dem Übergang zu einer "modernen linken sozialistischen Partei". In diesem Zusammenhang kam der Tolerierung interner Verläufe mit sozialer Ausrichtung, der Entfernung des "demokratischen Zentralismus" und der schnellen Änderung des Namens von BKP auf BSP (Bulgarischen Sozialistischen Partei) besondere Bedeutung zu.

Die disziplinierten Mitglieder, wenn auch oft mit Unverständnis und Meinungsverschiedenheiten, akzeptierten die Änderungen und verzichteten auf die "marxistisch-leninistische" Art der Partei als eine Notwendigkeit für das Überleben unter den neuen Bedingungen. Die BKP (anschließend BSP) nutzte alle vom „Parteienstaat“ geerbten Möglichkeiten aus, um den Einfluss der Opposition einzuschränken und deren Etablierung zu verlangsamen. Die Strategie der kleinen Zugeständnisse und auch die Möglichkeit, Einfluss und Kontrolle auf die noch unreife Opposition auszuüben, einschließlich durch die Integration „treuer“ Menschen, erlaubten der BKP, ihre Hegemonie im politischen Prozess zu behalten und den direkten Angriff auf ihre Positionen durch den Wahlprozess zu verhindern. Obwohl die Strukturen des Polizeistaates schon aufgelöst worden waren, wurden die durch sie engagierten Hunderttausenden von direkten und indirekten Agenten gegen die Opposition durch verschiedene Formen in verschiedenen Stadien der Bildung des Mehrparteiensystems genutzt. Durch diverse Formen der Umverteilung der wirtschaftlichen Ressourcen erwarb die BKP (anschließend BSP) die finanzielle Fähigkeit, ihre Aktivitäten zu finanzieren. Die Partei richtete Wege ein, um unter den Menschen, die der Partei treu waren, das Nationaleinkommen zu verteilen. „Vielmehr hatte die Parteiführung der BSP von Beginn an die Besitzstandswahrung der alten Nomenklatura vor Augen, die nur auf dem Weg einer raschen Privatisierung staatlichen Eigentums möglich war⁸⁰“. Lange Zeit behielt die Partei

⁸⁰ Ismayr, W. (2010), S. 702

riesige Informationsressourcen, einschließlich des Monopols auf die staatlichen Medien, um die öffentliche Meinung im eigenen Interesse zu steuern und zu beeinflussen. Der Widerstand der Opposition gegen diese Informationsressourcen war mittels ihrer eigenen Möglichkeiten, die die Opposition ursprünglich mit dem Wohlwollen der BKP genutzt hatte, zu schwach. Daher behielten die BKP und ihre Nachfolgerin, die BSP, während der Bildung des Mehrparteiensystems in Bulgarien ihre starken Positionen: „*The BSP had an absolute parliamentary majority and was the governing party between 1990 and 1991, and 1994 and 1997*“⁸¹. Ihre Umwandlung in eine demokratische Partei hat schon seit Langem einen herrschenden Einfluss auf die Schaffung des Mehrparteiensystems. Darüber hinaus bestimmten die Prozesse innerhalb der BKP (anschließend BSP) besonders am Anfang auch die Entwicklung des Parteienpluralismus und insbesondere die Entwicklung der Opposition. Durch den friedlichen Übergang ließen sich die direkte Auseinandersetzung und der „Bürgerkrieg“ zwischen der BKP (anschließend BSP) und der Opposition, d. h. die radikale Variante des Übergangs, vermeiden, auch wenn die Opposition in manchen Perioden versuchte, die kommunistische Partei zu „verbieten“. In jedem Fall hat das die langfristige Wirkung dieser Partei und seiner eigenen Transformation auf das Mehrparteiensystem und den allgemeinen politischen Prozess vorbestimmt. Die verlangsamte Transformation unter den spezifischen Bedingungen in Bulgarien im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn) führte zur Beibehaltung der Situation des asynchronen Pluralismus zugunsten der Partei. Die Schaffung eines „normalen“ Parteilebens und gleicher Wettbewerbsbedingungen im politischen Umfeld wurde für viele Jahre (bis 1997) von der spezifischen Art der internen Entwicklung der BKP (BSP) und deren Einfluss auf das politische System geprägt. Ungeachtet der Bewertung dieses Prozesses erwies sie sich als objektiver Faktor zur Schaffung des neuen Mehrparteiensystems, in dem die BSP eine strategische Hauptrolle innehatte. Sie schaffte es, Schlüsselpositionen in der politischen Linken, auch mit schwankendem Einfluss, vor allem nach dem Scheitern der Regierungspartei in den Jahren 1995-1996, zu halten. 1997 wurde Geogi Parwanow Vorsitzender der Partei und führte einen völlig neuen Parteikurs ein. „*The new leadership headed by Georgi Purvanov started a new course aiming to overcome the neo-Communist hangover from the past and reorientate the party on social-democratic lines.*“⁸² Im Großen und Ganzen hat sich die BSP dem neuen Mehrparteiensystem auf solide Weise angepasst und die Bedingungen des demokratischen Prozesses akzeptiert.

⁸¹ Karasimeonow, G. (2004), S.53

⁸² Karasimeonow, G. (2004), S.40

Aufgrund der Krise, in der sich die SDS zur damaligen Zeit befand, wurden die Positionen der BSP bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2001 stärker und ihr Kandidat Georgi Parwanow siegte. Parwanow unterstützte als Fraktionsvorsitzender der BSP den jungen Sergey Stanishew, der zum damaligen Zeitpunkt nur wenig Erfahrung in den Reihen der Partei hatte. Das sollte ein Zeichen sowohl für die Parteimitglieder als auch für die ganze Öffentlichkeit sein. Somit demonstrierte die BSP, dass sie den sozialdemokratischen Kurs beibehalten und die Integration Bulgariens in die Europäische Union und in die NATO unterstützen wollte. Auf diese Weise behauptete sich die BSP als eine mit den europäischen Sozialdemokraten verbundene Partei, was eine bedeutende innere Resonanz hervorrief. Dies war ein symbolischer Abschied von der totalitären Vergangenheit der Partei und markierte zugleich den Übergang zur Formierung einer modernen demokratischen politischen Partei: *„The transformation of the BSP reveals a change from a highly disciplined grass roots party to one more balanced between membership and parliamentary group, and one allowing intra-party democracy and debate⁸³“*.

3.1.2. SDS

Ein spezifisches Phänomen zur Zeit der Entstehung des Parteipluralismus war die Bildung neuer politischer Koalitionen als eine Organisationsform der Oppositionskräfte, bedingt durch die Hegemonie der BKP im politischen System und den “Partei-Staat”, der die ersten Oppositionskräfte und Organisationen in eine besonders schwierige Ausgangslage versetzt hatte. Das war die Ursache für die Konsolidierung der Kräfte und für die Formierung von neuen Koalitionsverbänden, wodurch das politische Potential der BKP-Opponenten konsolidiert wurde.

In diesem Sinne war die Gründung der Union der demokratischen Kräfte (SDS) am 7. Dezember 1989 von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der demokratischen Prozesse und des Parteipluralismus. Zuerst vereinigten sich zehn Organisationen (unter anderem die Radikaldemokratische Partei (RDP), die Demokratische Partei (DP), die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSP) und die Grüne Partei), später kamen auch andere Parteien und Verbände hinzu. Als Koalition wurde die SDS zur Hauptoppositionskraft und wurde so bei den Wahlen für die Große Nationalversammlung legitimiert. Der erste Vorsitzende der SDS war der damalige Dissident Schelju Schelew, der 1990 der erste demokratisch gewählte Präsident Bulgariens nach der Wende wurde.

⁸³ Karasimeonow, G. (2004), S.51

Die Hauptrolle bei dieser Entwicklung spielten der Runde Tisch und die Zustimmung der BKP, Verhandlungen mit der SDS zu führen. Mit der Akzeptanz der SDS als Hauptoppositionspartner und Opponent am Runden Tisch legitimierte die BKP de facto das wichtigste politische Subjekt des neuen demokratischen Parteisystems. Sogar *„(e)ine Reihe parteiunabhängiger Kritiker behauptet, führende Mitglieder der BKP hätten die personelle Besetzung dieses Oppositionsbündnisses stark beeinflusst.“*⁸⁴

Ein Großteil ihrer Unterstützer glaubte, dass die ersten demokratischen Wahlen einen radikalen Wandel des politischen Geschehens herbeiführen würden, was jedoch nicht geschah. Zwar verlor die SDS diese Wahlen, sie erhielt aber dennoch als größte Oppositionskraft viele Sitze im Parlament und hatte somit die Gelegenheit, den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen, was letztlich auch die Ursache für die Bildung zweier Lager innerhalb der SDS war. Die Vertreter des ersten Lagers (die sog. Legitimisten oder Konservatoren) wollten den demokratischen Prozess berücksichtigen und sich an die Wahlergebnisse halten. Die Radikalen als Vertreter des zweiten Lagers hingegen suchten nach Lösungen, die den Vorschriften der Verfassung nicht entsprachen, unter anderem auch Druck und Gewalt.

Eine neue politische Tendenz zeichnete sich durch die unerwartete Wahl des Oppositionsführers Schelju Schelew zum Präsidenten ab. Die Wahl von Schelew stärkte die Positionen der Legitimisten/Konservatoren in der SDS, da sie den Weg für neue konstitutionelle Ressourcen und für den politischen Einfluss der Opposition anlegte. Dadurch wurde die Opposition zu einer Komponente der staatlichen Regierungsstrukturen, was zur weiteren Begrenzung der Hegemonie der BSP beitrug. Weiterhin führten die Konflikte in der SDS zur Uneinigkeit zwischen den radikalen und den konservativen Kräften und auf diese Weise entstand die Formierung eines SDS-Zentrums, dessen Anhänger sich abspalten wollten. Der Kampf zwischen dem radikalen Lager und den Legitimisten artete in totale Intoleranz aus und führte letztlich sogar zur Bildung von separaten Organisationen. *„Eine Reihe parteiunabhängiger Kritiker behauptet, führende Mitglieder der BKP hätten die personelle Besetzung dieses Oppositionsbündnisses stark beeinflusst. Diese These wird dadurch bestätigt, dass sich jene so genannten Hardliner durchsetzen, die mit ihrer Fundamentalkritik zur Spaltung der Oppositionskräfte beitrugen. So begann eine Gruppe von*

⁸⁴ Ismayr, W. (2010), S. 705.

39 *UDK-Abgeordneten* (Anm. d. Verf.: SDS-Abgeordneten) *zwei Monate vor der Verabschiedung der neuen Verfassung den Boykott der Parlamentssitzungen und trat gar zwei Tage vor deren Annahme durch die Große Nationalversammlung (12.7.1991) in einen zehntägigen Hungerstreik.*⁸⁵ Als Konsequenz entstanden die „Nationale Bewegung SDS“ und das „SDS-Zentrum“. Das SDS-Zentrum unterstützte den parlamentarischen Weg der Problemlösungen, den kompromissvollen und mäßigen politischen Kampf und lehnte sich gegen den Extremismus der „Nationalen Bewegung SDS“ auf. Im Vorfeld der parlamentarischen Wahlen im Oktober 1991 etablierte sich auch eine dritte Gruppe – die sog. „SDS Liberale“. Es lässt sich folglich feststellen, dass die SDS in drei Teilgruppierungen gespalten war. In dieser komplizierten politischen Situation gelang es der „Nationalen Bewegung SDS“ für die Wahl die Farbe Blau für ihre Abstimmzettel zu beanspruchen und den Erwartungen der Sympathisanten zu dem Zeitpunkt am erfolgreichsten zu entsprechen (Anm. d. Verf.: bei diesen Wahlen hatte jede Partei ihren eigenen Abstimmzettel und ihre eigene Farbe).

Das innere Zerwürfnis der Opposition wurde auch durch die Position des Präsidenten Schelew zusätzlich veranlasst. Sein Ziel war es, einen moderaten Kurs in der Politik der Opposition durchzusetzen. Somit distanzierte er sich tatsächlich von der radikalen Gruppe und unterstützte formal die neue politische Formation, die von seinem Berater Ljuben Berow angeführt wurde.

Die andauernden Konflikte in der SDS waren folgeschwer, vor allem weil sie zu Spaltungen und damit zu einer weiteren Schwächung der Opposition führten. Als Konsequenz gewann die SDS die Wahlen im September 1992 nur knapp, weil sich Gruppierungen unbedachterweise verselbständigten. Der bulgarische Übergang wäre ohne diese Spaltungen vermutlich ganz anders verlaufen, hätte der neue Premierminister Filip Dimitrow die absolute Mehrheit erreicht. Nichtsdestotrotz verfügt Bulgarien im Vergleich zu den anderen Ländern auf dem Balkan über eine starke Opposition, die einen organisierteren und erfolgreicherer Charakter als etwa jene in Rumänien, im ehemaligen Jugoslawien oder in Albanien aufweist; nicht zuletzt, weil der Präsident in Bulgarien Vertreter der Opposition war.

Im Jahr 1997 mobilisierte die SDS den größten Teil ihrer traditionellen Wählerschaft und auch andere Gruppen, die Opponenten der BSP waren. Ein Jahr zuvor wurde die Koalition

⁸⁵ Ismayr, W. (2010), S. 705

Vereinte Demokratische Kräfte (ODS) unter aktiver Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung gegründet, in der auch der Volksverband BZNS sowie die DPS vertreten waren.

Am 15. und 16. Februar 1997 führte die SDS ihre Neunte Nationalkonferenz durch, bei der wichtige Entscheidungen über die Organisation der Partei getroffen wurden. Die SDS transformierte sich von einer heterogenen Koalition bestehend aus 15 Parteien zu einer homogenen, einheitlichen politischen Partei unter der Führung ihres damaligen Vorsitzenden Iwan Kostow. Analog wurde das Wahlbündnis ODS (Vereinigte Demokratische Kräfte) gegründet, woraufhin die SDS erstmals die Parlamentswahlen im Jahr 1997 mit absoluter Mehrheit gewann. Dieser Wahlsieg ermöglichte der SDS eine hervorragende Ausgangsposition für die Umsetzung ihres Regierungsprogramms. Die erforderliche parlamentarische Mehrheit, das homogene Parlament und die Unterstützung der anderen Hauptinstitutionen waren ebenfalls gegeben.

Die Regierung stand nun vor vielen Herausforderungen: Einerseits trat sie das schwere Erbe der vorherigen Regierung an, die eine totale finanzielle und soziale Krise hinterlassen hatte. Andererseits waren die staatlichen Behörden und die öffentliche Verwaltung sehr instabil. Die SDS hatte nur wenig Erfahrung in der Staatsregierung und einen Mangel an gut ausgebildeten und erfahrenen Staatsmännern. Dennoch schaffte es die neue führende Regierungskraft mit dem Ministerpräsidenten Iwan Kostow, das Land trotz der tiefen finanziellen Krise einigermaßen zu stabilisieren. Die SDS-Regierung führte Strukturreformen und Privatisierungen durch, wobei die bankrotten Betriebe aus der sozialistischen Zeit aufgegeben wurden. Die SDS spielte auch eine besonders wichtige Rolle beim Aufbau der Grundlagen für den Beitritt Bulgariens in die EU und in die NATO. Am Ende der Amtszeit aber wurde die regierende Partei von einer Reihe von Korruptionsattacken gegen das Kabinett und machinternen Intrigen erschüttert. Am Ende entstand auch eine Kluft zwischen der Bevölkerung und der politischen Elite. Das war die wichtigste Ursache, die zur Niederlage der SDS bei den Parlamentswahlen im Jahr 2001 führte: *“However, the SDS underwent a crisis of self-confidence and lost electoral support mainly because of its alienation from the public, political corruption, and the authoritarian tendencies of its leader, prime minister Ivan Kostov⁸⁶”*

Ein weiterer bedeutsamer Konflikt in der jüngeren Geschichte der SDS, der zur Spaltung führte, hatte mit dem Verlassen der Partei durch den ehemaligen Bürgermeister von Sofia,

⁸⁶ Karasimeonow, G. (2004), S.41

Stefan Sofiyanski, nach den Parlamentswahlen im Jahr 2001 zu tun. Der Niedergang der Partei setzte sich mit der Gründung der NDSV noch im selben Jahr fort. Im Mai 2004 wurde eine neue Partei unter dem Namen „Demokraten für ein starkes Bulgarien“ (DSB) gegründet. Die DSB identifizierte sich als rechtskonservative Partei und verfolgte das Ziel, eine neue rechte Macht zu werden, die nicht im Schatten der SDS verweilen wollte.

Als Ergebnis der abermaligen Spaltung verloren die demokratischen Parteien die Wahlen 2005. ODS erhielt 7,68 Prozent und DSB nur 6,44 Prozent aller Stimmen. Einerseits lieferten die Wahlergebnisse einen eindeutigen Beweis für den politischen Zerfall der SDS als bisherige Hauptoppositions kraft und bedeutendstem antikommunistischem Akteur während der gesamten Übergangszeit. Andererseits war die Wahlniederlage natürlich auch eine Folge der Zergliederung der SDS in mehrere Splittergruppierungen.

Die Entwicklung des rechtskonservativen politischen Raums in Bulgarien kennt Zeiten von Konsolidierung, aber auch von starker Fragmentierung. Den Prozessen des Verfalls der Einigung folgen oft die natürlichen ideologischen Differenzen oder Unterschiede in den Ansichten über die praktischen Aspekte der Politik im Kontext der Regierung oder in der Opposition. Es ist daher schwierig, kategorisch zu bestimmen, ob die eine oder die andere Periode der Vereinigung oder der Uneinigkeit etwas Positives oder Negatives ist. So wäre diese Feststellung zu vereinfacht und würde die wahre Komplexität der Entwicklung der politischen Demokratisierung im Land während der Zeit des Übergangs nicht widerspiegeln.

Dabei lassen sich mehrere grundlegende Fehler bzw. Schwächen der SDS (Union der Demokratischen Kräfte) im Verlauf des Übergangs zusammenfassen: Die erste Schwäche lag in einem erheblichen Mangel an politischer Erfahrung. Der zweite Fehler liegt in der Tatsache, dass die Zahl der verschiedenen politischen Gruppierungen und Bewegungen, die der SDS angehörten, zu hoch war. Diese verfolgten verschiedene Interessen, die sich später in politische Kontroversen verwandelten. *„In due course the coalition arrangement appeared to provoke deep conflicts between small and big parties and formations, as well as between new parties without any political background, organisation structures and political impact, and those are claiming a political appearance and authentic roots on their own⁸⁷“*. Es stellte sich auch heraus, dass jene Menschen, die an Dissidentengruppen, informellen Organisationen etc. teilgenommen und/oder gegen das Regime von Todor Schiwkow gekämpft hatten, nur so lange vereinigt waren, bis dieser massiv an Macht einbüßen musste. Spätestens dann wurde

⁸⁷ Karasimeonow, G. (2004), S.51

klar, dass jeder sein eigenes Projekt für die Zukunft hatte. Diese Projekte erwiesen sich oftmals als völlig unterschiedlich, manche davon kollidierten sogar miteinander. Es gab auch rein ideologische Unterschiede zwischen den radikaleren "Extremisten" und den moderaten Vertretern. Die Radikaleren sahen eine Gelegenheit, das System zu ändern und die Kommunistische Partei für immer vom Thron zu stürzen. Es war ihnen bewusst, dass der Übergang in Bulgarien überhaupt nicht mit der Zivilgesellschaft verbunden war. Ganz im Gegenteil wurde er durch die BKP geleitet, und die Partei hatte das Ziel, ihre Machtressourcen von den politischen auf die wirtschaftlichen Schienen zu verlagern.

Der dritte Hauptfehler ist mit der strategischen Unterschätzung der politischen Gegner und der Unfähigkeit verbunden, eine einheitliche Strategie dagegen zu schaffen. Wesentlich war in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass die Akten der Staatssicherheit am Anfang nicht vollständig veröffentlicht wurden, weil die Schattenwirtschaft und die organisierte Kriminalität, die nicht nur Politiker kontrollierten, sondern auch die Funktion von ganzen politischen Parteien beeinflussten, zum größten Teil von Mitgliedern der Ex-Staatssicherheit geschaffen wurden. Dennoch muss zugegeben werden, dass sich die SDS als äußerst langlebige Formation erwiesen hat, denn ihre Entsprechungen in den anderen Ländern existieren seit langem nicht mehr. Alle Parteien, die Marktreformen und Marktwirtschaft in ihren Ländern einführten und die Demokratie als Regierungsform etablierten, sind bereits aus der jeweiligen politischen Arena verschwunden. Es scheint, dass jede politische Partei, die die „Drecksarbeit“ erledigte, anschließend verworfen wurde: *„Die ODS haben die härtesten Reformen durchgesetzt und das Land an die Schwelle von EU und NATO geführt, dafür aber einen hohen Preis in Form der Abwanderung von Sympathisanten bezahlen müssen⁸⁸“*. Auf diese Weise hat die SDS während ihrer Regierungszeit von 1997 bis 2001 eine Reihe von Reformen durchgeführt. Ohne diese Reformen wäre die Lage in Bulgarien heute erheblich schlechter. Das konzentrierte die sozialen Nachteile in vier Jahren, die SDS zahlte den politischen Preis trotz oder gerade aufgrund ihrer äußerst wichtigen Rolle beim Aufbau der Grundlagen für den Beitritt Bulgariens in die EU und in die NATO.

3.1.3 DPS

Am 4. Januar 1990 wurde die Partei DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten) von Aktivisten der türkischen Widerstandsbewegung gegründet. Ihr Parteivorsitzender wurde Ahmed Dogan und offiziell wurde die Bewegung im März 1990 eingetragen. Die DPS war

⁸⁸ Gruber, J. (2011), S.22

eine junge Partei, die ihre politische Kraft vorwiegend aus der Wählerschaft aus Kreisen der türkischen Minderheit zog: *„The party receives support from a solid and very-well disciplined electorate comprising the ethnic Turks population. This guarantees the DPS enough votes for parliamentary representation⁸⁹“*. Dieses neue Phänomen in der bulgarischen Parteigeschichte stellte nicht nur die Legitimität der DPS gemäß des Gesetzes für die politischen Parteien (Verbot von Parteien auf ethnischer Grundlage) in Frage, sondern spielte auch eine Rolle im politischen Geschehen und hatte Auswirkungen auf die Politik der anderen Hauptoppositionsparteien.

Nach den ersten demokratischen Wahlen wurde die DPS ein Teil der Großen Nationalversammlung. *„The political party Movement for Rights and Freedom (MRF) (Anm. d. Verf.: DPS) founded in 1990 in fact attends to the interests of the Turkish minority and managed to join the National Assembly since 1990 with a more or less stable 5-7% electoral result⁹⁰“*. Die Organisation der türkischen Minderheit hatte ihre eigene politische Form und ihre Wählerschaft. Am Anfang gravitierte die Bewegung in Richtung SDS, äußerte offen ihre antikommunistische Position gegenüber der BSP als Nachfolger der BKP und Impulsgeber des sog. „Wiedergeburtprozesses“ (eine gegen die türkische Minderheit in Bulgarien gerichtete Namensänderungskampagne), dessen Folgen die türkische Minderheit immer noch empörten. *„Die damit gemeinte Zwangsbulgarisierung (Zwangseinbürgerung) wurde im Sommer 1984 von der Parteiführung beschlossen und begann Ende des Jahres mit dem erzwungenen Namenswechsel, als die Angehörigen der türkischen Minderheit ihre türkisch-arabischen Namen gegen bulgarische tauschen mussten. Der „Wiedergeburtprozess“ war der finale Höhepunkt des sich seit den sechziger Jahren verstärkenden nationalistischen Kurses der bulgarischen Kommunisten, der in der Idee der „einheitlichen bulgarischen sozialistischen Nation“ gipfelte. Die intensiven patriotischen Aktivitäten, welche die Zwangsassimilierung der Türken begleiteten, richteten sich auch nicht nur an die Betroffenen, sondern an die gesamte Bevölkerung, die auf die plötzliche Erweiterung der bulgarischen Nation vorbereitet werden sollte.“⁹¹*

Die türkische Gemeinschaft in Bulgarien brauchte auf jeden Fall eine politische Vertretung, denn sie hatte in den letzten Jahren vor der Wende sehr unter der totalitären Herrschaft gelitten. Die BKP hatte allen Menschen türkischer Herkunft das Recht auf den eigenen

⁸⁹ Karasimeonow, G. (2004), S.53

⁹⁰ Bertelsmann Transformationsindex, BTI 2006, Bulgaria Country Report 2006, S.3

⁹¹ Brunnbauer, U. (2007), S. 360.

Namen nehmen wollen. Außerdem versuchten die ehemaligen Parteiführer, sie durch Zwangsaussiedlung zurück in die Türkei zu drängen.

Die Ergebnisse der Parlamentswahl 1991 waren ein Beweis dafür, dass die DPS gewissermaßen die drittstärkste politische Kraft wurde, besonders nach dem Beschluss des Verfassungsgerichts, sie als verfassungsgemäß anzuerkennen. Dadurch wurde die DPS legitimiert und vermehrte ihre Wählerschaft von 6,02 auf 7,55 Prozent. Diese feste ethnische Wählerschaft garantierte die Präsenz der DPS in der Nationalversammlung. Einerseits war das eine positive Erscheinung, weil die Bürger türkischer Herkunft dadurch die Möglichkeit für politische Vertretung und für die Integration ihrer Partei in das politische System erhielten. Andererseits brachte sie auch einige Nachteile, da die Gefahr bestand, dass das politische Agieren der DPS ethnisiert und somit auf die Interessen einer einzigen Personengruppe begrenzt werden konnte. Viele Politiker hatten Sorgen, dass ein solches politisches Verhalten eine Voraussetzung für Separatismus werden könnte. In der Zeit bewies die DPS jedoch, dass diese Sorgen im Großen und Ganzen unbegründet waren. Sie erklärte ihre Rolle als Vertreter der Minderheit nicht als absolut und agierte entsprechend den demokratischen Grundsätzen.

2005 erzielte die DPS ihre besten Wahlergebnisse seit 1989. Ein Grund dafür war die Tatsache, dass viele Wähler mobilisiert wurden, unter anderem auch die Aussiedler in der Türkei, die die doppelte Staatsbürgerschaft besaßen. Zusätzlich besetzte die DPS auch einige Posten in den Bezirken mit einem hohen Anteil an türkischer Bevölkerung durch Bulgaren. *„According to data from 2002, the membership of the DPS is 56,000, of which 8,000 are Bulgarians⁹²“*. Außerdem profitierte die DPS als eine Partei, die noch immer eine „feste“ Wählerschaft aufwies, von der allgemein geringen Wahlbeteiligung.

3.1.4 NDSV

Im Jahr 2001 erschien ein neues politisches Subjekt gänzlich unerwartet in der bulgarischen politischen Arena. Der König im Exil Simeon der Zweite (Simeon Sakskoburggotski, auch Simeon von Sachsen-Coburg und Gotha), der jahrelang im spanischen Exil lebte, kehrte zurück und gründete seine Partei „Nationale Bewegung Simeon der Zweite“ (in Bulgarien als NDSV bekannt). Die NDSV verursachte große Veränderungen im politischen System und stellte zugleich eine Herausforderung für die demokratische Struktur des Landes dar: *„In*

⁹² Karasimeonow, G. (2004), S.53

Bulgaria in 2001 and in Lithuania in 2000 and 2004, radical political parties failed to make major inroads but the vote share of anti-establishment parties nevertheless exploded due to the spectacular success of new/centrist populist parties. Thus, the Bulgarian NSM, created by former King Simeon II barely three months before the election, attracted more electoral support than the two largest mainstream parties combined, and won half the parliamentary seats on a 42.7% vote share⁹³.

Es gab eine Reihe von Gründen für den Erfolg der NDSV. Zunächst befand sich das politische Leben in Bulgarien zur damaligen Zeit aufgrund der Enttäuschungen über die Politik der BSP und der SDS in einem buchstäblichen Vakuum. Die Hauptparteien hatten enorm an Popularität einbüßen müssen und das Land steckte wieder in einer tiefen sozioökonomischen und zugleich in einer politischen Vertrauenskrise. Den soziologischen Umfragen zufolge beabsichtigten ungefähr 50 Prozent der Wähler bei den kommenden Wahlen, keine Stimme abzugeben und somit die Parteien nicht zu unterstützen. Diese Unzufriedenheit resultierte in einer Unterstützung der neuen politischen Formation namens NDSV.

Ein zusätzlicher Grund für den Erfolg der NDSV war die Persönlichkeit von Simeon dem Zweiten, der sehr populär und charismatisch war. Simeon der Zweite war Ausdruck einer neuen politischen Art, die von der Verantwortlichkeit der Parteipolitik in den vergangenen zwölf Jahren nicht belastet war. Diese Person fokussierte sich auf die Hoffnung der Bevölkerung auf die Verbesserung der sozialen Lage und wurde zugleich zum Träger einer neuen politischen Kultur, die von der Konfrontation mit der Vergangenheit befreit war. *„The victory of the NDSV can be seen as a consequence of two factors: the bitter disappointment of most Bulgarians with existing political parties, and the very high expectations vested in NDSV leader Simeon Sakskoburggotski⁹⁴.*

So bildete sich eine neue politische Macht mit vielen Unterstützern und großer Wählerschaft, die ganz ungewöhnlich und sehr schnell die anderen älteren Parteien verdrängte. Gleichzeitig hatte die NDSV überhaupt keine Parteigeschichte und musste zuerst ihre Organisation, ihre Ideologie und ihre Politik aufbauen. Nach den Wahlen war ihre Hauptstruktur die parlamentarische Gruppe, die die Grundlage der neuen politischen Partei schaffen sollte.

Die ersten turnusmäßigen Parlamentswahlen in Bulgarien nach einer vollen vierjährigen Amtsperiode seit der friedlichen Revolution 1989 fanden am 17. Juni 2001 statt. Diese

⁹³ Pop-Eleches, G. (2004), S. 16

⁹⁴ Karasimeonow, G. (2004), S.53

gewann die NDSV mit großem Vorsprung und bildete die größte parlamentarische Gruppe mit fast absoluter Mehrheit, wobei sie eine Koalitionsregierung mit der Partei der türkischen Minderheit (DPS) bildete. Im Unterschied zu den anderen politischen Parteien (BSP, SDS und DPS) formierte sich die NDSV sehr schnell und begann ihr politisches "Leben" als parlamentarische Formation mit 120 Abgeordneten. Ein wichtiger Schritt für den Übergang der NDSV von einer heterogenen Formation zu einer professionellen demokratischen Partei war ihre offizielle Registrierung als politische Partei im Juni 2002.

Laut dem Wahl- und Regierungsprogramm der neuen Regierungspartei sollte sich das Land durch ein umfassendes wirtschaftliches Reformprogramm, das die Steigerung des Lebensstandards durch Lohnerhöhungen und Steuersenkungen vorsah, zu einem modernen europäischen Land entwickeln. Das Hauptziel der neuen Regierung war es, ein hohes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Erhaltung der makroökonomischen Stabilität zu erzielen. Die zentralen Reformvorhaben betrafen das Justizwesen und die Verwaltung sowie die Erfüllung der EU-Kriterien, denn die Annäherung Bulgariens sowohl an die EU als auch an die NATO wurde besonders prioritär behandelt. Es herrschten dennoch Zweifel an der Regierungsfähigkeit der NDSV, da die meisten Politiker der Partei keine Erfahrung in der Regierung auf diesem Niveau hatten.

Ein Vorteil für die Regierung war die Tatsache, dass sie ihre Arbeit unter den Bedingungen günstiger internationaler Beziehungen Ende 2001 aufnahm. Jedoch konnte die Regierung ihre Wahlkampfversprechen, den Lebensstandard der bulgarischen Bevölkerung zu erhöhen, in den ersten zwei Jahren ihrer Regierungszeit nicht erfüllen. Das führte zum Vertrauensverlust seitens der Öffentlichkeit noch in den ersten Monaten der Regierungszeit der NDSV. Allerdings war eine gewisse Verbesserung des Lebensstandards in den letzten zwei Jahren ihrer Amtszeit zu beobachten, was viele Analytiker als „Erweiterung der Mittelschicht“ einstufen. Die Arbeitslosigkeit sank, die Einkommen – vor allem jene der Staatsbeamten – stiegen und auch die ausländischen Investitionen nahmen progressiv zu.

Die Haupterfolge waren jedoch in der Außenpolitik zu verzeichnen, so z. B. die erfolgreiche Beendigung der Verhandlungen vor der Aufnahme in die NATO im April 2004 und auch der Abschluss der Verhandlungen mit der Europäischen Union im April 2005. Die Tatsache, dass die NDSV ihre Amtszeit von vier Jahren abschließen konnte, beweist, dass sie eine starke liberale Formation und somit eine echte Alternative sowohl zu rechten als auch zu linken Kräften darstellte.

Jedoch darf nicht vergessen werden, dass die NDSV als ein Aggregat aus verschiedenen „Freundeskreisen“ entstanden ist. Der Großteil der NDSV-Abgeordneten waren typische politische Tramper, die ihre Parteien (unter anderem auch SDS und DPS) in der Vergangenheit öfters gewechselt hatten. Daraus lässt sich entnehmen, dass die NDSV bei ihrer Gründung eine Organisation war, die sowohl den Interessen verschiedener ökonomischer Kreise als auch den Ambitionen vieler ihrer Abgeordneten diente.

Am Ende der Amtszeit der NDSV blieben in dieser Partei nur 97 von insgesamt 120 Abgeordneten. Bei den Parlamentswahlen am 25. Juni 2005 blieb die NDSV die stärkste politische Kraft im Parlament, obwohl die Partei ihre Mehrheit verlor. Als Konsequenz war sie an einer Dreier-Koalition gemeinsam mit der DPS und der BSP beteiligt. 2007 wurde die Partei in „Nationale Bewegung für Stabilität und Fortschritt“ umbenannt. Bei den Parlamentswahlen 2009 scheiterte sie an der Vier-Prozent-Hürde und so war die ex-regierende NDSV nicht mehr parlamentarisch vertreten. Aus diesem Grund erklärte Simeon Sakschoburggotski nach der Wahl seinen Rücktritt als Parteichef.

Negativ bemerkenswert am Phänomen NDSV ist jedoch, dass diese Erscheinung bewies, wie einfach es ist, die Enttäuschung eines Volkes auszunutzen. Ohne klar umrissene politische Ziele und nur auf der Grundlage von „leeren Versprechen“ gelang es dieser politischen Formation bereits kurze Zeit nach ihrer Bildung, die Wahlen zu gewinnen und die vollständige Amtszeit zu absolvieren.

3.1.5 GERB

Die Krise im rechten Teil des politischen Spektrums eröffnete eine Nische für die Entstehung eines neuen rechten politischen Subjekts, das sich auf die neue politische Realität stützte. Genau in dieser Nische fand die Partei GERB, welche zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierte, aber sehr bald eine dominierende Stellung in der Regierung erlangte, ihren Platz. *“GERB entstand im Lager der konservativen bürgerlichen Kräfte als ein neuer Hoffnungsträger im Zuge einer Bündelung demokratisch orientierter politischer Kräfte.“*⁹⁵ Die Abkürzung GERB steht für *“Graschdani sa Ewropejsko Raswitie na Balgaria/Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“*. Sie wurde als populistische Formation mit dem Anspruch geboren, den zentristisch rechten Teil des politischen Spektrums in Bulgarien zu belegen. Entstehung und Entwicklung von GERB sind in den letzten Jahren in hohem Maße

⁹⁵ Bulgariens neue Regierung: Bürger sehen wieder Hoffnung für ihr Land

durch die Persönlichkeit von Bojko Borissow geprägt, der zum Staatssekretär des Ministeriums des Innern in der Regierung von Simeon von Sachsen-Coburg und Gotha ernannt wurde. Bereits zu Beginn seiner Tätigkeit zog er die Aufmerksamkeit der Medien und der bulgarischen Bürger mithilfe seiner unkonventionellen Vorgehensweise und großer Tatkraft in der Leitung der Polizei und deren Einsätze auf sich. *„Ähnlich der Zarenbewegung gründet sich auch diese Partei auf der Popularität einer prominenten Persönlichkeit, in diesem Fall des derzeitigen Sofioter Bürgermeisters Bojko Borisov⁹⁶“*. Als besonders charismatische Persönlichkeit gewann er innerhalb kürzester Zeit enorm an Popularität, die ihm nach Ablauf der Amtszeit der Regierung der NDSV und der DPS die Möglichkeit zuteilwerden ließ, seine eigene politische Tätigkeit aufzunehmen. Sein erster Versuch war die Bürgermeisterwahl in Sofia im Jahr 2004, die er nach einer Stichwahl mit der Unterstützung von 68 Prozent der Stimmen für sich entscheiden konnte. Der Wahlsieg und der wachsende öffentliche Einfluss Borissows sind auf seine populistische Rhetorik und scharfe Kritik an der politischen Elite und insbesondere an der Regierung von BSP, NDSV und DPS zurückzuführen. 2006 fanden Borissows politische Ambitionen Ausdruck in der von ihm gegründeten Partei (GERB), die Nachfolgerin der anfänglichen Bürgervereinigung mit dem gleichen Namen ist. Nach der formellen Gründung der Partei begann der aktive Aufbau lokaler Parteistrukturen. Anfang 2007 fanden in Bulgarien die ersten Wahlen für das Europäische Parlament (EP) statt, die von der neugegründeten Partei gewonnen werden. *„Bulgariens neue Oppositionspartei GERB (Die "Bürger für eine Europäische Entwicklung in Bulgarien") hat die ersten Wahlen zum EU-Parlament im neuen EU-Land knapp gewonnen“⁹⁷* Dabei etablierte sich die Partei auf überzeugende Art und Weise, woraufhin insgesamt fünf Vertreter in das Europäische Parlament entsandt wurden. Ein weiterer Schritt zur Stärkung des Einflusses der neuen Partei waren die Kommunalwahlen im Herbst 2007. GERB gewann mehrere Kommunalwahlen und Bojko Borissow gewann auch in Sofia. Diese Wahlen zeigten deutlich, dass GERB zu einem bedeutenden Faktor mit realen Machtstrukturen im politischen Leben des Landes geworden war. So wurden günstige Voraussetzungen für den Erfolg bei den Parlamentswahlen im Juli 2009 geschaffen. Ein wichtiges Ereignis für GERB ist der Beitritt in die Europäische Volkspartei (EVP) Anfang 2009. *„Eine solche Hilfestellung und Positionierung von außen hat in Bulgarien vor der Wahl 2009 keine andere Partei erfahren. Und solche Äußerungen dürften beim bulgarischen*

⁹⁶ Ismayr, W. (2010), S. 708.

⁹⁷ EU-Wahl in Bulgarien: Sieg für neue Oppositionspartei (2007)

*Publikum, das nahezu blind an Europa glaubt, Wirkung erzielt haben*⁹⁸. Auf diese Weise erhielt GERB die entsprechende internationale Legitimation als eine rechte politische Partei. GERB verstärkte danach ihre Tätigkeit als außerparlamentarische Opposition und gewann weiter an Popularität inmitten einer Vertrauenskrise gegenüber der Koalition aus BSP, NDSV und DPS. Der Bürgermeister Bojko Borissow nutzte dabei seine Position, den Einfluss der GERB innerhalb des Landes zu stärken und die Partei auf die parlamentarischen Wahlen 2009 vorzubereiten. Die Europaparlamentswahlen wurden im Jahr 2009 durch GERB gewonnen, und so hat sich die Partei von Bojko Borissow als wichtigste politische Kraft im Land etabliert. Die Partei schickte fünf Vertreter ins Europäische Parlament, die der EVP beitraten. GERB gewann mit einem überzeugenden Stimmenanteil von 39,71 Prozent auch die Parlamentswahlen im Juli 2009, wobei eine wesentliche Proportion dieser Stimmen auf Überläufer aus den „alten“ Parteien entfiel. Diese Tatsache belegt nachdrücklich die kontinuierliche außerordentliche Instabilität in den Einstellungen der bulgarischen Wähler. Dadurch konnte sich GERB als eine dominierende Partei im zentristisch rechten Teil des politischen Spektrums etablieren und die "alten" rechten Parteien – SDS und DSB – verdrängen, welche in der Blauen Koalition vereint waren, etwa 7 Prozent gewannen und als kleine parlamentarische Formation mit geringem öffentlichen Einfluss zurückblieben. So haben die Wahlen im Jahr 2009 die "alten" Rechtsparteien endgültig ins Abseits befördert, die durch den Zerfall der SDS entstanden waren. GERB bildete ein selbständiges Kabinett mit Bojko Borissow als Ministerpräsident. Ohne Erfahrung in der Staatsleitung betrat das Kabinett der GERB ein „Neuland“ mit vielen Gefahren und Schwierigkeiten. Das Schicksal der vorherigen Regierung mit großer Mehrheit (BSP – 1994-1996, SDS – 1997-2001, NDSV – 2001-2005 und die letzte Amtszeit der dreifachen Koalition 2005-2009) bezeugt die Amplitude der öffentlichen Stimmung von einem extremen Vertrauen bis hin zur vollständigen Enttäuschung. In ihrem "Programm für die europäische Entwicklung Bulgariens" identifiziert sich GERB als eine Mitte-Rechts-Partei selbst, die die Werte der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit akzeptiert. Die Partei äußert die Überzeugung, dass die Entwicklung Bulgariens auf einem Modell beruhen sollte, in dem die Bürger die führende Rolle übernehmen sollten. Im Programm wird weiter erwähnt, dass Wohlstand und wirtschaftlicher Aufschwung nur in einem Wettbewerb gleichberechtigter Partner möglich seien. Dafür seien jedoch eine Reihe von Voraussetzungen und Bedingungen wie beispielsweise eine gut funktionierende und unabhängige Justiz, Reformen in der

⁹⁸ Müller, M. (2009)

Wirtschaft und in der Verwaltung sowie die Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität erforderlich. GERB zufolge seien dies die Grundprobleme, die die Entwicklung des Landes hinderten. Das Hauptziel der Politik in den Bereichen der Wirtschaft und der Verwaltung ist der Wandel, der seinen Ausdruck in der Modernisierung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens im Land in Einklang mit den europäischen Normen und Standards findet. Die Parteiorgane im Sinne des Parteigesetzes der GERB sind die Nationalversammlung, der Vorsitzende, der Parteivorstand und der Ausschuss.

3.1.6 ATAKA

Die Partei Ataka (Атака/, deutsch *Angriff*) ist eine radikale, nationalistische und populistische Formation, die am 17. April 2005 gegründet wurde. Die Partei entstand als Reaktion auf den immer größer werdenden Einfluss der Partei DPS, die Interessenvertreterin der türkischen und muslimischen Bevölkerung Bulgariens ist. Der Vorsitzende der Partei ist seit ihrer Gründung der ehemalige Journalist und Chefredakteur der Zeitung "Demokratsia" Wolen Siderow. Ziel der Partei war es, die bulgarischen Nationalisten im Kampf gegen die EU- und NATO-Integration zu vereinen. Als ein neues Phänomen ist die Partei Ataka vor allem eine Ansammlung von Nationalistenverbänden. Diese Koalition ist ein neuer Faktor im Parteiensystem, obwohl manche Analytiker sie als Nachfolger von anderen Parteien mit etwas geringer ausgeprägter nationalsozialistischer Orientierung (wie z. B. dem Bulgarischen Business-Block mit Leiter Zhorzh Gantschew) betrachten.

Das Phänomen Ataka stellt einen Mix aus Stimmungen und politischen Reaktionen dar, was typisch für den Protest gegen die politischen Ausfälle des Übergangs nach dem Jahr 1989 war. Dazu kamen auch Faktoren wie etwa Korruption und Prinzipienlosigkeit der meisten Vertreter der politischen Elite, die die Probleme der Bevölkerung vergaßen. „*Neben der GERB profitiert noch eine weitere Partei von der allgemeinen Unzufriedenheit mit den Auswüchsen von Korruption und Kriminalität*⁹⁹“.

Ataka war die erste Herausforderung an die demokratischen Werte und an die konstitutionellen Bestimmungen, die vor allem den ethnischen Frieden des Landes betrafen. Im Programm der Partei und besonders in den Reden des Leiters Wolen Siderow gibt es

⁹⁹ Ismayr, W. (2010), S. 709.

offensichtliche rassistische und fremdenfeindliche Aufrufe, die offen gegen das ethnische Modell des Zusammenlebens unterschiedlicher Minderheiten abzielen. Diese Aufrufe fordern zu Hass gegen einen Teil der bulgarischen Bevölkerung auf, besonders gegen Sinti und Roma sowie gegen die ethnischen Türken sowie gegen die Hauptziele der Außenpolitik und die Integration Bulgariens in EU und NATO.

Bei den Parlamentswahlen 2005 konnte АТАКА 8,93 Prozent aller Stimmen für sich vereinnahmen, was 21 Abgeordnetensitzen entsprach. Bei den nächsten Parlamentswahlen 2009 gewann Аtаkа sogar 9,36 Prozent der Stimmen.

3.2 Die Nationalversammlung/Das Parlament

Die Nationalversammlung Bulgariens (bulgarisch Народно събрание/Narodno Sabranie, Nationalversammlung) ist das Parlament Bulgariens und besteht aus 240 Abgeordneten, die alle vier Jahre gewählt werden. Es gilt das Einkammersystem. Die wichtigsten Aufgaben der Nationalversammlung sind die Wahl des Ministerrats und des Ministerpräsidenten. Es existiert noch die Große Nationalversammlung (bulg. Велико народно Събрание), die aber nur bei Verfassungsänderungen zusammentritt und die aus 400 Abgeordneten besteht. Während die Große Nationalversammlung nur für Verfassungsänderungen zuständig ist, darf die „gewöhnliche“ Nationalversammlung nur Vorschriften der Verfassung ändern oder ergänzen. *„So wurde z. B. die heutige Verfassung von der 7. Großen Versammlung (10.7.1990 – 2.10.1991) mit 400 Abgeordneten verabschiedet“¹⁰⁰.*

Die Übergangsregierung von Andrei Lukanow trat am Vorabend der Parlamentswahlen für die Nationalversammlung zurück, um ein neues Kabinett bilden zu lassen. Die die Wahlen gewinnende Partei BSP bevorzugte eine auf einer breiteren Koalition basierende Regierung bis hin zur Schaffung einer „großen Koalition“. Die Führer der SDS lehnten den Vorschlag ab und beharrten auf der Strategie der Konfrontation. Kraftlos irgendeine Entscheidung zu blockieren, die eine einfache Mehrheit verlangte, boykottierten die Abgeordneten der SDS die Parlamentssitzungen und riefen zu Massenprotesten auf. Zwischenzeitlich sank das in die Regierung der BSP gesetzte Vertrauen dramatisch, und am 29. November 1990 trat die Regierung zurück. Der Hauptgrund für diesen Rücktritt war der starke parlamentarische wie außerparlamentarische Druck gegen die Regierung. Die SDS nutzte die Situation als willkommene Gelegenheit zu einer radikalen Veränderung der Machtverhältnisse. Die Taktik

¹⁰⁰ Ismayr, W. (2010), S. 684

der „Radikalen“ war erfolgreich, der Erfolg im Sturz der Regierung der Sozialistischen Partei führte die SDS allerdings zu einem großen Kompromiss: Die BSP beharrte auf einem neuen Abkommen, das die Bildung einer neuen Regierung sowie die Neuansetzung von Wahlen für Mai 1991 beschloss. Der Rechtsanwalt Dimitar Popow, der keiner politischen Partei angehörte, wurde Ministerpräsident. Am 20. Dezember 1990 bildete er eine Regierung, in der die wichtigsten wirtschaftlichen Stellen den Vertretern der SDS zur Verfügung gestellt wurden; das Finanzministerium wurde von Iwan Kostow geleitet. Trotz der Verzögerung, der Ängste und der Widerstände begann die Wirtschaftsreform im Februar 1991 als vielleicht mutigster Anfang in Osteuropa. Sie umfasste eine fast vollständige Liberalisierung der Preise, des Handels und der Devisenregelungen, eine deutliche Erhöhung der Zinssätze und die Einführung flexibler Wechselkurse. Der Einfluss des Mitte-Rechts-Denkens wurde deutlich. Zwischenzeitlich erlitt die SDS einen harten Schlag, dessen Höhepunkt im Mai stattfand, als eine Gruppe radikaler Mitglieder der SDS auf einer Auflösung der Nationalversammlung und Neuwahlen vor der Annahme einer neuen Verfassung beharrten. Am 15. Mai verließen 39 Abgeordnete, die später als „die Gruppe der 39“ bekannt wurden, die Parlamentssitzungen in direkter Konfrontation nicht nur mit der Mehrheit der Sozialistischen Partei, sondern auch mit der Mehrheit der Fraktion der SDS. Trotz ihres verzweifelten Widerstands und der neuen Welle von Massenprotesten wurde die neue Verfassung am 12. Juli 1991 gebilligt. Die organisatorische Spaltung der Koalition schien unvermeidlich. Am Vorabend der Neuwahlen, die schließlich im Oktober durchgeführt wurden, zerbrach die antikommunistische Koalition in mehrere Formierungen, die sich jeweils entschieden, selbständig an den Wahlen teilzunehmen.

Im Unterschied zu den Wahlen zur Großen Nationalversammlung mit 400 Abgeordneten im Jahr 1990 wurde eine Nationalversammlung durch die zweiten freien Wahlen in Bulgarien mit 240 Abgeordneten gewählt. Die SDS gewann 34,36 Prozent der Stimmen (110 Abgeordnete); die BSP wurde als zweite Partei mit 33,14 Prozent und 106 Abgeordneten gewählt; die DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten) war an dritter Stelle mit 7,55 Prozent und 24 Abgeordneten. Obwohl die Sozialisten die Mehrheit verloren, war der Sieg der SDS nicht uneingeschränkt; diese hatte keine Mehrheit zur Bildung einer eigenen Regierung und musste mit der DPS eine Koalition bilden. Die größte Überraschung der Wahlen war die Tatsache, dass sämtliche sich von der SDS abspaltenden Formationen weniger als vier Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnten. Die neue Regierung der SDS, geleitet von Filip Dimitrow, war die erste nichtkommunistische Regierung nach dem

Zweiten Weltkrieg. Als Folge ihres Rechts zur Gesetzesinitiative wurde ein Gesetz über die Rückgabe großer städtischer Immobilien und die Wiederherstellung des Privateigentums an landwirtschaftlichen Flächen gebilligt. Die Restitution des Staatseigentums in den Städten führte zur Förderung der Privatwirtschaft. In der Außenpolitik machte die Regierung eine scharfe Kurve in Richtung Annäherung an die USA und Westeuropa. Zudem gab es auch einen erfolgreichen Anfang des Prozesses der europäischen Integration: *„Die Erfolge der Regierung Dimitrov lagen eher im außenpolitischen Bereich und zeigten sich beispielsweise darin, dass Bulgarien im Mai 1992 in den Europarat aufgenommen wurde.“*¹⁰¹ Jedoch wurden die Kräfte, die der ersten nicht-kommunistischen Regierung widerstanden, allmählich stärker. Insgesamt mangelte es der SDS-Regierung an Kompetenz und an gut ausgebildeten und loyalen Beamten im öffentlichen Dienst. Die Regierung verfügte über eine begrenzte Auswahl an qualifizierten Kräften, die die alte "rote" Nomenklatur ersetzen sollten. Die persönlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung waren häufig. Die Führer von SDS und DPS konnten sich nicht darauf einigen, wie die wirtschaftlichen Reformen fortzusetzen waren, weshalb sich deren Beziehungen kontinuierlich verschlechterten. Im Oktober 1992 ging Ministerpräsident Filip Dimitrow das Risiko ein, ein Vertrauensvotum zu verlangen. Er erwartete, dass alle seine Kritiker außerhalb der BSP – wenigstens im Parlament – schweigen oder mit „Ja“ stimmen würden. Die Ergebnisse aus der geheimen Wahl legten offen, dass nicht nur die Abgeordneten von BSP und DPS, sondern auch manche der SDS mit „Nein“ gestimmt hatten. Der Präsidentenberater Ljuben Berow wurde zum Ministerpräsidenten nominiert. Die neue Regierung erhielt die Zustimmung aller Abgeordneten von DPS und BSP sowie von rund 20 Abgeordneten der SDS.

Politisch wurde die neue Regierung von Ljuben Berow von allen Seiten unter Druck gesetzt, die Regierung wurde zur Geisel der taktischen Kämpfe zwischen den Parteien. Es wurde klar, dass die neuen Wahlen erst dann geplant werden würden, wenn es für die Sozialisten günstig war. Zwischenzeitlich lösten die schwachen staatlichen Institutionen viele negative Tendenzen aus, beispielsweise ein wirtschaftliches Chaos, die Beherrschung der Gesetzgebung von Unternehmensinteressen, illegalen Export und organisierte Kriminalität. Genervt von den unerwarteten Entwicklungen wurde die SDS sowohl durch parteiinterne Konflikte als auch durch parlamentarische Ineffizienz erstickt.

¹⁰¹ Roth, M. (2005), S. 69

Der Ministerpräsident war lediglich hilfloser Zuschauer der Situation bis zum Herbst 1994, als er seines Amtes enthoben wurde. Die Sozialisten berechneten genau die Zeit für vorgezogene Wahlen, die Mitte-Rechts-Parteien verloren einen Großteil ihrer Kraft und Popularität und niemand war verwundert, dass die BSP eine absolute Mehrheit mit 125 Abgeordneten gewann; die SDS war an zweiter Stelle mit 68 Abgeordneten. Nach dem Rücktritt von Filip Dimitrow wurde die SDS von Iwan Kostow geleitet. Der neue Führer war sich bewusst, dass die Union viele Schwächen hatte, und er war fest entschlossen, den negativen Tendenzen, die den Mitte-Rechts-Raum seit seiner Bildung verfolgten, Einhalt zu gebieten. Iwan Kostow beschäftigte sich selbst mit der peinlichen und allmählichen Reformierung, um die antikommunistische Koalition in eine Partei zu verwandeln. Die Parlamentswahlen Ende 1994 wurden von der BSP überzeugend gewonnen, weil die meisten der bulgarischen Bürger von den Versprechen der Linken von Sicherheit, neuen Arbeitsstellen und höheren Löhnen gelockt wurden. Im Jahr 1994 wurde die Nostalgie nach dem Kommunismus wiedergeboren. Mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament bildete die BSP eine neue Regierung, geleitet durch den Parteiführer Schan Widenow. Bereits Mitte 1995 warnten manche Experten davor, dass die in der Wirtschaft angewandten Methoden nur ein Versuch seien, der zentralen Planung zur Rückkehr zu verhelfen, was in eine Katastrophe münden würde. Dennoch waren fast alle von dem Zusammenbruch überrascht. Ausländern wurde verboten, Land zu besitzen, und die Führer der BSP demonstrierten ihre Feindseligkeit gegenüber dem Verkauf von bulgarischem Land an Ausländer auf sehr offene und unverblünte Weise. Die Gesetzgebung wurde dahingehend geändert, dass die bulgarischen Migranten in ihr Heimatland nicht investieren konnten. Manche multinationalen Konzerne verlagerten ihre Produktionskapazitäten außerhalb des Landes. „*The BSP is making every effort to keep foreign competition out of the Bulgarian market*“¹⁰². Bulgarien, einst ein vielversprechender wachsender Markt, verwandelte sich schnell in eine Wüste für Investitionen. Die Nahrungsmittelpreise stiegen. Der Brotpreis brach alle Rekorde und stieg um das Siebenfache im Jahr 1996 Die Preise für Kraftstoff und Heizöl verfünffachten sich. Der Lebensstandard sank um 75 Prozent als Folge der Versuche, einen Schritt zurück in die "gute alte Zeit" zu machen. Das Schlimmste aber sollte noch kommen: Im Sommer 1996 hatten alle das Gefühl, dass das Bankensystem erschüttert würde. Die einzige Weise, den Zusammenbruch zu vermeiden, war die unbegrenzte Refinanzierung durch die Bulgarische Nationalbank. Der Regierung fehlte es an Mut, den Wirtschaftsunternehmen mit den größten

¹⁰² Bertelsmann Transformationindex, BTI 2003, Bulgaria Country Report 2003, S.3

Verlusten Kredite abzusagen. Kein bedeutender Privatisierungsvertrag wurde abgeschlossen. Fünfzehn Banken kündigten eine geringe Liquidität an und wurden unter staatliche Aufsicht gestellt. Millionen von Anlegern verloren das Recht, mit ihrem Vermögen zu operieren. Es ging eine Bank nach der anderen insolvent. Die Bulgaren sollten die bittere Erfahrung der Hyperinflation erleben – ein Phänomen, das bislang nur aus Filmen und Büchern bekannt war. Die große Mehrheit der Bevölkerung glaubte daran, dass früher oder später „der Staat alles gut machen wird“. Die darauf folgenden Panik- und Schockzustände waren beispiellos in der ganzen bulgarischen Geschichte. Nach Monaten von Spannungen in der Gesellschaft gingen die Menschen auf die Straßen. Sie forderten Wahlen und schnelle Wirtschaftsreformen. Am 3. Januar 1997 wurde die erste Kundgebung in der Hauptstadt Sofia organisiert, aber dieses Mal verbreiteten sich die Proteste im ganzen Land. *„Als die Parlamentsmehrheit keine Bereitschaft zu Neuwahlen zeigte, stürmte eine aufgebrachte Menschenmenge am 10. Januar 1997 das Parlament. Es bedurfte jedoch noch vieler Demonstrationen, ehe die Sozialisten die Bühne verließen¹⁰³“*.

Am 4. Februar erklärte der Führer der Opposition und zukünftiger Ministerpräsident Iwan Kostow, dass die BSP mit vorgezogenen Wahlen im April 1997 einverstanden sei. Die Ergebnisse bestätigen die entscheidende Veränderung in der Einstellung der Bulgaren: ODS gewann die absolute Mehrheit mit 135 Abgeordneten, was das beste Ergebnis bei Parlamentswahlen seit 1989 darstellte. Unter der neuen Regierung bewältigte Bulgarien die Wirtschaftskrise, wobei eine finanzielle Stabilität sowie eine niedrige Inflation erreicht wurden. Die Regierung von Iwan Kostow war die erste Regierung, die es geschafft hat, eine ganze Legislaturperiode im Amt zu bleiben. Die vorgezogenen Wahlen im April 1997 bescherten der ODS eine satte Mehrheit im Parlament, die der Regierung Iwan Kostows erlaubte, viele aufgegebene Reformpläne weiterzuführen. Es war das erste Mal seit 1989, dass die Demokraten die Mehrheit im Parlament besaßen. In erstaunlich kurzer Zeit kehrte das Land zur Normalität zurück. Die Währung wurde stabilisiert, nachdem sie an die Deutsche Mark gebunden worden war. Außenpolitisch strebte Kostows Regierung nach einer wachsenden Annäherung an die EU und die USA. Die Regierung führte Strukturreformen und Privatisierungen durch, als Ergebnis dieser Schritte dominierte der Privatsektor zunehmend die Wirtschaft Bulgariens. Im Jahr 2000 stiegen die internationalen Investitionen zu Rekordhöhen. Bulgarien bestimmte klare Prioritäten in seiner Außenpolitik, die von den meisten Bulgaren unterstützt wurden. Die ständigen Bemühungen und das Streben nach

¹⁰³ Brahm, H. (1997), S. 11.

einem Beitritt in die EU und in die NATO gaben konkreten Anlass zur Hoffnung und zerstreuten alle Zweifel über "den Weg Bulgariens" für die kommenden Generationen. Die Regierung Kostows wurde die erste Regierung in der postkommunistischen Zeit Bulgariens, die eine volle Amtszeit abschließen konnte. Sie widerstand manch äußeren wirtschaftlichen Erschütterungen und der Ministerpräsident, der Stabilität in der Krisenregion Südosteuropa erreichen konnte, freute sich über die internationale Anerkennung. Die wirtschaftlichen und politischen Leistungen der Regierung schafften ideale Voraussetzungen um wiedergewählt zu werden, oder schlimmstenfalls einen minimalen Verlust zu erleiden. „*At the end of its four-year mandate, the SDS government had certainly attained some success, with the start of some important socio-economic reforms, and foreign policies achievements such as Bulgaria's advance to NATO membership and EU-accession.*“¹⁰⁴ Bei den Wahlen im Juni 2001 war das aber nicht der Fall, die Regierungskoalition wurde von der zwei Monate vor dem Urnengang gegründeten Nationalen Bewegung Simeon der Zweite (NDSV) besiegt. Der aus dem Exil zurückgekehrte Ex-Monarch Simeon von Sachsen-Coburg und Gotha und sein spektakulärer Wahlsieg mit fast 43% Prozent der Wählerstimmen waren bemerkenswert. „*In 2001, Bulgarians witnessed the next round of parliamentary elections, which were characterised by a unique phenomenon in post-Communist Europe: the landslide victory of a political movement “assembled” in the last minute*“¹⁰⁵. ODS und BSP konnten lediglich 18 respektive 17 Prozent für sich verbuchen, während DPS nur 7,45 Prozent erreichte. Eine große Rolle für die Wahlergebnisse spielte der ehemalige König mit seinem populistischen Hauptslogan, der lautete, dass seine Regierung innerhalb von 800 Tagen einen spürbar verbesserten Lebensstandard für alle Bulgaren schaffen werde. „*Es muss in Betracht genommen werden, dass populistische Akteure einen größeren Wert auf Versprechen als auf reale Taten legen. Sie streben nicht danach, eine mit Gewalt verbundene Reaktion in der benachteiligten Bevölkerung hervorzurufen, sondern lediglich schnell öffentliches Vertrauen zu gewinnen*“¹⁰⁶.

Ein ehemaliger König wurde zum ersten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt, was für Europa einzigartig war. Dadurch wurde die neue Koalitionsregierung von NDSV und DPS gebildet. „*At the 2001 Parliamentary elections, the political scene witnessed a new formation which managed to win half of the National Assembly seats and to form a governing coalition*

¹⁰⁴ Karasimeonow, G. (2004), S.41

¹⁰⁵ Karasimeonow, G. (2004), S.43

¹⁰⁶ Skolkay, A (2000), s.3

*government with the DPS.*¹⁰⁷ “ Diese Regierung ließ im Zeitraum 2001-2005 das bisherige bipolare bulgarische Regierungsmodell verschwinden. Als junge Partei hob die NDSV die traditionelle Konfrontation zwischen Kommunisten und Antikommunisten auf und konzentrierte sich auf pragmatische politische Botschaften. Die finanzielle und wirtschaftliche Stabilität wurde fortgesetzt, folglich wurden die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert. Bulgarien wurde in die NATO aufgenommen, wodurch das Land zum ersten Mal nach der Wende zum Mitglied einer politischen und militärischen Allianz demokratischer Staaten wurde. Hierbei handelte es sich um die zweite Regierung, die seit 1989 eine volle Amtszeit absolvieren konnte. Während dieser Amtszeit (2001-2005) hat Bulgarien die beiden wichtigsten Ziele in seiner neueren Geschichte erreicht, nämlich die Mitgliedschaft in der NATO und die Unterzeichnung der EU-Mitgliedschaft. Die auf junge, aktive Menschen zugeschnittene Politik war eine nachhaltige Priorität. In der Konsequenz sind viele Bulgaren, die im Ausland lebten, ins Heimatland zurückgekehrt. Dennoch konnte die Regierung der NDSV ihre anspruchsvollen Wahlversprechen nicht erfüllen, den Lebensstandard der bulgarischen Bevölkerung deutlich zu verbessern. Dies führte zum Rückgang ihrer Popularität und zum Verlust des öffentlichen Vertrauens. Die Parlamentswahlen im Jahr 2005 waren eine kategorische Bestätigung der Veränderungen im bulgarischen Parteiensystem: Die erste Hauptveränderung war die Pluralisierung und die Fragmentierung des Parteiensystems. Bei diesen Wahlen haben die Wähler das Modell des Parteiensystems mit einer dominierenden hegemonialen Partei abgelehnt, wie zum Beispiel BSP und SDS bis 2001 und ihre populistische Alternative NDSV von 2001 bis 2005. Wie in der unten geführten Tabelle zu erkennen ist, waren in der 40. Volksversammlung insgesamt sieben große politische Parteien und Koalitionen vertreten.

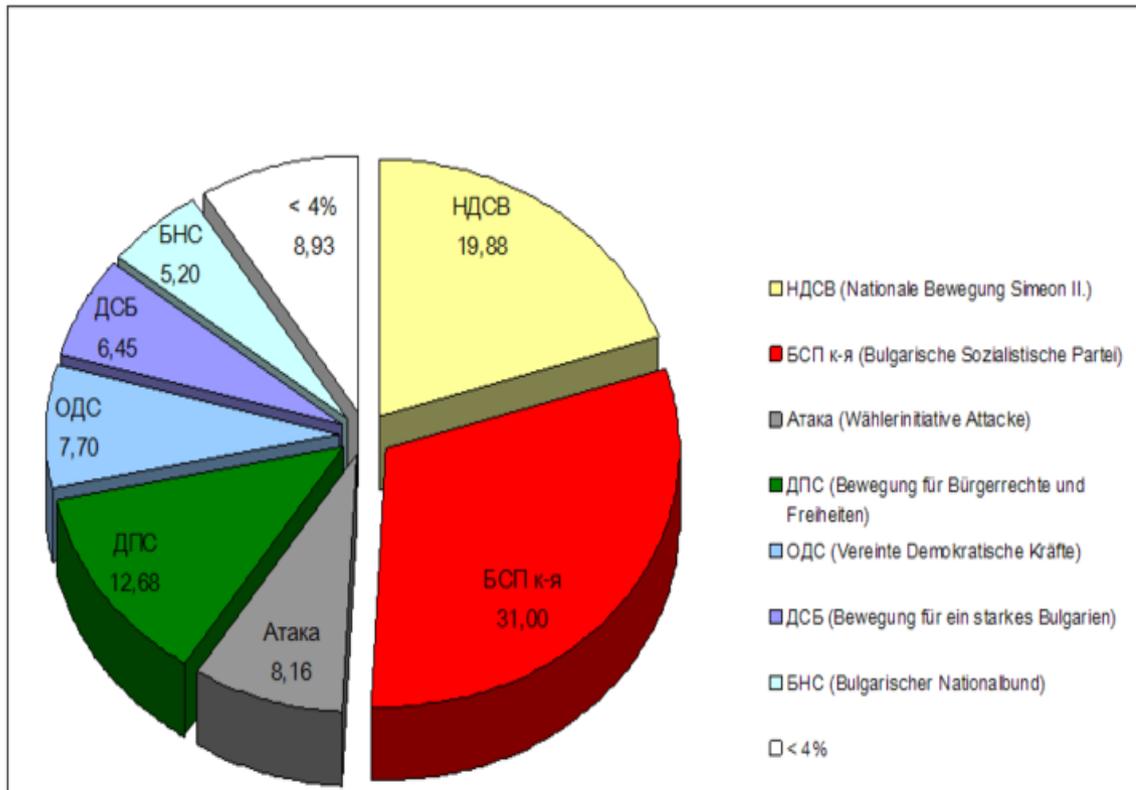
Abbildung 5: Parlamentswahlen 2005 in Bulgarien

Quelle:http://www.google.de/imgres?imgurl=http%3A%2F%2Fupload.wikimedia.org%2Fwikipedia%2Fde%2Fthumb%2Fb%2Fba%2FParlamentswahlen_Bulgarien_2005.png%2F330px-Parlamentswahlen_Bulgarien_2005.png&imgrefurl=http%3A%2F%2Fde.wikipedia.org%2Fwiki%2FWahlen_in_Bulgarien&h=248&w=330&tbnid=kNrH9HDIQjBk1M%3A&zoom=1&docid=9tQBrr04BK3M&ei=JRpV VbelCMGwsQGy6YGAAQ&tbm=isch&iact=rc&uact=3&dur=469&page=3&start=38&ndsp=20&ved=0CKkBEK0DMCw; letzter Zugriff 10.04.2015

¹⁰⁷ Karasimeonow, G. (2004), S.53

Parlamentswahlen 2005

vorläufiges amtliches Ergebnis anhand 97.51% der abgegebenen Stimmen (in %)



Die zweite wichtige Änderung war der starke Rückgang der Wahlbeteiligung im Vergleich zu den früheren Wahlen: 45 Prozent der Wähler entschieden sich als Ergebnis ihrer Unzufriedenheit mit der Partielite und der Rolle der Parteien gegen den Urnengang. Derart haben die Wähler ihr Misstrauen den Parteien gegenüber demonstriert und sich gleichzeitig mit keiner der Parteien wirklich identifiziert. Die dritte große Änderung war die Erscheinung der Koalition „Ataka“ („Angriff“), der ersten radikalen, nationalistischen, populistischen Formation im bulgarischen Parlament, die sich zu einem späteren Zeitpunkt in eine Partei verwandelte. Das Wahlergebnis von Ataka spiegelte die öffentlichen Stimmungen und Reaktionen wider, die mit dem Protest gegen die politischen Fehler und Strapazen des Übergangs nach 1989 verbunden waren. Ataka war die größte bisherige Herausforderung gegen die demokratischen Grundwerte, einschließlich Verfassungsbestimmungen in Bezug auf den ethnischen Frieden, und die außenpolitischen Hauptprioritäten des Landes. Im

Programm und vor allem in den Äußerungen des Führers, Wolen Siderow, gab es offensichtlich rassistische und fremdenfeindliche Appelle, die das ethnische Modell des toleranten Zusammenlebens untergruben. Gleichzeitig erregten diese Äußerungen in einem Teil der bulgarischen Bevölkerung Gefühle gegen Minderheiten wie Roma und Türken und auch gegen die geopolitische Orientierung des Landes und die Aufnahme in die Europäische Union. Zum ersten Mal in der Geschichte Bulgariens erlangte eine solche Bewegung parlamentarische Repräsentation und entsprechende Plattformen für ihre Auftritte. Die vierte große Änderung war die Bildung einer neuen Regierung als eine Drei-Parteien-Koalition zwischen BSP, NDSV und DPS. Die Notwendigkeit, eine Koalitionsregierung zu bilden, war eine Folge der Fragmentierung des Parteiensystems und der Nichtbereitschaft der Wähler, für eine hegemoniale Partei zu stimmen.

Zum ersten Mal seit 1989 erschien eine neue Art von Dialog und Kompromiss, vor allem zwischen den Parteien, die im Wahlkampf Gegner waren. Deswegen war der Prozess der Regierungsformierung schwierig, langwierig und von Krisenzeiten begleitet. Der Hauptfaktor, der sie schließlich „zusammengeführt“ hat, war die bevorstehende Mitgliedschaft Bulgariens in der Europäischen Union und die Notwendigkeit, eine politische Krise zu vermeiden, falls die Regierung nicht gebildet worden wäre. *„Als wichtigste Aufgabe formulierte das neue Kabinett unter Sergej Stanishev den Beitritt Bulgariens in die Europäische Union für den 1.1.2007¹⁰⁸“*. Auf diese Weise bekam die Regierung eine außergewöhnlich große parlamentarische Unterstützung.

3.3 Der Staatspräsident

Zu den wichtigsten politischen Akteuren zählt auch der bulgarische Staatspräsident. Der Präsident ist das Staatsoberhaupt Bulgariens. Er verkörpert die Einigkeit Bulgariens und repräsentiert den Staat auf internationaler Ebene. Der Präsident wird durch den Premierminister in seinen Aufgaben unterstützt und wird direkt von den Wählern für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Die maximale Amtszeit des Staatsoberhauptes Bulgariens beträgt zehn Jahre, denn nur eine Wiederwahl ist möglich.

Als Kandidat für das Präsidentenamt kann jede(r) von Geburt an bulgarische(r) StaatsbürgerIn gewählt werden, der/die mindestens 40 Jahre alt ist, die Bedingungen für

¹⁰⁸ Ismayr, W. (2010), S. 692

eine/n Parlamentsabgeordnete/n erfüllt und in den letzten fünf Jahre im Land gelebt hat, gewählt werden.

Um Präsident zu werden, muss der Bewerber mehr als die Hälfte aller realen Stimmen bekommen haben, wenn mehr als 50 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung an den Wahlen teilgenommen haben. Hat keiner von den Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht, finden neue Wahlen innerhalb einer Woche statt, wobei die beiden Präsidentschaftskandidaten mit den meisten Stimmen im Wettbewerb stehen. Das Rennen um die bulgarische Präsidentschaft findet nicht früher als drei Monate und nicht später als zwei Monate statt, bevor die Amtszeit des aktuellen Staatspräsidenten abläuft. Im Falle etwaiger Regelwidrigkeiten hinsichtlich der Wahl eines Staatspräsidenten werden diese innerhalb von einem Monat nach den Wahlen vor dem Verfassungsgericht gelöst.

Sowohl der Premierminister, als auch der Präsident kann nur einmal wiedergewählt werden. *„Da nur eine Wiederwahl möglich ist, beträgt die maximale Amtszeit des bulgarischen Staatspräsidenten zehn Jahre¹⁰⁹“*. Sie dürfen weder Parlamentsabgeordnete werden, noch sich an anderen staatlichen, öffentlichen oder wirtschaftlichen Aktivitäten beteiligen. Sie haben auch kein Recht darauf, an der Leitung politischer Parteien teilzunehmen. Bevor die Gewählten für die Posten Präsident und Premierminister Bulgariens ihre Arbeit aufnehmen, müssen sie vereidigt werden. Der Eidspruch lautet: *„Ich schwöre im Namen der Republik Bulgarien, die Verfassung und die Gesetze des Landes zu befolgen und in allen meinen Handlungen die Interessen des Volkes Bulgariens zu wahren. Ich habe geschworen.“¹¹⁰*

Die Amtszeit des Präsidenten kann in einem der folgenden vier Fälle frühzeitig beendet werden: durch Einreichung eines Rücktritts vor dem Verfassungsgericht, durch dauerhafte Dienstunfähigkeit aufgrund einer Erkrankung, aufgrund einer Gesetzesverletzung oder eines Positionsmissbrauchs sowie durch Tod. In allen o.a. Fällen übernimmt der Premierminister die Funktionen des Präsidenten. Wenn dies auch nicht gegeben ist, wird die Funktion des Präsidenten auf den Vorsitzenden der Nationalversammlung übertragen. Die Wahlen für den neuen Präsidenten werden unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten durchgeführt.

Der Präsident Bulgariens legt die Parlaments- und Kommunalwahlen fest und bestimmt das Datum für ein Nationalreferendum, sofern eine Entscheidung dafür von der Nationalversammlung getroffen wurde. Das Staatsoberhaupt Bulgariens richtet Ansprachen

¹⁰⁹ Ismayr, W. (2010), S. 681.

¹¹⁰ Verfassung der Republik Bulgarien vom 12. Juli 1991.

sowohl an das Volk als auch an die Nationalversammlung. Er hat auch die Pflicht internationale Verträge zu unterzeichnen, sofern diese per Gesetz beschlossen wurden. Ferner ist der Präsident für die Veröffentlichung der Gesetze verantwortlich und verfügt über die Autorität, Veränderungen in den Grenzen und Zentren der administrativ-territoriellen Einheiten des Landes aufgrund von Vorschlägen des Ministerrats festzulegen. Zu seinen Funktionen gehört auch die Dienstkündigung der Leiter der diplomatischen Vertretungen und der ständigen Vertreter Bulgariens in internationalen Organisationen.

Zu den Aufgaben des Präsidenten Bulgariens gehört auch die Auszeichnung von Bürgern mit Ehrenzeichen für besondere militärische, künstlerische, wissenschaftliche und andere Verdienste. Er kann auch die bulgarische Staatsangehörigkeit gewähren, entziehen oder wiederherstellen, Asyl gewähren sowie Amnestie und Schuldenerlasse erlassen.

*Wesentlich mehr Kompetenzen spricht die Verfassung dem Staatspräsidenten in den Bereichen nationale Sicherheit und internationale Beziehungen zu: Nach Artikel 100 ist er Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er verkündet in Übereinstimmung mit dem Gesetz und auf Vorschlag des Ministerrats die allgemeine Mobilisierung bzw. Teilmobilisierung der Streitkräfte und kann unter bestimmten Voraussetzungen den Kriegszustand, das Kriegsrecht oder einen anderen Ausnahmezustand erklären, wenn die Nationalversammlung nicht tagt*¹¹¹.

Nach dem Sturz von Todor Schiwkow wurde am 17. November 1989 Petar Mladenow zum neuen Staatspräsidenten ernannt. „*One of the two key leaders of the internal party coup against Zhivkov was Petar Mladenov, who eventually was selected by the Communist Party of Bulgaria to be the Secretary General of the party and who, with the Communist Party's support, was elected president of Bulgaria by the People's Assembly*¹¹²“. Eine besonders wichtige Entscheidung war die Wahl des Oppositionsführers Schelju Schelew zum Präsidenten des Landes im August 1990. Er wurde mit den Stimmen von 284 der 389 anwesenden Abgeordneten der Großen Nationalversammlung zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Das war ein bedeutender Schritt zur formalen Zerstörung des Parteimonopols durch die Übernahme des wichtigsten Postens im Staat von einem Vertreter der Opposition, was ebenfalls ein wichtiger Beweis für die Wirkung der neuen Parteien auf den politischen

¹¹¹ Ismayr, W. (2010), S. 682.

¹¹² Linz, J. , Stepan, A. (1996), S. 337.

Prozess ist. Der Präsident Schelew tat viel, um für das Vertrauen des Landes zu werben und Bulgariens Stellung und Ansehen in Europa zu fördern.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen fanden am 27. Oktober (erste Runde) und am 3. November (zweite Runde) 1996 statt. Nach innerparteilichen Wahlen wurde Petar Stojanow als Bewerber der SDS ausgewählt. Das Verfassungsgericht beschloss, dass die Kandidatur des Bewerbers der BSP, Georgi Pirinski, nicht legitim war, weil er die doppelte Staatsbürgerschaft (bulgarisch und US-amerikanisch) besaß. Dies stellte das nächste große Hindernis für die BSP dar und verstärkte das konsequente Problem in den Parteilisten. Zum BSP-Kandidaten wurde der nur wenig bekannte Kunstprofessor Iwan Marazow gewählt. Sieger wurde Petar Stojanow, der die Wahlen durch seine überzeugenden außenpolitischen Schwerpunkte gewann, wobei er großen Wert auf eine möglichst rasche NATO-Mitgliedschaft Bulgariens legte.

Bei den nächsten Präsidentschaftswahlen Ende 2001 unterlag der amtierende Präsident Petar Stojanow seinem Herausforderer Georgi Parwanow, der zuvor Parteivorsitzender der BSP gewesen war. Genau wie sein Vorgänger überzeugte Parwanow im Wahlkampf durch seine Pläne im Bereich der Außenpolitik und war kurz vor der Wahl einer der populärsten Politiker in Bulgarien. *„Nach seiner Wahl versprach der Kandidat der BSP, Georgi Parvanov, Kontinuität und erklärte die Mitgliedschaft in der EU und der NATO zum strategischen Ziel. Am 22. Januar 2002 trat Parvanov sein Amt als Präsident Bulgariens an.“*¹¹³ Sein Hauptopponent Petar Stojanow zog sich nach seiner Niederlage aus dem politischen Leben zurück. Es ist wichtig hier zu erwähnen, dass die SDS und die BSP alle politischen Ebenen von 1989 bis 2001 dominierten. Das gilt nicht nur für die Parlamentswahlen, sondern auch für Präsidentschaftswahlen, wie in der folgenden Tabelle demonstriert wird.

Abbildung 6: Die Staatspräsidenten Bulgariens seit 1990

Quelle: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. 3. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Wien, 2010.

¹¹³ Roth, M. (2005), S. 73

Tabelle 1: Die Staatspräsidenten Bulgariens seit 1990

Amtsantritt	Staatspräsident	Partei	Wahl	Wahlergebnis
3.4.1990	Petăr Mladenov	BKP/ BSP	9. (35.) Nationalversammlung mit 400 Abgeordneten; Rücktritt: 5.7.1990	Mehrheit vor den ersten freien Parlamentswahlen
1.8.1990	Željko Želez; stellv.: Atanas Semerdžiev	UDK BSP	7. Große Nationalversammlung mit 400 Abgeordneten (nach freien Parlamentswahlen)	284 Ja-Stimmen von 389 anwesenden der insg. 400 Ab- geordneten
19.1.1992	Željko Želez; stellv.: Blaga Dimitrova	UDK	Präsidentschaftswahlen am 12.1. und 19.1.1992	52,8% gegen 47,2% für Velko Vălkanov (partellos, BSP-Kandidat)
19.1.1997	Petăr Stojanov; stellv.: Todor Kavaldžiev	VDK	Präsidentschaftswahlen am 27.10. und 3.11.1996	59,7% gegen 40,3% für Ivan Marazov (BSP)
19.1.2002	Georgi Părvanov stellv. Angel Marin	BSP	Präsidentschaftswahlen am 11. und 18.11.2001	53,0% gegen 47,0% für Petăr Stojanov (VDK)

BKP Bulgarische Kommunistische Partei
 BSP Bulgarische Sozialistische Partei
 UDK Union der Demokratischen Kräfte
 VDK Vereinigte Demokratische Kräfte (= UDK u.a.)

Georgi Parwanow war im Oktober 2006 klar für eine zweite Amtszeit gewählt worden. Bei seiner Wiederwahl gewann er gegen den Vorsitzenden der nationalistischen Partei ATAKA, Wolen Siderow. Parwanow profitierte vom Wahlerfolg der BSP bei den Parlamentswahlen 2005 und damit ließ er seinen nationalistischen und EU-feindlichen Herausforderer Wolen Siderow klar hinter sich. Während seiner Amtszeit wurde aber bekannt, dass Parwanow ein inoffizieller Mitarbeiter der bulgarischen Staatssicherheit war.

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Bulgarien im Oktober 2011 gewann der Kandidat der Partei GERB, Rossen Plewneliew, bei der Stichwahl gegen den Kandidaten der BSP und ehemaligen Außenminister des Landes Ivailo Kalfin. Plewneliew gewann die Stichwahl am 30. Oktober 2011 mit 52,6 Prozent der Stimmen, wobei die Wahlbeteiligung bei lediglich 48,25 Prozent lag. Der wurde der erste bulgarische Staatspräsident, der kein Vertreter der SDS oder der BSP ist. Plewneliew trat sein Amt am 22. Januar 2012 an, wobei er den vorherigen Präsidenten Georgi Parwanow ablöste.

3.4 Medien

Eine der wichtigsten Aufgaben der Staatssicherheit in der Zeit von 1945 bis 1989 bestand darin, das kulturelle Leben in Bulgarien mit allen seinen Einrichtungen zu kontrollieren und für die reibungslose Einführung der sowjetischen Kulturpolitik zu sorgen. Die bulgarische

Staatssicherheit entwickelte unter der Leitung der BKP und der sowjetischen Berater eine neue Politik, deren Ziel es war, die prosowjetische Kultur zu popularisieren und dadurch das kulturelle Leben zu beeinflussen. Wie in fast allen osteuropäischen Ländern entwickelten die bulgarischen Politiker ein ideologisches und kulturelles System mit stark normativer Grundlage und Zielorientierung, die weit in das Alltags- und kulturelle Leben aller Bürger hineinwirkte. So wurde das Komitee für Hörfunk und Fernsehen 1972 gegründet, das direkt durch die BKP kontrolliert wurde. Das Komitee betrieb die von Moskau vorgeschriebene Politik der absoluten Ablehnung westlicher Kultur. Dadurch wurden die elektronischen Medien streng kontrolliert und dienten der herrschenden Partei. Daher hatte Bulgarien bis 1989 keine Medien im eigentlichen Sinne, da diese nicht zur Aufklärung der Öffentlichkeit dienten, sondern sie waren gezwungen, die Regeln der Zensur zu befolgen und das kommunistische Regime zu unterstützen.

Nach der Wende 1989 löste sich das bulgarische Staatskomitee für Hörfunk und Fernsehen auf. An dessen Stelle traten Bulgarischer Nationaler Hörfunk (BNR) und Bulgarisches Nationales Fernsehen (BNT) 1992, indem die beiden Anstalten von jeglichen ideologischen Eingriffen waren. *„Seit dem Beginn der Systemtransformation hat sich die bulgarische Medienlandschaft grundlegend geändert. Anfangs arbeiteten die elektronischen Medien Radio und Fernsehen noch auf der rechtlichen Basis des Parlamentsbeschlusses vom 22.12.1990. Erst das neue Gesetz über Radio und Fernsehen (Zakon za radioto i televizijata) vom 5.9.1996 sorgte für entscheidende strukturelle Änderungen: Der ständige Ausschuss für Rundfunk und Fernsehen wurde durch einen Nationalen Rat für Radio und Fernsehen NRRF (nacionalen savet za radio i televizija) ersetzt. Seit der Gesetzesnovelle 2001 wird er als Rat für Elektronische Medien bezeichnet (Savet za elektroni medii CEM). Dadurch kann die Regierung bis heute dessen personelle Besetzung bestimmen und direkten Einfluss auf die Leitung des nationalen Fernsehens und Hörfunks nehmen.“*¹¹⁴

Die ersten Errungenschaften der Demokratie, wie die Beendigung der Zensur und der damit verbundene Fall des staatlichen Monopols, waren von größter gesellschaftlicher Bedeutung. Nach langer Unterdrückung der Medienfreiheit waren vor allem die Verfassungsbestimmungen im Art. 39, 40 und 41 aus der neuen bulgarischen Verfassung von 1991 äußerste Wichtigkeit, da dort die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit geregelt wurde:

Artikel 39. (1) Jedermann hat das Recht, seine Meinung zu äußern und sie durch das mündliche oder geschriebene Wort, durch Ton, bildliche Darstellung oder auf eine andere Weise zu verbreiten.

¹¹⁴ Ismayr, W. (2010), s. 714 – s. 715

(2) Dieses Recht darf nicht zur Beeinträchtigung der Rechte und des guten Rufes eines anderen und zum Aufruf zur gewaltsamen Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung, zur Begehung von Straftaten, zur Entfachung von Feindschaft oder zu Gewalt gegen die Person genutzt werden.

Artikel 40. (1) Die Presse und die anderen Masseninformativsmittel sind frei und unterliegen keiner Zensur.

(2) Die Unterbindung und die Konfiszierung einer Presseausgabe oder eines anderen Informationsträgers ist nur auf Grundlage eines gerichtlichen Aktes zulässig, wenn die guten Sitten verletzt werden oder darin Aufrufe zur gewaltsamen Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung, zur Begehung von Straftaten oder zur Gewalt gegenüber Personen enthalten sind. Wenn innerhalb von 24 Stunden keine Konfiskation erfolgt, verliert die Unterbindung ihre Wirkung.

Artikel 41. (1) Jeder hat das Recht, sich Informationen zu besorgen, zu erhalten und zu verbreiten. Die Ausübung dieses Rechts darf sich nicht gegen die Rechte und den guten Namen anderer Bürger sowie gegen die nationale Sicherheit, die gesellschaftliche Ordnung, die Volksgesundheit und die Moral richten.

(2) Die Bürger haben ein Recht auf Information durch staatliche Behörden oder Institutionen über Fragen, an denen sie ein gesetzlich anerkanntes Interesse haben, sofern die Information kein staatliches oder kein anderes gesetzlich geschütztes Geheimnis darstellt oder keine fremden Rechte tangiert.¹¹⁵

Die neuen freien Medien waren ein wichtiger begleitender Faktor für die Anfangsstrukturierung des öffentlichen Bewusstseins. Einige der Vorteile der SDS als führende Oppositionskraft nach der Wende im Jahr 1989 waren mit einigen der wichtigsten Attributen und Ressourcen der normalen Parteitätigkeit verbunden. Abgesehen vom Runden Tisch stellte die Formierung der freien Presse einen der wichtigsten Bausteine für die Entwicklung einer modernen Demokratie dar. Die große Nachfrage nach freiem und unabhängigem Journalismus war eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung vieler Printmedien nach der Wende. Am 1. Februar 1990 wurde die erste Ausgabe der Zeitung „Freies Volk“ veröffentlicht, am 12. Februar die erste Ausgabe der Zeitung „Demokratie“. Die Oppositionsmedien waren ein wichtiger Faktor für die Etablierung der neuen politischen Parteien, insbesondere derjenigen, welche die SDS gebildet haben. Sie halfen der Partei, „politisches Licht“ zu erblicken und die neue öffentliche Meinung zu formieren. Durch deren Printmedien formierte die Opposition die Agenda der öffentlichen Debatten. Durch diese

¹¹⁵ Verfassung der Republik Bulgarien, 1991

Medien hatten die politischen Parteien eine überaus wichtige Funktion inne – nämlich die ideologische Funktion, die unter den Bedingungen des frühen Übergangs zur Demokratie eine sehr wichtige Rolle für die Etablierung des konzeptionellen Pluralismus in der Gesellschaft spielte. Diese Funktion war von entscheidender Bedeutung vor den Wahlen und zum großen Teil hat diese Tatsache die Wahlergebnisse beeinflusst.

Kapitel IV: Zusammenfassung und Ausblick

4.1 Analyse und Interpretation der Experteninterviews

Methodisches Vorgehen

Um die an dieser Stelle formulierte Forschungsfrage umfassend beantworten zu können, bedient sich der Autor im Rahmen der vorliegenden Masterarbeit diverser Primär- und Sekundärquellen unterschiedlicher Ausprägung. Zu den verwendeten Primärquellen zählen dabei vor allem einer Reihe von Beiträgen in Büchern, Zeitschriften, wissenschaftlichen Journals u. a; die einbezogenen Sekundärquellen setzen sich in erster Linie aus relevanten einschlägigen Verordnungen und Gesetze zusammen. Als unabdingbare Ergänzung zur Präsentation und Analyse der o.a. Quellen sind auch insgesamt fünf Experteninterviews zur Anreicherung der Thematik durchgeführt worden: Diese Form des Gesprächs und die Hinzunahme des damit verbundenen kommunikativen bzw. dialogischen Elements dient in erster Linie zur Aufwertung der wissenschaftlichen Arbeit, da die bis dato durchgeführte Recherche durch die Authentizität der geäußerten Analysen samt persönlichen Ansichten und Meinungen sinnvoll ergänzt und ausgeweitet wird. Die aus diesen Interviews gewonnenen Erkenntnisse wurden vollständig transkribiert und leisten einen entscheidenden Beitrag zur vorliegenden Masterarbeit. In Hinblick auf die Auswahl der Interviewpartnern ist der Versuch unternommen worden, ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher vertretener Meinungen zur behandelten Thematik zu berücksichtigen, um letztere aus zahlreichen verschiedenen Blickwinkeln untersuchen zu können. Im Folgenden findet sich eine kurze tabellarische Darstellung der befragten Experten samt zeitlichen wie örtlichen Angaben zum jeweiligen Interviewtermin.

Abbildung 7: Übersicht der durchgeführten Experteninterviews

Quelle: eigene Erarbeitung

Interviewpartner	Termin/Durchführungsort	Thema
Univ.- Prof. Dr. Stefan Troebst	Sonntag, 14. Dezember 2014, 16:00 Uhr / Sofioter Universität St. Kliment Ochridski, 1504 Sofia, Blvd. Zar Osvoboditel 15	Die Wende in Bulgarien aus dem Standpunkt eines fremden Wissenschaftlers
Univ. - Prof. Dr. Iskra Baeva	Montag, 15. Dezember 2014, 12:00 Uhr / Sofioter Universität St. Kliment Ochridski, 1504 Sofia, Blvd. Zar Osvoboditel 15	Die bulgarische Geschichte vor und nach der Wende/ Entwicklung und Rolle der BSP im bulgarischen Übergang
Univ. -Doz. Dr. Anna Krasteva	Donnerstag, 8. Januar 2015, 15:00 Uhr / Die Neue Bulgarische Universität, 1618 Sofia Montevideostr. 21	Die wichtigsten politischen Akteure und die wichtigsten Ereignisse im bulgarischen Übergang
Ivan Krastev	Sonntag, 1. Februar 2015, 14:00 Uhr / Videogespräch zwischen Wien und Sofia	Die Demokratie in Bulgarien / Verlierer und Gewinner der Wende / Populismus in Bulgarien
Vili Lilkov	Mittwoch, 11. Februar 2015, 20:00 Uhr / Parteizentrale der Partei DSB, 1000 Sofia, Blvd. Vitosha 15	Die Rolle der SDS im bulgarischen Übergang und die Entwicklung des rechtskonservativen politischen Raums

Bei den durchgeführten Experteninterviews handelt es sich um eine gängige Methode aus der qualitativen Sozialforschung, die entweder als Grundlage der wissenschaftlichen Abhandlung eines beliebigen Themas oder alternativ auch als Ergänzung bereits generierter Informationen zu diesem Thema fungieren kann. Die Zielsetzung besteht in erster Linie darin, die durch den Autor zu Beginn der Arbeit aufgestellte(n) Hypothese(n) einer fundierten Überprüfung zu unterziehen, um diese im Endeffekt als unterstützende Komponente in der Verifizierung bzw. Falsifizierung der betreffenden Annahmen einzusetzen.

Im Vorfeld der Interviews ist jeweils ein spezifischer qualitativer Gesprächsleitfaden erstellt worden. Hierbei handelt es sich nicht etwa um einen festen Katalog, der allen Interviewpartnern gleichermaßen ohne Rücksicht auf Situation, individuelle Narrationen oder politischen Hintergrund vorgelegt wird, sondern er ist als Instrument zu verstehen, an dem sich der Interviewer im Gespräch orientieren kann und gleichzeitig an die konkrete Situation angepasst werden muss: So zeigte sich etwa im Zusammenhang mit dem betreffenden Forschungsunternehmen, dass es nicht immer möglich war, Fragen in ihrer apriori Fassung der Reihenfolge nach einfach vorzulesen. So kam es in einigen Interviews vor, dass nicht ausreichend Zeit für alle vorab operationalisierten Fragen vorhanden war oder der/die GesprächspartnerIn schlicht kein Interesse an bzw. Kompetenz zur Beantwortung jeder einzelnen Frage hatte.

Der Interviewer hat bei jedem Gespräch versucht, den Dialog im Fluss zu halten, längere Gesprächspausen zu vermeiden und stets Aufmerksamkeit und Interesse zu signalisieren. Diese Signale sind wichtig, um die Redebereitschaft der Interviewpartnern auch während des Gesprächs kontinuierlich aufrechtzuerhalten.

Die Umgebungsgeräusche waren in allen Fällen minimal, sodass Tonbandaufzeichnungen der Gespräche technisch nichts im Wege stand. Alle Interviewpartnern wurden hierfür ausdrücklich um Erlaubnis gebeten und erteilten auch ausnahmslos ihre Zustimmung. Die Gespräche dauerten jeweils zwischen 30 und 45 Minuten, je nach Auskunftsfreudigkeit des/r jeweiligen Befragten/in. Alle Gesprächspartner waren sich unabhängig voneinander einig, dass der Übergang in Bulgarien bereits vorbei sei.

Mit großem Interesse hat der Autor die durchgeführten Interviews zum Thema „Die Wende in Bulgarien“ gelesen und analysiert, im Zuge dessen aufgefallen ist, dass sich viele Aussagen der jeweiligen Befragten durchaus stark unterscheiden und die geäußerten Meinungen oftmals auch trefflich voneinander abweichen. Diese Erkenntnis legt den

Stellenwert einer gründlichen Auswahl der Gesprächspartner nahe, dient sie im Endeffekt doch der Legitimation einer Reihe von Befragungen, die innerhalb eines möglichst breiten Meinungs- und Perspektivenspektrums durchgeführt wurden.

Dies ist nach Ansicht des Autors zum einen auf die jeweilige Herkunft und sowie die persönlichen Erlebnisse, zum anderen eventuell gar auf die unterschiedlichen Bildungsstände bzw. das persönliche Verständnis und die persönliche Bewertung der Situationen vor, während und nach dem politischen Umbruch Bulgariens jeder einzelnen Person zurückzuführen.

Zunächst muss festgehalten werden, dass bei der Beantwortung einzelner Fragen festzustellen ist, was der oder die einzelne Befragte während des in Bulgarien „real existierenden Sozialismus“, der politischen Wende von 1989 und der Zeit danach getan hat oder wo sich diese Person zum besagten Zeitpunkt befand und was während dieser Zeit von jedem einzelnen selbst erlebt und empfunden wurde. In mancherlei Hinsicht spielt hierbei auch die eigene Persönlichkeit der einzelnen Befragten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Natürlich ist es auch von Bedeutung, wo sich die jeweilige Person während dieser Zeit selbst aufgehalten hat: So wurde zum Beispiel in den deutschen Medien sehr wenig über den politischen Umbruch Bulgariens berichtet. Das Hauptaugenmerk lag hierbei eindeutig auf den politischen Umständen im eigenen Land und natürlich beobachtete man auch die damaligen politischen Begebenheiten in der ehemaligen UdSSR, der Tschechoslowakei und in Polen als direkte Nachbarstaaten der ehemaligen DDR und Deutschlands sowie den Umbruch in Ungarn mit viel größerem Interesse. Bulgarien hingegen war wohl allein schon geographisch „zu weit entfernt“, zudem verlief der dortige Umbruch wesentlich „ruhiger“ als etwa jener im Nachbarland, der sozialistischen Republik Rumäniens, der ja bekanntlich mit der Hinrichtung des damaligen Staatsoberhauptes Nicolae Ceaușescu und dessen Frau endete und dementsprechend ein wesentlich größeres Medieninteresse in Europa, wenn nicht weltweit erzeugte, als die „stille Revolution“ Bulgariens. Nur anhand der Berücksichtigung der erläuterten Faktoren ist eine treffende Kontextualisierung der Aussagen jedes einzelnen Interviewpartners / jeder einzelnen Interviewpartnerin möglich.

Nicht unbedeutend war natürlich auch die Situation, in der sich die ehemalige Föderative Sozialistische Republik Jugoslawien zum Zeitpunkt des Jahres 1991 befand. Mit der Zerspaltung der Republik in die verschiedenen einzelnen Länder und dem anschließend ausbrechenden, jahrelang anhaltenden Krieg war natürlich auch hier das Medieninteresse an

einem anderen Balkanland wieder einmal wesentlich größer als an Bulgarien. Hierbei spielte auch, wie im Zuge der Interviews von fast allen Experten festgestellt wurde, auch der Umstand, dass sich in Bulgarien zwar das politische System, nicht aber unbedingt die politische Führung veränderte, eine große Rolle: Während sich in allen anderen Ländern des ehemaligen Warschauer Vertrages die politische Führung von „kommunistischen“ Parteien auf die der vorherigen „Opposition“ änderte, führte in Bulgarien ja bekanntlich weiterhin die ehemalige BKP zumindest für weitere eineinhalb Jahre den politischen Reigen.

Die meisten Befragten waren darüber hinaus der Meinung, dass das bedeutendste Ereignis des bulgarischen Übergangs der Beitritt zur EU war, weil er die externe Anerkennung für Demokratie und Marktwirtschaft in Bulgarien verkörpert. Den befragten Personen zufolge stellten die Parteien die Protagonisten des Übergangs dar; der größte Konflikt auf der politischen Bühne war die Konfrontation zwischen der BSP und der SDS.

Der Autor hat die Zeit der Wende in Bulgarien als Bürger selbst aktiv miterlebt und kann sich gut in diese Thematik hineinversetzen. Dies diente auch als Unterstützung dafür, einige der gestellten Fragen und die daraus resultierenden Antworten besser zu analysieren und die politische Situation in Bulgarien einschätzen, um dementsprechend verschiedene Standpunkte besser verstehen zu können bzw. zumindest im Nachhinein in der Lage zu sein, sich in die aus den politischen Veränderungen resultierenden Lebensumstände der Menschen Bulgariens auch sehr gut hineinversetzen zu können.

Auch während der anschließend gegebenen Antworten der Interviewten auf die Fragen zu den Themen „Politische Wende“ und „Post-Kommunismus“ in Bulgarien sind die oben genannten Unterschiede der Befragten deutlich auszumachen.

Dies wird schon bei der Frage *„Welche waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Akteure [Bulgariens] in den vergangenen 25 Jahren?“* klar ersichtlich. Jeder der Befragten hat hierauf selbstverständlich eine eigene Meinung und beantwortet dies dann dementsprechend auch jeweils mit dem eigenen Verständnis und dem eigenen Standpunkt in Bezug auf den jeweilig eigenen politischen oder beruflichen Hintergrund.

So ist für den einen die Beantwortung dieser Frage eine Sache von einer Minute und man nennt nur eine politische Figur beim Namen, wobei nach Meinung des Autors die Nennung der politischen Figur Solomon Passi als führende Persönlichkeit der letzten 25 Jahre auch ein wenig überspitzt ist.

Andere antworten hierauf sehr ausführlich und es werden die Namen mehrerer Personen genannt. Darüber hinaus werden auch politische Kräfte, Parteien oder gar die Mafia thematisiert. Hierbei ist es sehr interessant zu sehen, dass durchaus Verknüpfungen von postkommunistischen Figuren Bulgariens nach 1989 zu Persönlichkeiten aus der Zeit des real existierenden Sozialismus Bulgariens vor 1989 erkennbar sind, wobei dies meist bei den befragten bulgarischen Staatsbürgern auf diese Art und Weise zu beobachten ist.

Auch bei der Beantwortung der Frage „*Wie schätzen Sie die politische Reife der Bulgaren ein? Wie bewerten Sie die politische Kultur in Bulgarien?*“ ist zu beobachten, wie stark sich die verschiedenen Standpunkte der Befragten unterscheiden. Die Antwort „*Kleptokratie*“ hierauf zu geben ist allerdings nach Ansicht des Autors nicht lediglich überspitzt, sondern schlichtweg falsch. Schaut man sich einmal die Definition des Begriffs *Kleptokratie* an, so muss konstatiert werden, dass diese im vom betreffenden Interviewpartner beschriebenen Ausmaß in Bulgarien nicht stattfindet. Natürlich ist es bekannt, dass den politischen Rängen in Bulgarien das Wort „*Korruption*“ nicht fremd ist, jedoch findet *Bestechung* im eigentlichen Sinne auch in anderen demokratischen Staaten Mittel- und Westeuropas, zum Teil in erheblichem Maße, statt.

Auch stellt sich heraus, dass die Unterschiede bei der Beantwortung der Fragen zum momentanen politischen Stand Bulgariens und der Integration Bulgariens in Europa sehr stark vom jeweiligen sachlichen Verständnis abhängen. Nach Meinung des Autors sind diese gar auf das individuelle persönliche Empfinden der befragten Personen und deren politische bzw. wirtschaftliche berufliche Stellung im Heimatland zurückzuführen.

Hierzu hätte man sicherlich mehr sagen können, da dies ja auch den weiteren Fortlauf der bulgarischen Politik und der Republik Bulgarien an sich stark prägen könnte. Dies stellt ja immerhin die Grundsubstanz einer politischen Macht dar. Vielleicht resultiert diese Beobachtung auch daraus, dass überhaupt nur die bulgarischen Befragten diese Frage als für sich persönlich relevant einstufen. In jedem Fall kann schon seit längerem und auch aktuell noch festgestellt werden, dass der wirtschaftliche Missstand Bulgariens für das Gros der Bevölkerung eine wesentlich größere Rolle spielt als die Beschäftigung mit politischen Akteuren und deren Reife. Nüchtern betrachtet gehen diese Dinge aber sicherlich Hand in Hand, da die wirtschaftlichen Missstände Bulgariens genau auf die wahrscheinlich fehlende politische Reife der Bulgaren zurückzuführen ist oder zumindest eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

„Welche waren die größten Konflikte auf der politischen Szene in Bulgarien während des Übergangs?“ stellt grundsätzlich eine interessante Frage dar, die aber ebenfalls nach Ansicht des Autors nicht tiefgründig genug beantwortet wurde. Mit „links“ und „rechts“ beantwortet man ja nicht unbedingt die Frage, sondern stellt vielmehr eine normale politische Situation dar, die genauso in jeder Demokratie üblicher politischer Umgebung stattfindet. Hier hätte man direkter auf Umstände wie etwa den Einfluss von NGOs / Nichtregierungsorganisationen oder gar von einzelnen Personen eingehen müssen. Wie ja dem überwiegenden Teil der Bulgaren bekannt ist, spielte bzw. spielt die Mafiaorganisation in der Politik Bulgariens nach wie vor eine bedeutende Rolle. Dies ist zwar auch in Ländern wie etwa Italien nicht unbekannt, sollte allerdings in einer Demokratie nicht gang und gäbe sein.

Allerdings muss hier deutlich gesagt werden, dass dies wohl genauso wie das „Phänomen“ der Existenz nach wie vor zahlreicher starker sozialistischer Parteien in einigen Ländern auf dem Balkan, eben am Umstand liegt, dass viele Menschen hier ihre eigene Situation nach der Wende mit jener von vor der Wende vergleichen. Hierbei ist klar festzustellen, dass es vielen Menschen vor der Wende in gewisser Weise besser ging. Jeder im real existierenden Sozialismus hatte ja bekanntlich Arbeit und die Armutsrate in der Bevölkerung war wesentlich geringer bzw. kaum existent.

4.2 Zusammenfassung

Die Transformation vom Kommunismus zur demokratischen Gesellschaft und von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ist ein schwieriger und komplexer Umbruch, der in den seltensten Fällen leicht und reibungslos verläuft. In den letzten 25 Jahren hat Bulgarien einen langen Weg mit vielen Hindernissen zurückgelegt. Es ist aber vor allem viel Rücksicht auf die Geschichte des Staates zu nehmen. Bulgarien stand fast 500 Jahre lang unter osmanischer Besetzung und war dadurch vom kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben Europas isoliert und abgeschnitten. Die Besetzung durch die Osmanen endete im Jahr 1878 und Bulgarien versuchte lange Zeit, eine Demokratie aufzubauen. Der Kommunismus hatte sich in Bulgarien nicht zuletzt deshalb so gründlich etablieren können, weil sich jegliche Form des Widerstands im Allgemeinen als sehr schwierig erwies. Aus diesem Grund hatte Bulgarien eindeutig schlechtere Ausgangsbedingungen als die meisten anderen Staaten in Osteuropa. Rückblickend lassen sich zahlreiche fehlerhafte Entwicklungen im bulgarischen Übergang identifizieren: Am Anfang wollten die alten Machthaber länger an der Macht bleiben. Die BSP

war keine reale sozialdemokratische Partei, sondern die alte kaum reformierte exkommunistische Partei, die die gleichen engen Verbindungen mit dem bulgarischen Staatssicherheitsdienst hatte. Aus diesem Grund fand innerhalb der ersten Jahre nach der Wende auch kein echter Elitenwechsel statt.

In der bulgarischen Gesellschaft gibt es schon lange eine Diskussion darüber, ob der Übergang in Bulgarien bereits abgeschlossen ist oder ob dieser noch andauert. In der bulgarischen Sprache bedeutet das Wort „Übergang/Prechod/Преход“ von Punkt A zu Punkt B zu gelangen, aufgefördert durch eine Notwendigkeit und im Einklang mit dem beabsichtigten Zweck: *“Es dürfte ein Konsens bestehen hinsichtlich des ‘Wende’-Begriffs, der universellen Anspruch hätte. In der Reflexion über die Anwendungsfähigkeit eines solchen Begriffs auf die bulgarischen Verhältnisse zeigt sich, dass ‘Wende’ ein zu Schnelles bedeutet, um der bulgarischen Realität um die Jahrhundertwende 2000 angemessen zu sein. Die historische Semantik der langen Dauer, des Zickzacks-Ablaufs und der ihnen entsprechenden Transformation der dramatischen Spannung zu einer Kette von retardierten Momenten, einer Orientierungslosigkeit in der Politik, chaotisch demografischen Verhältnissen und – dies vielleicht mit dem ‘Wende’-Begriff im Einklang – einer Umwertung wenn nicht aller, so doch der meisten Werte sind im Begriff ‘Übergang’ enthalten¹¹⁶”*. Wenn davon ausgegangen wird, dass die 1990 gesetzten Ziele des Übergangs in Bulgarien die Etablierung der Demokratie und die funktionierende Marktwirtschaft waren, wurde das erste Ziel 1991 mit der Verabschiedung der neuen Verfassung erreicht und im Dezember 1994 bestätigt, wenn wir uns auf den Test von Huntington über den Doppelwechsel beziehen. Für die Realisierung der zweiten Zielsetzung wurde ein wesentlich längerer Zeitraum benötigt, aber auch diese wurde mit der Absegnung der bulgarischen Marktwirtschaft durch die EU allmählich erreicht. Betrachtet man die Materie aus dieser Perspektive, ist der Übergang in Bulgarien vollendet. Natürlich stellt sich die bedeutsame soziologische Frage, ob die Gesellschaft überhaupt akzeptiert, dass der Übergang vorbei ist. Diese Frage lässt sich nicht (nur) auf Basis objektiver Einsichten, sondern in erster Linie anhand der subjektiven Wahrnehmung des Übergangs beantworten. Wenn an die damalige Euphorie in den Tagen um den 10. November 1989 gedacht wird, war die Masse inspiriert und von der Hoffnung beflügelt, dass dasselbe Leben wie im 'Westen' in sehr naher Zukunft existieren würde.

Die Bulgaren waren davon überzeugt, dass sich Industrie, Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit und Sozialsystem weiterentwickeln würden. Die Annahme, dass der Westen der bulgarischen Gesamtentwicklung weiterhelfen würde, stellte sich allerdings als Naivität vieler Bulgaren

¹¹⁶ Burneva, N. (2013), s. 200

heraus: Das Ziel des Westens lag primär in der Beendigung des Kalten Krieges und der Annexion des Ostens auf das westliche System. Heute ist Bulgarien zwar durch die Mitgliedschaft in EU und NATO bereits ein „Teil des Westens“, jedoch befindet sich das Land nach wie vor im ärmsten Teil Europas. Diese Schlussfolgerung gilt definitiv auch für die Verhältnisse innerhalb des Landes. Es stellte sich heraus, dass die bulgarische Oligarchie auf fragwürdige Art und Weise ihre Reichtümer erlangte, allerdings verarmten die meisten Bulgaren nicht, weil sie faul oder unfähig waren, sondern weil sie ihre Arbeitsplätze im Zuge der Deindustrialisierung verloren hatten.

In diesem Kontext will ein Großteil der Bevölkerung heute vor allem deswegen nicht akzeptieren, dass der Übergang bereits abgeschlossen ist, weil dieser ein besseres, würdevolleres Leben für die Menschen in Bulgarien mit sich hätte bringen sollen, doch dieser erhoffte Zustand ist vielfach nach wie vor nicht vorhanden. Der Übergang vom Staatssozialismus sowjetischen Typs zum Kapitalismus und Demokratie aber bringt allein noch keinen Reichtum für alle, sondern fördert in erster Linie soziale Spaltungen zutage. Somit hängt es nur von den einzelnen Personen ab, ihr künftiges Leben besser zu gestalten.

Die Grundhypothese des Verfassers lautete, dass der Beitritt des Landes in die EU als Endpunkt des bulgarischen Übergangs betrachtet werden kann. Diese Hypothese hat sich als richtig erwiesen, denn in der Tat kann behauptet werden, dass die Aufgaben, die am Anfang des Übergangs gestellt und am Runden Tisch festgesetzt wurden, erreicht worden sind. Bulgarien war das erste osteuropäische Land, das eine neue Verfassung erstellt und verabschiedet hat. Die staatliche politische Struktur wurde verändert - das alte Einparteiensystem wurde erfolgreich durch ein System des politischen Pluralismus ersetzt / abgelöst. Zum ersten Mal wurden freie demokratische Wahlen für Parlament, Präsident und lokale Behörden organisiert. Es wurden neue demokratische Regierungsinstitutionen sowie ein unabhängiges Justizsystem erstellt, die die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten bestätigt haben. Es ist wichtig anzumerken, dass die freie Meinungsäußerung geschaffen wurde und auch die Medien eine für moderne Demokratien typische Unabhängigkeit von der Parteizensur erlangten. Der Übergang vom Staatsmonopol und auf Eigentum basierter zentralisierter Wirtschaft zu freier Marktwirtschaft und Privateigentum war erfolgreich vollzogen worden. Hierbei handelte es sich um die schwierigste und schmerzhafteste Phase, weil diese mit einem grundsätzlichen „Eigentümerwechsel“ verbunden war. Dieser Wechsel verursachte eine Veränderung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft und folglich war er mit den materiellen Interessen großer gesellschaftlicher

Gruppen (de facto des gesamten Volkes) verbunden. Die Privatisierung und die Restitution wurden als demokratische und gerechte Verfahren für die Durchführung der Wirtschaftsreform und die Umwandlung von Staats- in Privateigentum genutzt. Außenpolitisch hat Bulgarien seine beiden Hauptziele erreicht, indem das Land Mitglied von NATO im Jahr 2004 wurde, und im Jahr 2007 trat es in die EU ein

Um die anfangs angenommene Forschungsfrage zu beantworten, ist der Verfasser dieser Arbeit der Meinung, dass die wichtigsten politischen Akteure die politischen Parteien sind, denn die ganze Transformation aufgrund ihrer Programme vollbracht und errichtet wurde. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die größten bulgarischen Parteien wie die SDS, die BSP, die DPS, Die NDSV, die GERB die bürgerlichen Interessen in die staatlichen Institutionen übertragen haben und die notwendigen Reformen den nationalen Interessen entsprechend erledigt haben.

Die bulgarische politische Landschaft war lange von der Rivalität zwischen der BSP und der SDS dominiert worden und es lässt sich zweifellos behaupten, dass BSP und SDS die wichtigsten politischen Akteure im Zeitraum bis 2001 waren. Im Unterschied zu den meisten Ländern von den ehemaligen Ostblock spielte die ehemalige kommunistische Partei eine sehr wichtige Rolle in Bulgarien. Sie war entweder Hauptoppositionspartei oder regierende Partei, aber sie war immer präsent.

Der zweite wichtige politische Akteur der Wende ist die Partei Union der Demokratischen Kräfte (SDS). Die Regierung von SDS (1997-2001) hat die wichtigste Rolle für die radikalste Veränderung im politischen und wirtschaftlichen System gespielt, wobei diese Regierung die wichtigsten Reformen durchgeführt hat. Die SDS spielte immer eine große Rolle bis 2007 und war danach von keiner großen Bedeutung.

Als einen sehr wichtigen politischen Akteur am bulgarischen Übergang soll die Bewegung für Bürgerrechte und Freiheiten (DPS) erwähnt werden, weil die Partei die Interessen aller vernachlässigter Minderheiten vertritt. Im Wesentlichen spielt die DPS eine bedeutende Rolle, weil die Bewegung immer an allen Regierungen – die erste ausgenommen – teilnimmt und weil sie ihre Präsenz nachhaltig konnte, weil sie

Als einen bedeutsamen politischen Akteur soll auch Die Nationale Bewegung Simeon II (NDSV) genannt werden. Diese Regierung von NDSV ließ im Zeitraum 2001-2005 das bisherige bipolare bulgarische Regierungsmodell verschwinden. Die finanzielle und

wirtschaftliche Stabilität wurde fortgesetzt. Während der oben genannten Amtszeit hat Bulgarien die beiden wichtigsten Aufgaben in seiner neueren Geschichte erreicht, nämlich die Mitgliedschaft in der NATO und die Unterzeichnung der EU-Mitgliedschaft.

Ein neuer und wichtiger politischer Akteur ist nicht zuletzt die GERB, die kurz nach ihrer Gründung die führende politische Kraft Bulgariens wurde. Hauptziel der Parteipolitik ist die Modernisierung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens im Land in Einklang mit den europäischen Normen und Standards.

Ein großes Problem ist es bis heute in Bulgarien, dass die Politiker selten bereit sind, sich auf einen Kompromiss zu einigen. Auf diese Weise lässt sich eine einheitliche Linie schwer finden. Der Meinung des Verfassers zufolge sollten die politischen Akteure einige Positionen im Interesse der Gesamtpolitik aufgeben und dadurch das Regieren ermöglichen. Weiterhin ist leider auch festzustellen, dass sich viele vor allem der jungen Generation angehörenden Menschen so enttäuscht von der Politik zeigen, dass sich die Mehrheit offenbar nicht mehr für politische Prozesse interessiert und sich als Konsequenz daraus auch nicht aktiv engagiert. Dabei wäre es besonders wichtig, dass junge, aufgeschlossene, demokratisch orientierte Menschen in die verschiedenen Parteien eintreten und politisch tätig werden. Durch eine bessere politische Schulung und Fortbildung sollte ihr Kompromissbewusstsein herausgebildet und gefördert werden. Natürlich sollte auch jeder Politiker sowohl für seine eigene Agenda als auch für sein Land realistische Ziele setzen, da ansonsten Illusionen entstehen, die zu Enttäuschung, Frustration und daraus resultierende Politikverdrossenheit führen können.

Anhang

Literatur- und Quellenverzeichnis

Adamovich, Ivan: Entstehung von Verfassungen. Tübingen, 2004.

Baeva, Iskra / Kalinova, Evgeniya: Bulgarien von Ost nach West: Zeitgeschichte ab 1939. Wien, 2013

Baeva, Iskra / Kalinova, Evgeniya: Die bulgarischen Übergänge 1939-2005. Sofia, 2010/ In Originalsprache: Баева, Искра/ Калинов, Евгения: Българските преходи 1939-2005 София, 2010.

Barany, Zoltan: The Future of NATO Expansion. Four Case Studies. Cambridge, 2003.

Belke, Ansgar/ Hebler, Martin: EU-Osterweiterung, Euro and Arbeitsmärkte. Oldenbourg, 2002.

Berend T, Iván: Central and Eastern Europe, 1944-1993. Detour from the Periphery to the Periphery. Cambridge, 1996

Bertelsmann Transformationsindex, BTI 2003, Bulgaria Country Report 2003, unter <http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2003/pdf/BTI%202003%20Bulgaria.pdf> , letzter Zugriff 19.12.2014

Bertelsmann Transformationsindex, BTI 2006, Bulgaria Country Report 2006, unter <http://www.bti-project.de/fileadmin/Inhalte/reports/2006/pdf/BTI%202006%20Bulgaria.pdf>, letzter Zugriff 8.1.2015

Brahm, Heinz : Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Ed.): Überwindung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Bulgarien. Köln, 1997 (Berichte / BIOst 47-1997).

Brill, Klaus: Mysteriöser "Regenschirmmord" aufgeklärt. 11.5.2010, Süddeutsche Zeitung, unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/mysterioeser-regenschirmmord-aufgeklaert-gift-direkt-vom-diktator-1.587790>, letzter Zugriff 23.03.2015

Brunnbauer, Ulf: Die sozialistische Lebensweise : Ideologie, Gesellschaft, Familie und Politik in Bulgarien (1944-1989). Wien, 2007

Brzezinski, Zbigniew: Der Sowjetblock, Einheit und Konflikt. Köln, Berlin, 1962

Bulgaren sind noch unglücklicher als Deutsche, unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article138675796/Bulgaren-sind-noch-ungluecklicher-als-Deutsche.html>, Die Welt. 22.03.2015, letzter Zugriff 23.04.2015

Bulgarien, unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Bulgarien> , letzter Zugriff 23.02.2015

Burneva, Nikolina: Wendezeiten in der bulgarischen Literatur. Göttingen, 2013

Clyatt, Oscar W. Jr: Bulgaria's Quest for Security After The Cold War, in McNairs Papers, num. 15, Washington DC (1993)

De Neve, Dorothee: Sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Südosteuropa: Albanien, Bulgarien und Rumänien 1989–1997. Wiesbaden, 2002.

Dimitrov, Vesselin. Bulgaria. The uneven transition. New York, 2001

Dimitrow, Filip: Die Mythen des bulgarischen Übergangs. Sofia, 2003./ In Originalsprache: Димитров, Филип: Митовете за българския преход. София, 2003.

Eckert, Florian: Vom Plan zum Markt. Parteipolitik und Privatisierungsprozess in Osteuropa. Wiesbaden, 2008.

EU-Wahl in Bulgarien: Sieg für neue Oppositionspartei. Die Presse, 21.05.2007; unter http://diepresse.com/home/politik/eu/305330/EUWahl-in-Bulgarien_Sieg-fur-neue-Oppositionspartei-, letzter Zugriff 20.04.2015

Fairhurst, John (1996): Law of the European Union. Edinburgh, 2010.

Fejtő, François: Geschichte der Volksdemokratien 1-2. Graz, 1972

Florath, Bernd. Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur. Göttingen, 2011.

Geschichte Bulgariens. unter http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Bulgariens, letzter Zugriff 22.11.2014

Gieler, Wolfgang (Hg.): Außenpolitik im Europäischen Vergleich. Berlin, 2012

Gruber, Josef: Die Parlamentswahlen in Bulgarien am 17. Juni 2001. Fortsetzung des Reformkurses, Stagnation oder Rücktritt? unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_269-544-1-30.pdf?020319092349, letzter Zugriff 22.12.2014

Hauser, Gunther: Die NATO – Transformation, Aufgaben, Ziele. Frankfurt am Main, 2008.

Harfst, Philipp: Wahlsystemwandel in Mittelosteuropa. Strategisches Design einer politischen Institution. Wiesbaden, 2008.

Held, David: Models of Democracy. Cambridge, 2006

Hösch, Edgar. Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München: Beck Verlag, 1995

How satisfied are people with their lives in the European Union, Eurostat Newsrelease vom 20.03.2015, unter <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6750366/3-19032015-CP-EN.pdf/bbf302b1-597d-4bf0-96c4-9876e49b5b9d> , letzter Zugriff, 20.03.2015

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, The Julian J. Rothbaum Distinguished Lecture Series: Norman and London: University of Oklahoma, 1991

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. 3. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Wien, 2010.

Iwanow, Martin/ Spassov, Orlin: Die Stimmen des Umbruchs-Die Rechten. Sofia, 2013 / In Originalsprache: Иванов, Мартин/ Спасов, Орлин: Гласовете на прехода-Десните. София, 2013.

Iwanow, Martin/ Spassov, Orlin / Stoychev, Wenelin: Die Stimmen des Umbruchs - Die Liberalen. Sofia, 2011. / In Originalsprache: Иванов, Мартин/ Спасов, Орлин/ Стойчев, Венелин: Гласовете на прехода-Либералите. София, 2011.

Jahn, Georg: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Untersuchungen der Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme. Berlin, 1962

Kanewa, Lilyana/ Misow, Maksim/ Kandilarow, Ewgenii: Studim für die Geschichte des Sozialismus in Bulgarien. Sofia, 2011/ In Originalsprache: Канева, Лиляна/ Мизов,

Максим/ Кандиларов, Евгений: Изследвания по история на социализма в България. Преходът. София, 2011.

Karasimeonow, Georgi: Das Parteiensystem in Bulgarien. Sofia, 2006. In Originalsprache: Карасимеонов, Георги: Партийната система в България. София, 2006.

Karasimeonow, Georgi: Organizational Structures and Internal Party Democracy in South Eastern Europe. Friedrich Ebert Stiftung. Sofia, 2005

Karasimeonow, Georgi: Political Parties and the Consolidation of Democracy in South Easten Europe. Friedrich Ebert Stiftung. Sofia, 2004.

Karasimeonow, Georgi: Politik und politische Institutionen, Sofia, 2004. In Originalsprache: Карасимеонов, Георги: Политика и политически институции. София, 2004.

Kritz, Neil: Transitional Justice: How Emerging Democracies Reckon with Former Regimes. Washington D.C, 1995.

Lane, David: The Rise & Fall of State Socialism. Cambridge, 1996

Linz, Juan und Stepan, Alfred: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Baltimore, 1996

Linz, Juan und Stepan, Alfred: The Breakdown of Democratic Regimes. Baltimore, 1978.

Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie der Transformationsforschung. 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 2010

Mirtshev, Bogdan: Bulgariens neue Regierung: Bürger sehen wieder Hoffnung für ihr Land. Hanns Seidel Stiftung. 18. 01. 2010, http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/100127_SB_Bulgarien.pdf, letzter Zugriff 7.05.2015

Müller, Michael: Populisten ohne Programm. Eine Analyse der politischen Situation Bulgariens nach den Parlamentwahlen und der Bildung der GERB-Minderheitsregierung (2009); <http://www.rosalux.de/publication/29691/populisten-ohne-programm.html>, letzter Zugriff 10.04.2015

Paschke, Marian/ Iliopoulos, Constantin(Hg.): Die Osterweiterung der Europäischen Union. Zur Anpassung des Zivil- und Wirtschaftsrechts in ausgewählten MOE-Staaten an das Recht der EU. Band 45. Hamburg, 2006

Pop-Eleches, Georges Transition Fatigue: The Changing Fortunes of Post - Communist Anti - Establishment Parties. Boston, 2004

Ramet, Sabrina, Central and Southeast European Politics since 1989. Cambridge: Cambridge University Press, 2010

Raytchew, Andrey/ Stoitschew, Kantscho: Was ist passiert? Eine Geschichte für den bulgarischen Übergang. Sofia, 2004. / In Originalsprache: Райчев, Андрей/ Стойчев, Кънчо: Какво се случи? Разказ за българския преход. София, 2004

Roth, Klaus: Sozialismus: Realitäten und Illusionen“. Wien, 2005

Roth, Maren: Erziehung zur Demokratie? Amerikanische Demokratisierungshilfe in postsozialistischen Bulgarien. Münster, 2005

Schäfer, Jochem: Europäische Perspektiven: Der 1989er Salzmarsch in Deutschland und Mittel- und Osteuropa und die zukunftsweisende Bürgerkommunikation in der EU. Norderstedt, 2008.

Schelew, Schelju: Mythen und Legenden für den bulgarischen Übergang. Sofia, 2014./ In original Sprache: Желев, Желю: Митове и легенди за българския преход. София, 2014

Second European Quality of Life Survey – First Findings. http://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_files/pubdocs/2008/52/en/1/EF0852EN.pdf, letzter Zugriff 23.04.2015

Segert, Dieter: Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert. Wien, 2013.

Skolkay, Andrej: Populism in Central Eastern Europe. In: Thinking Fundamentals. IVM Junior Visiting Fellows Conferences, Vol.9. Wien, 2000.

Taslakowa, Roumiana: 20 Jahre Wandel – Von Zeitzeugen betrachtet - Bulgarien im Aufbruch. Deutsche Welle. Sofia, 2009.

Teodossieva, Assia: Bulgarien an der Schwelle zum EU-Beitritt Gewinne, Kosten und soziale Dimensionen, in UTOPIE kreativ, H. 181 (November 2005), S. 1027-1040 unter

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/181Teodossieva.pdf, letzter Zugriff 23.02.2015

The North Atlantic Treaty, 4 th of April 1949 Washington D.C, unter http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_17120.htm, letzter Zugriff 10.01.2015

Todor Schiwkow, unter http://de.wikipedia.org/wiki/Todor_Schiwkow, letzter Zugriff 11.01.2015

Verfassung der Volksrepublik Bulgarien vom 4. Dezember 1947, unter <http://www.verfassungen.eu/bg/verf47-i.htm>, letzter Zugriff 20.09.2014

Verfassung der Volksrepublik Bulgarien vom 12. Juli 1991, unter <http://www.verfassungen.eu/bg/verf91.htm>, letzter Zugriff 20.09.2014

Watzlaw, Dorothea: Der Weg der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Währungsunion. Aspekte der monetären Integration. Frankfurt am Main, 2010.

Weil, Francesca: Verhandelte Demokratisierung: Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR. Dresden, 2011

Zufriedenheitsstudie. So glücklich sind die Europäer. Spiegel Online, vom 19.11.2008 <http://www.spiegel.de/fotostrecke/grafik-ergebnisse-der-gluecksstudie-fotostrecke-37273.html>, letzter Zugriff, 12.04.2015

Interview # 1 vom 14.12.2014

Fragen/Aufzeichnung:

Dobromir Ivanov

Masterstudent Politikwissenschaft,

Universität Wien

Interviewpartner:

Univ. - Prof. Dr. Stefan Troebst

Stellvertretender Direktor und Leitender Wissenschaftler für das Gebiet
Kulturstudien Ostmitteleuropas am Geisteswissenschaftlichen Zentrum
Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig,
Professur für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig

Durchführungsort:

Sofioter Universität St. Kliment Ochridski

Interviewtermin:

Sonntag, 14. Dezember 2014, 16:00 Uhr

1 **(Dobromir Ivanov, im Folgenden DI):** Ich bedanke mich erst einmal herzlich für Ihre Zeit
2 und dafür, dass Sie mir einige Fragen zum Thema „Die Wende in Bulgarien“ beantworten.
3 Jetzt kommt meine erste Frage - Wie lange haben Sie in Bulgarien gelebt, wie viele Male
4 haben Sie Bulgarien besucht und wann?

5 **(Stefan Troebst, im Folgenden ST):** Ich habe 1976/77 an der Sofioter Universität St.
6 Kliment Ochridski studiert. Für den Zeitraum zwischen 1974 und 1989 hatte ich ca. 15 Reisen
7 nach Bulgarien. Nach der Wende habe ich auch viele Male Bulgarien besucht.

8 **DI:** Was wussten Sie über Bulgarien, bevor Sie nach Sofia gekommen sind?

9 **ST:** Als 19-jähriger Schüler hatte ich 1974 nur vage Vorstellungen von Bulgarien. Sofia als
10 Stadt fand ich eindrucksvoll, den Nordteil des Landes – Dobritsch, Vidin u. a. – eher
11 langweilig.

12 **DI:** An welche Ereignisse aus der kommunistischen Ära erinnern Sie sich noch?

13 **ST:** Der Regenschirmmord am bulgarischen Schriftsteller und Dissidenten Georgi Markow,
14 der öffentlich die kommunistische Führung seines Heimatlandes kritisierte; das Papst-
15 Attentat, in das der bulgarische Geheimdienst involviert war; der mysteriöse Tod Ljudmila
16 Schiwkawas (Tochter von Todor Schiwkow); die Zwangsumbenennung der bulgarischen
17 Türken 1984/85.

18 **DI:** Wie beurteilen sie das bulgarische Parteiensystem vor 1989?

19 **ST:** Es gab nur Pseudopluralismus – BKP und BZNS.

20 **DI:** Ist Ihrer Meinung nach eine echte "Revolution" das, was in Bulgarien als "Wechsel"
21 bezeichnet wird? Ist das eine echte Wende? Wäre die Wende in Bulgarien ohne Einwilligung
22 Moskaus möglich gewesen?

23 **ST:** Meine Antwort ist dreimal nein: Das war eine Palastrevolte, die allerdings zeitlich mit
24 parallelen Entwicklungen – Exodus der Türken, Umweltbewegung – zusammenfiel und daher
25 anders verlief, als es sich die Palastrevoluzzer vorgestellt hatten.

26 **DI:** Wie hat man in Deutschland auf diese Ereignisse in Bulgarien reagiert?

27 **ST:** Um ehrlich zu sein, gar nicht – da stand der 9. November als Tag des Mauerfalls im
28 Zentrum der Aufmerksamkeit.

29 **DI:** Wie entwickelten sich die Beziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland in
30 dieser Zeit?

31 **ST:** Wenn ich mich nicht irre, verstanden sich Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher
32 blendend mit Todor und Ljudmila Schiwkowi....

33 **DI:** War der Rücktritt von Todor Schiwkow für Sie eine Überraschung?

34 **ST:** Nein, das kam erwartungsgemäß....

35 **DI:** Warum ist die bulgarische Opposition erst 1988 aufgewacht und hat sich vierzig Jahre
36 lang nicht gerührt?

37 **ST:** Vor dem Frühjahr 1989 war die Opposition nicht sichtbar und es gibt drei Gründe dafür.
38 Die erste Ursache ist, dass sie mikroskopisch klein war, die zweite ist, dass sie zur Emigration
39 gedrängt oder eingesperrt wurde und die dritte – vor allem – vom Regime mit Privilegien
40 bestochen wurde.

41 **DI:** Was meinen Sie über die diskriminierende Minderheitenpolitik gegen die Türken in
42 Bulgarien vor 1989 wie z. B. die Zwangsbulgarisierung („Wiedergeburtprozess“) (die gegen
43 die türkische Minderheit in Bulgarien gerichtete Namensänderungskampagne)?

44 **ST:** Das war eine systematische gravierende Menschenrechtsverletzung, für die es meines
45 Erachtens keinen wirklichen Grund gab. Die türkische Minderheit war zum einen unauffällig,
46 zum anderen zu großen Teilen akkulturiert. Erst durch die Repression des Regimes entstand
47 der türkische Widerstand. Interessant zu untersuchen wäre, wie sich die
48 Mehrheitsbevölkerung in den Jahren 1984-1989 verhalten hat.

49 **DI:** Warum hat sich Ihrer Meinung nach der Kommunismus so lange in Bulgarien halten
50 können?

51 **ST:** Wegen der UdSSR und weil die Bulgarische Kommunistische Partei sehr gut organisiert
52 war. Ansonsten wegen des ausgebliebenen Elitenwechsels.

53 **DI:** Was hat die deutsche Politik für den bulgarischen Demokratisierungsprozess gebracht?

54 **ST:** Es gab einige Veranstaltungen von Konrad Adenauer- und Friedrich Ebert-Stiftungen.

55 **DI:** Wie schätzen Sie die politische Reife der Bulgaren ein? Wie bewerten Sie die politische
56 Kultur in Bulgarien?

57 **ST:** Ich kann die politische Reife und die politische Kultur der Bulgaren nur mit einem Wort
58 beschreiben: Kleptokratie.

59 **DI:** Welche der bulgarischen Politiker sind für Sie die eindrucksvollsten in dieser Zeit
60 gewesen?

61 **ST:** Solomon Passi. 1991 gründete er die Nichtregierungsorganisation Atlantischer Klub, die
62 sich als Hauptaufgabe den schnellen Beitritt Bulgariens in die NATO gesetzt hatte. Er war
63 auch Außenminister in der liberalen Regierung von Simeon Sakskoburggotski (2001 - 2005).

64 **DI:** In Bulgarien feiert man 25 Jahre der politischen Wende. Welche Hauptfehler können Sie
65 aus heutiger Sicht nennen, die die Demokratisierungsprozesse in Bulgarien hinter denen der
66 anderen osteuropäischen Länder zurückblieben ließen?

67 **ST:** Fehlender Elitenwandel: Die neue politische Elite war Teil der alten Elite – aber wie
68 hätte man das ändern sollen?

69 **DI:** Meinen Sie, dass der bulgarische Übergang beendet ist und wenn ja, welches Ereignis
70 stellt Ihrer Meinung nach seinen Endpunkt dar? (z. B. unsere Aufnahme in die Europäische
71 Union?)

72 **ST:** Das Ende steht noch aus. Nach dem Post-Kommunismus kommt bekanntlich der Post-
73 Post-Kommunismus. Das Ende des *prechod* kommt auf die Perspektive an: Der NATO- und
74 EU-Beitritt sind sicher wichtige Zäsuren, die aber auf den Alltag wenig Einfluss haben,
75 gerade angesichts des weiterhin nicht in Sichtweite befindlichen Elitenwandels.

76 **DI:** Sie waren auch in Mazedonien tätig – es gibt sicher einiges Gemeinsames, Bulgarien und
77 Mazedonien sind slawisch sprechende Völker, aber was sind die Unterschiede?

78 **ST:** Bulgaren und Makedonier sind sich darin sehr ähnlich, dass sie jeweils glauben, im
79 Besitz „historischer Wahrheiten“ zu sein (und diese gerne ausführlich mitteilen).

80 **DI:** In letzter Zeit gibt es in Bulgarien eine wachsende Kommunismus-Nostalgie und es gibt
81 immer mehr Menschen, die sich nach der Zeit vor 1989 zurücksehnen. Wie können Sie sich
82 dieses Phänomen erklären?

83 **ST:** Das ist eine durchaus rationale Reaktion im Sinne eines Vorher-Nachher-Vergleichs der
84 eigenen Lebensumstände. Das Gefährliche daran ist, dass die Eliten selbst zur
85 Politikverdrossenheit und damit zur Nostalgie der Bevölkerung beitragen.

Interview # 2 vom 15.12.2014

Fragen/Aufzeichnung:

Dobromir Ivanov

Masterstudent Politikwissenschaft, Universität Wien

Interviewpartner:

Univ. - Prof. Dr. Iskra Baeva,

Ehemaliges Mitglied der Bulgarischen Sozialistischen Partei und Dozentin an der Historischen Fakultät der Sofioter Universität Hl. Kliment Ochridski

Durchführungsort:

Sofioter Universität St. Kliment Ochridski

Interviewtermin:

Montag, 15. Dezember 2014, 12:00 Uhr

1 **(Dobromir Ivanov, im Folgenden DI):** Die erste Frage, die sich mir stellt, lautet: Glauben
2 Sie, dass der Übergang in Bulgarien und der Prozess der Umwandlung des politischen
3 Systems endgültig vorbei sind? Wenn ja, welches ist das Datum oder das Ereignis, das das
4 Ende des Übergangs gekennzeichnet hat?

5 **(Iskra Baeva, im Folgenden IB):** Ich habe die Antwort auf diese Frage in meinem Buch
6 “Bulgarien von Ost nach West: Zeitgeschichte ab 1939” gegeben. Falls wir nur über das
7 politische System sprechen, ist der Übergang viel früher zu Ende gegangen. Schon nach den
8 Wahlen 1994 hatte Bulgarien ein etabliertes politisches System, wenn wir uns auf den Test
9 von Huntington über den Doppelwechsel beziehen, der behauptet, dass ein System als ein
10 stabiles und pluralistisches System betrachtet werden kann, wenn es nach einigen
11 demokratischen Wahlen zu einem Doppelwechsel der Macht kommt. Das heißt, von einer zur
12 anderen und danach wiederum - das halten wir für ein stabiles und pluralistisches politisches
13 System. Natürlich findet der Übergang in Bulgarien nicht nur im politischen System statt. Das
14 Erreichen von politischem Pluralismus und Parlamentarismus ist nur der erste Teil des
15 Übergangs und er erwies sich als der leichteste. Als viel schwieriger haben sich die
16 wirtschaftlichen Transformationen erwiesen, weil diese die Transformation von einem
17 planwirtschaftlichen zu einem marktwirtschaftlichen System bedeuten. Das ist sehr schwierig
18 und deswegen bin ich der Meinung, dass der Übergang im Großen und Ganzen am
19 01.01.2007 beendet wurde. Als Historikerin weiß ich, dass alles ein Prozess ist, aber dennoch
20 gibt es bestimmte Ereignisse, die gewisse Grenzen aufweisen und ich glaube, dass diese
21 Grenze unsere Aufnahme in die Europäische Union (EU) ist, denn erst dann hat die EU
22 anerkannt, dass Bulgarien eine funktionierende Marktwirtschaft besitzt. Unsere Aufnahme
23 bedeutet, dass wir uns in alle(n) Richtungen (Bereichen) transformiert haben. Ich bin der
24 Meinung, dass diese Transformation viel früher geschehen ist, aber trotzdem ist es gut, die
25 äußere Anerkennung zu erhalten. Daher glaube ich, dass wir ab 01.01.2007 nicht mehr von
26 einem Übergang sprechen können, sondern über Probleme in der Entwicklung Bulgariens.

27 **DI:** Welche waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Akteure in den
28 vergangenen 25 Jahren?

29 **IB:** Selbstverständlich sind die wichtigsten politischen Akteure die politischen Parteien, weil
30 der Übergang auf Grund ihrer Programme vollbracht und errichtet wurde. Im Unterschied zu
31 den ehemaligen sozialistischen mitteleuropäischen Ländern spielt die ehemalige
32 kommunistische Partei eine sehr wichtige Rolle in Bulgarien, die im April 1990 in eine
33 sozialistische Partei transformiert wurde, weil sie die ersten Wahlen mit absoluter Mehrheit

34 gewann und aus diesem Grund noch ein bisschen, eineinhalb Jahre lang, weiter regierte, da es
35 Ende 1990 zum Rücktritt der Regierung von Lukanow kam und eine Koalitionsregierung von
36 Dimitar Popow gebildet wurde, aber dennoch spielte sie über die ganze Zeit hinweg eine
37 Rolle und spielt sie auch heute noch. Ich kann mich an keine Periode während des Übergangs
38 erinnern, in der die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) keine Rolle gespielt hätte. Sie war
39 entweder Hauptoppositionspartei oder regierende Partei, aber sie war immer präsent. Das
40 zweite große Subjekt der Wende ist die Koalition der Dissidenten, die sich in eine Opposition
41 verwandelt hat, und am 07.12.1989 als Union der Demokratischen Kräfte (SDS) gegründet
42 wurde. Die SDS erlebte aber Perioden von Aufstieg und Verfall und momentan sind ihre
43 Nachfolger eine sehr kleine politische Partei, die noch nicht einmal selbständig bei den
44 Wahlen erscheint, sondern in einer Koalition von solchen kleinen rechten Parteien. So war die
45 SDS nur bis zum Ende des Übergangs (bis 2007) von Bedeutung und nahm danach keine
46 wesentliche Rolle mehr ein. Als sehr wichtigen Teilnehmer am bulgarischen Übergang
47 möchte ich die Bewegung für Bürgerrechte und Freiheiten (DPS) erwähnen, die im Januar
48 1990 als Teil der Opposition, von der Bewegung der Dissidenten, gegründet wurde. Ahmed
49 Dogan, der Hauptleiter der DPS, traf die Entscheidung, die Bewegung außerhalb der SDS
50 laufen zu lassen. Die DPS wird von Ahmed Dogan und von seiner Strategie und Taktik zur
51 Präsenz der türkischen Gemeinschaft in Bulgarien dominiert. Diese Rolle der DPS ist sehr
52 kompliziert. Einerseits muss die Bewegung die Rolle einer liberalen Formation in Bulgarien
53 spielen, aber das ist nur die offizielle Version und durch ihre Aufnahme in "Die Liberale
54 Internationale" zu erklären. In Wirklichkeit ist die DPS eine ethnische Partei, auch heute, trotz
55 der Initiative von Dogan ihren Einfluss auszudehnen und heute versucht sie, die Interessen
56 aller vernachlässigter Minderheiten zu vertreten. Im Wesentlichen spielt die DPS eine
57 bedeutende Rolle, sogar eine größere als die SDS, insbesondere weil sie ihre Präsenz
58 nachhaltig beibehalten und sogar in letzter Zeit erweitern konnte, weil sie immer an allen
59 Regierungen – die erste ausgenommen – teilnimmt. Danach ist sie immer auf irgendeine
60 Weise, mehr oder weniger offen und erkennbar, an der Macht. Die DPS ist überhaupt ein
61 Faktor in der Politik, der sehr schwer missachtet werden kann. Bis heute spielt die DPS die
62 Rolle der Kraft, die entscheidet, in welche Richtung - links oder rechts - die Macht gehen
63 wird. Als einen bedeutsamen Faktor würde ich noch eine politische Partei nennen, die als
64 Meteor erschien, aufleuchtete und auslöschte - Die Nationale Bewegung Simeon II (NDSV).
65 Sie erschien als Resultat der Enttäuschung der Bulgaren über den hohen Preis des Übergangs.
66 Das war eine Enttäuschung, die nach einer anderen Alternative suchte und diese im Gesicht
67 des damals charismatischen ehemaligen bulgarischen Königs Simeon II. fand. Nach dem

68 Ablauf der Amtszeit der Regierung von Simeon II. regierte NDSV weiter als
69 Minderheitspartei in der Drei-Parteien-Koalition, und danach endete ihre Existenz. Ein neuer
70 Faktor bzw. ein neuer Spieler ist GERB, der aufgrund meiner Überzeugung, dass der
71 Übergang vorbei ist, ein neuer Spieler in der Entwicklung nach dem Ende der
72 Übergangsphase Bulgariens darstellt. GERB ist ein sehr interessanter Spieler, da er die guten
73 Seiten der Regierung in Bulgarien vor 1989 und die rechten und pro-europäischen
74 Einstellungen vereinigt. Eigentlich verkörpert er das, was im ganzen politischen Leben in
75 Europa und sogar in der ganzen Welt erkennbar ist, nämlich den Populismus. Das zeigt
76 eigentlich, wie tief die Krise der parlamentarischen Demokratie zu Beginn des 21.
77 Jahrhunderts wirklich ist.

78 **DI:** Welches waren die größten Konflikte in der bulgarischen politischen Arena während des
79 Übergangs?

80 **IB:** Die größten Konflikte waren am Anfang zwischen links und rechts, das ist
81 selbstverständlich. Ich glaube, dass es eine positive Erscheinung war, weil eine klare Grenze
82 gezogen werden sollte, sich vom Alten loszulösen und nach etwas Neuem zu suchen. Warum
83 war diese Gegenüberstellung nicht immer effektiv? Weil die Demokraten keine Demokraten
84 waren, und die Kommunisten keine Kommunisten, weil diese Kommunisten, die aus der
85 Bulgarischen Kommunistischen Partei 1989 kamen, nichts mit dem Kommunismus zu tun
86 hatten. Sie waren sehr pragmatisch und technokratisch und sind weiterhin so geblieben. Und
87 das ist das größte Problem – seit 1990 wurden deutlich unterschiedliche Linke und Rechte in
88 Bulgarien gebildet. Aber für die beiden ist es sehr schwierig, sich als solche zu bestimmen,
89 wenn wir einmal einen Blick auf ihre Programme, sogar auf ihre Handlungen werfen. Falls
90 wir einfach sagen, dass wir nicht wissen, was 1990 passierte und einem außenstehenden
91 Beobachter die Programme und die Handlungen der BSP und der SDS zeigen und geben,
92 werden Schwierigkeiten entstehen, um zu bestimmen, welche Partei links und welche rechts
93 steht. Das ist typisch für den Übergang, da die Rechte sehr revolutionär in ihren Handlungen
94 war, natürlich antikommunistisch, aber sehr verwirrt in Bezug auf die Vorstellung, was rechts
95 ist. Das ist ganz normal, weil in der Periode bis 1989 in Bulgarien nicht über die rechten
96 Ideen gesprochen wurde, die Rechte hatte ein sehr negatives Bild in der Gesellschaft
97 bekommen und die Leute der SDS brauchten viel Zeit, um zu präzisieren, worum es geht und
98 was eigentlich rechts bedeutet. Das ist auch der Grund für den späteren Rückgang und die
99 Spaltung der SDS. Es gab viele Konflikte, die einfach auf einem politischen Niveau
100 anzusiedeln waren, aber die auf die Wirtschaft und auf den wirtschaftlichen Übergang
101 übertragen wurden. Ein gutes Beispiel dafür ist die vollständige Vernichtung der

102 Landwirtschaft – sie hat eine politische Charakteristik, denn es geht um das
103 Landnutzungsrecht (verabschiedet von der Großen Nationalversammlung), um die Restitution
104 und um den Versuch, die Agrarstruktur des Bulgariens von vor 1946 wiederherzustellen.
105 Diese Faktoren vernichteten die moderne Landwirtschaft in Bulgarien und von einem
106 Moment auf den anderen hatten wir keine funktionierende Landwirtschaft mehr; die
107 Ergebnisse können wir heute sehen. Nach Angaben der Spezialisten werden rund 20 Prozent
108 der landwirtschaftlichen Produkte, die wir in Bulgarien konsumieren, in bulgarischen Dörfern
109 erzeugt, und die restlichen 80 Prozent sind importiert. Die bulgarische Industrie war auch ein
110 Stolperstein – ein großer Teil der Industrie wurde während des Sozialismus gebaut und kann
111 nicht mehr gerettet werden, weil sie erstens für den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
112 geplant wurde, zweitens ihre Märkte verloren hat und drittens ihre Produktion auf dem
113 Weltmarkt nicht konkurrenzfähig war.

114 **DI:** Warum hat nur Bulgarien (im Unterschied zu den anderen Ländern des Ostblocks) im
115 Zuge der ersten demokratischen Wahlen wieder Vertreter der alten politischen Elite gewählt
116 und was waren die Gründe dafür, dass die BKP von der politischen Karte nach 1989 nicht
117 endgültig gestrichen wurde, so wie es das Schicksal vieler anderer Parteien des ehemaligen
118 Ostblocks war?

119 **IB:** Hier ist es sehr wichtig, die zentraleuropäischen Länder von den Balkanländern zu
120 trennen. Ich möchte etwas erklären: Die BSP war die erste Partei, die die Wahlen gewonnen
121 hat, aber sie war nicht die letzte. Eigentlich tritt die BSP nahtlos in das Balkanszenario ein,
122 dort gewinnen zuerst immer die ehemaligen Regierenden, so beispielsweise die Front für
123 Nationale Einheit von Ion Iliescu in Rumänien als Nachfolger der Rumänischen
124 Kommunistischen Partei. So entwickelte sich die Situation auch in Jugoslawien und auch in
125 Albanien, obwohl die Wende dort erst 1991 begann, nachdem bei den ersten Wahlen die
126 Albanische Sozialistische Partei gewonnen hatte. Das kann als eine Balkanbesonderheit oder
127 ein Balkanszenario des Übergangs bezeichnet werden. Wenn wir uns mit Mitteleuropa
128 vergleichen, unterscheidet sich unser Weg während des Sozialismus und während des
129 Übergangs. Es gibt ein mitteleuropäisches Modell und wir sind ein Balkanmodell. Meine
130 Erklärung für diesen Unterschied ist, dass wir ein anderes Modell geerbt haben, dessen
131 Ursprung schon lange Zeit zurückliegt – schon von der Byzanz, vom Osmanischen Reich und
132 bei uns entspricht das sowjetische Modell des Staatssozialismus mehr den Einstellungen der
133 Gesellschaft und der wirtschaftlichen Realität. In Bulgarien etablierte sich der Sozialismus
134 problemlos und manche Forscher behaupten sogar, dass der Sozialismus hier auf einem festen
135 und gut vorbereiteten Boden gedeihen konnte und sich die Balkangesellschaften schwieriger

136 von diesem System trennen konnten. Ansonsten verschwindet keine der ehemaligen
137 kommunistischen Parteien von der politischen Bildfläche. Bei den ersten Wahlen wurden sie
138 ins Abseits geschoben, aber sehr bald gelangten sie wieder an die Macht. So passierte es etwa
139 auch mit der Sozialdemokratie in Polen und mit der Ungarischen Sozialistischen Partei. In
140 Tschechien und in der Slowakei ist es ein bisschen anders, weil die Tschechoslowakische
141 Sozialdemokratische Partei gegründet wurde. In Tschechien existiert auch bis heute noch die
142 Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, KSČM, die eine sehr feste Vertretung im
143 Parlament und eine sehr stabile Präsenz hat. Außerdem ist sie die einzige Partei im ganzen
144 ehemaligen Ostblock, die sich noch kommunistisch nennt (sowie in Russland – KPR). Im
145 Allgemeinen verschwinden die kommunistischen Parteien nicht, sondern sie transformieren
146 sich. Der BSP wurde mehrmals vorgeworfen, dass sie sich von der Vergangenheit nicht
147 getrennt und ihre Existenz nicht beendet hat, sondern dass die ehemaligen Parteichefs
148 behauptet haben, dass sie eine Nachfolgerin der BKP sei.

149 **DI:** Sie sind ein ehemaliges Mitglied der BSP und waren auch Mitglied des Obersten Rates
150 der BSP. Was denken Sie heute über die BSP? Wie würden Sie die Zukunft der Partei
151 bezeichnen? Wie sollte eine moderne linke Partei in Bulgarien aussehen?

152 **IB:** Die bulgarische Linke ist ein Rest der BKP, sie wurde von ehemaligen Mitgliedern der
153 BKP gegründet, die gegenwärtige Mitglieder der BSP sind. Ich weiß nicht, ob Sie mit den
154 Dokumenten der Partei und mit ihrer Tätigkeit vertraut sind; mir sind sie jedenfalls bekannt,
155 ich war auf einigen Konferenzen und ich glaube nicht, dass die BSP eine echte linke Partei ist.
156 Sie ist nur hinsichtlich der Worte links; in den Lösungen mutet sie eher postkommunistisch
157 an. Irgendwo sind diese linken Ansichten ein bisschen extrem, ein bisschen
158 prokommunistisch, aber ich freue mich darüber, dass sie existieren, weil die bulgarische
159 Gesellschaft eine Alternative, eine Wahl haben muss. In den Jahren des Übergangs passierte
160 das, was mit den Rechten während des Sozialismus passierte – es wurde delegitimiert und
161 hatte während des Sozialismus ein sehr negatives Image, ein Schicksal, das auch die Linke in
162 den Jahren nach der Wende ereilte. Ich wurde relativ spät (1985) in die BKP aufgenommen,
163 aber ich dachte nie, dass der Kommunismus realisierbar ist, denn das ist eine utopische Idee,
164 und ihre Realisierung in einem Staat sozialistischen Typs nicht möglich. Nachdem ich
165 gesehen habe, dass die BKP beginnt, sich zu verändern, dass sie nach neuen Ideen und neuen
166 Leuten sucht, sah ich mich gezwungen, in der BSP zu bleiben, besonders nachdem sie sich in
167 BSP umbenannte und ein neues Programm akzeptierte, nämlich das Manifest für
168 demokratischen Sozialismus, im Kongress 1990. Ich glaube, dass eine Balance in der
169 Gesellschaft existieren sollte – ich wurde von der SDS eingeladen, habe aber abgelehnt.

170 Danach hat mich einer meinen Studenten gefragt: „Warum sind Sie in der BSP geblieben?“
171 und ich habe ihm geantwortet: „Falls wir alle in eine andere Partei gehen, würde es wie in der
172 Zeit vor 1989 passieren“. Ich habe absichtlich die verlierende Position gewählt, weil diese
173 Position auch verteidigt werden soll. Meine echte Wahl eines Parteichefs war Schan
174 Widenow und ich bin in der BSP geblieben, weil er trotz des Hasses gegen seine Person der
175 einzige Führer der BSP ist, der eine linke Partei bilden wollte. Alle anderen bildeten eine
176 kapitalistische Partei, wie Andrei Lukanow. Selbst die Tatsache, dass Lukanow auf diese
177 Weise getötet und erschossen wurde, legt nahe, dass es sich bei diesen Leuten um solche
178 handelt, die mit der organisierten Kriminalität verbunden sind. Schan Widenow wollte eine
179 echte linke Partei gestalten, aber das Scheitern war vorbestimmt, weil niemand ihm erlaubt
180 hat, dies zu tun, weder von innen noch von außen. Nach der Beseitigung von Schan Widenow
181 verschwand auch meine Sympathie und das Engagement für die BSP, obwohl ich noch zwei
182 Jahre im Exekutivausschuss des Präsidenten Parwanow verbrachte. Die Entwicklungsweise
183 der BSP gefiel mir aber nicht und deswegen habe ich die Partei verlassen. Die heutige BSP
184 hat eine sehr lange Evolution erlebt; eine Evolution nur in die rechte Richtung, und ich habe
185 das Gefühl, dass sie nicht lediglich im Zentrum steht, sondern Mitte-Rechts. Das ist auf die
186 Diskrepanz zur Realität zurückzuführen. Sie handelt als eine kapitalistische Partei, und ihre
187 Wähler sind von der Linken. Wenn wir das mit den sonstigen Geschehnissen in Mitteleuropa
188 vergleichen, marginalisieren sich die ehemaligen kommunistischen Parteien allmählich, die
189 früher sehr stark waren – in Ungarn hatte die sozialistische Partei drei volle Amtszeiten und
190 jetzt hat sie rund 10-15 Prozent der Stimmen. Die BSP ist auf demselben Weg. Bulgarien soll
191 eine linke Partei haben, aber momentan hat sie keine echte linke Partei.

192 **DI:** Sind Sie der Meinung, dass die Übergangszeit in den Ländern wie Polen, der
193 Tschechoslowakei, Ungarn u. a. erfolgreicher, kürzer andauernd und effizienter im Vergleich
194 zu derer in Bulgarien ist? Können Sie die Hauptgründe dafür nennen? Welche Ursachen dafür
195 würden Sie hervorheben?

196 **IB:** Ja, sicher und es gibt viele Ursachen dafür. Die geographische Lage, die offene
197 Beziehung sowie die Verbundenheit mit der westlichen Welt. Die Gesellschaften in Polen,
198 Tschechien und Ungarn waren schon immer ein Teil der westlichen Welt, also seit der
199 Aufnahme des Katholizismus im neunten und zehnten Jahrhundert, und die Gesellschaften in
200 diesen Ländern empfanden die Tatsache, dass sie nach dem Zweiten Weltkrieg unter den
201 Einfluss der Sowjetunion gerieten, als eine Abtrennung / Loslösung von der westlichen Welt.
202 Auf der Balkanhalbinsel wird daran anders gedacht, und eigentlich dient die unterschiedliche
203 Denkweise als erster Grund dafür. Der zweite Grund ist die geographische Lage der Länder.

204 Zum Beispiel lancierte die Europäische Union 1989 das PHARE-Programm, wobei die ersten
205 zwei Buchstaben in der Abkürzung Polen und Ungarn (Hungary) bezeichnen. Dieses
206 Programm wurde auf die beiden Länder gerichtet, weil diese Länder auf dem Weg zum
207 politischen Pluralismus und zur Marktwirtschaft bereits relativ weit fortgeschritten waren,
208 und das Ziel des Programms wurde eine Unterstützung in diese Richtung zu leisten. Später
209 wurden auch andere Länder in dieses Programm miteinbezogen, jedoch begann das
210 Programm tatsächlich in Polen und Ungarn. Diese beiden Länder, vor allem Ungarn, hatten
211 den Weg zum wirtschaftlichen und politischen Übergang noch vor dem Jahr 1989 gewählt.
212 Die ersten legitimen Oppositionsparteien erschienen noch im Jahr 1988 – Die Ungarische
213 Demokratische Front und die Union Freier Demokraten. In Polen ist die Rolle der
214 „Solidarität“ klar – das erste Treffen am Runden Tisch fand in Polen ein Jahr früher
215 (Februar/März 1989) als in Bulgarien (zu Beginn des Jahres 1990) statt. Während der
216 Übergangszeit befanden sich diese Länder in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium.
217 Wichtig ist auch zu betonen, dass Ungarn dank der eingeführten wichtigen Reformen vor dem
218 Eintritt der Übergangszeit in wirtschaftlicher Hinsicht die Marktwirtschaft als Konzept fast
219 erreicht hat, und die Wirtschaft Polens näherte sich auch dazu. Bei uns in Bulgarien beginnen
220 alle Reformprozesse zu Beginn der Übergangszeit, während sie in Ungarn und Polen zu dieser
221 Zeit schon begonnen wurden, dieser Unterschied lässt sich leicht bemerken. Die
222 Tschechoslowakei ist in wirtschaftlicher Hinsicht ein immer stärker industrialisiertes Land
223 geworden und verlor Industriepotenzial in lediglich niedrigem Maße. In dieser Hinsicht ist
224 unser Gefühl (in Bulgarien), dass wir in industriellem Rückstand sind, umstritten. Es geht
225 darum, mit wem wir uns vergleichen. Wir vergleichen uns mit einer Region, die
226 unterschiedlich als unsere Region ist. Vergleichen wir Bulgarien mit den Ländern aus unserer
227 Region, können wir daraus schließen, dass Bulgarien ein Vorreiter unter den Ländern in der
228 Region während des größten Zeitraums der Übergangszeit ist. Heutzutage sind wir kein
229 Vorreiter, aber die Übergangszeit ist schon vorbei. Jetzt bleiben wir hinter den Rumänen.

230 **DI:** Welches Ereignis während der Übergangszeit in Bulgarien können Sie als Wendepunkt
231 bezeichnen?

232 **IB:** Als Wendepunkt ist der Beginn der Übergangszeit zu bezeichnen – ohne ihn hätte nichts
233 weiter geschehen können. Allerdings konnte die Übergangszeit in Bulgarien ohne die
234 Sowjetunion und Gorbatschow nicht beginnen. Ohne die Änderungsgenehmigung, die
235 Gorbatschow in Bezug auf die Länder in Osteuropa erlassen hat, wäre nichts weiter
236 geschehen. Gorbatschow spielte eine wichtige Rolle bei der Regierungsänderung in Bulgarien
237 – Todor Schiwkow wollte keine Regierungsänderungen zulassen, während Gorbatschow mit

238 diesen Personen in Verbindung stand, die das Konzept der sowjetischen Perestroika in
239 Bulgarien anwenden wollten. Zwar ist das Ereignis vom 10. November ein Umsturz innerhalb
240 der Regierungspartei, aber das ist das wichtigste Geschehnis und daraus stammt der
241 nachfolgende Wandel.

242 **DI:** Welche ist Ihrer Meinung nach die erfolgreichste Regierung seit 1989 und warum?

243 **IB:** Vielleicht unerwartet, jedoch ist meiner Einschätzung nach die Regierung von Simeon
244 von Sachsen-Coburg und Gotha die wirksamste gewesen. Viele würden behaupten, dass die
245 Regierung von Iwan Kostow erfolgreicher sei, weil diese die erste Regierung ist, welche das
246 Ende ihrer Amtszeit erreicht hat – von 1997 bis 2001. Jedoch begann die Privatisierung
247 während Kostows Regierung, wobei viele Unternehmen in Konkurs gingen und die Industrie
248 immer schwächer wurde; außerdem wurde die Regierung von Korruption begleitet. Die
249 Regierung von Simeon von Sachsen-Coburg und Gotha war erfolgreich sowohl in politischer
250 als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Es war, als ob die Regierung von Simeon von Sachsen-
251 Coburg und Gotha die beiden gegeneinander kämpfenden Parteien – BSP und SDS – gegen
252 die Wand presste, weil die Auseinandersetzungen zwischen diesen Parteien den Interessen des
253 Staates schaden. Ursprünglich war die Gegenüberstellung gegen die Regierungspartei
254 erforderlich, so dass eine Systemänderung eintreten konnte, jedoch leisteten die
255 Auseinandersetzungen gegen Ende der 90er Jahre keine konstruktive Politik und führten zu
256 schwerwiegenden Folgen. Jede getroffene politische Entscheidung wurde von der politischen
257 Opposition bestritten. Während der Regierung von Simeon von Sachsen-Coburg und Gotha
258 verschwanden die politischen Gegenüberstellungen unter den anderen Parteien und daraus
259 ergaben sich positive Effekte für Bulgarien. Deshalb machten sich die Bürger optimistische
260 Hoffnungen und schauten positiv in die Zukunft – und der Optimismus ist jetzt
261 verschwunden. Das Aufkommen dieser neuen politischen Partei deutet darauf hin, wie
262 widersinnig die Gegenüberstellung der anderen zwei Parteien – der linken und der rechten –
263 war.

264 **DI:** Ihr Buch über Todor Schiwkow dient als erster unvoreingenommener Überblick über sein
265 Leben und seine Regierung. Können Sie ganz kurz seine wichtigsten Eigenschaften und die
266 Merkmale seiner Regierung zusammenfassen? Können Sie die Nostalgie vieler Bulgaren nach
267 Schiwkows Zeit und den Zusammenhang dieser Nostalgie mit seinen persönlichen
268 Eigenschaften erklären? Es erinnert sich nämlich ein großer Teil der Bulgaren noch mit
269 Rührung an die Zeit vor 1989.

270 **IB:** Todor Schiwkow wurde 1989 vom Volk gehasst. Alle Proteste und Versammlungen
271 richteten sich gegen ihn. Er kam in den Erinnerungen der Bulgaren später zurück, als das

272 Volk die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Übergangszeit einschätzte. Todor Schiwkow war
273 ein geschickter pragmatischer Führer innerhalb eines undemokratischen Systems, das
274 vollständig von der Sowjetunion abhängig war. Sein großer Fehler war, dass er das
275 sozialistische System als dauerhaft passend für Bulgarien betrachtete und Bulgarien auf den
276 Schoß der Sowjetunion setzte. Dieses System schließt eine geopolitische Änderung aus.
277 Gegen Ende seines Lebens begriff er seinen Fehler und wollte Bulgarien herausholen, aber es
278 war unmöglich. Dank seines pragmatischen Denkens wusste er bis zum Ende seines Lebens,
279 dass er ohne die Unterstützung von Gorbatschow nicht regieren konnte. Schiwkow hatte kein
280 Universitätszeugnis, allerdings war er naturbegabt, er bewies seine guten politischen
281 Eigenschaften. Er verkörperte die Gestalt eines Leiters, der aus dem Volk stammt. Dieselbe
282 Gestalt nimmt jetzt Bojko Borissow an. Die Rolle von Bojko Borissow stimmt mit der Gestalt
283 von Schiwkow überein, Borissow nutzt diese Rolle aus und deshalb ist er auch wirksam als
284 Leiter, obwohl ich das inakzeptabel finde. Bojko Borissow orientiert sich während seiner
285 ständigen Äußerungen immer gut am PR-System, in dem wir leben, die PR-Fachleute sind
286 sogar der Meinung, dass er sich selbst ohne Berater vorbereitet. Ich sage das in Verbindung
287 mit Todor Schiwkow, weil Bojko Borissow die gegenwärtige Gestalt von Schiwkow darstellt.
288 Genauso wie Todor Schiwkow weiß Bojko Borissow bescheid, dass der Erscheinungsfaktor
289 als wichtigster dient und er nimmt diesen Faktor in Betracht, jedoch innerhalb eines
290 unterschiedlichen politischen Systems. An erster Stelle ist Todor Schiwkow heutzutage
291 berühmt, weil er schon verstorben ist und nicht mehr zurückkehren kann. An zweiter Stelle ist
292 immer wieder eine Form der Sehnsucht nach der Vergangenheit zu beobachten und drittens
293 sind die Bulgaren unzufrieden mit den Folgen der Übergangszeit. Ich finde diese Nostalgie
294 nicht beunruhigend, sondern betrachte diese in konstruktiver Hinsicht. Das ist keine Nostalgie
295 nach der Vergangenheit, im Gegenteil stellt diese Nostalgie die Vorteile der vergangenen
296 sozialistischen Zeit in den Vordergrund, welche in die Zukunft übertragen werden sollten.

297 **DI:** Immanente Nachfrage: Sind Sie der Meinung, dass das bulgarische Volk immer eine
298 charismatische Person wie Todor Schiwkow und später auch Simeon von Sachsen-Coburg
299 und Gotha und Bojko Borissow gebraucht hat? Können wir behaupten, dass gemeinsame
300 persönliche Eigenschaften bei diesen drei Politikern zu bemerken sind, und zwar die
301 Fähigkeit, sich den Leuten zu nähern und den Spalt zwischen der politischen Klasse und dem
302 bescheidenen Menschen zu überwinden?

303 **IB:** Leider bin ich damit einverstanden. Ich würde es vorziehen, wenn die Bulgaren lieber von
304 Programmen anstatt von Führern angezogen würden, aber dieser Trend ist weltweit zu
305 beobachten. Schauen wir zum Beispiel auf Barack Obama, oder Sarkozy, oder Berlusconi –

306 welche Vorstellung vermitteln sie? Wir haben leider die rationale Beziehung zur Politik
307 verpasst und sind vom sozialistischen Charisma gerade in das heutige Charisma geraten. Es
308 gibt auch Leiter, die bereit sind, gegen den Strom zu schwimmen, jedoch werden solche
309 Leiter vom bulgarischen Volk abgelehnt. Warum vollzieht sich so etwas? Weil sich das
310 Wertesystem verändert hat. Die geistigen Werte sind im Hintergrund geblieben, während
311 glänzende Luxusgegenstände im Vordergrund durch die Massenmedien stark hervorgehoben
312 werden. Die Politik wird nicht mehr professionell betrachtet und die Politiker sind daran
313 schuld. Die Politiker erzeugten eine für sie günstige Welt, in der sie attraktiv im Fernsehen
314 aussehen.

315 **DI:** Warum verbinden viele Leute irrtümlicherweise den Übergang zur Demokratie
316 gedanklich mit dem Erreichen eines höheren Lebensstandards und Wohlstands?

317 **IB:** Wegen deren Erziehung. Während der sozialistischen Zeit wurden die Leute mit dem
318 Konzept erzogen, dass die Entwicklung in Richtung Fortschritt verläuft. Alle Programme
319 während der Regierungszeit der sozialistischen Partei hatten den künftigen Wohlstand als
320 Endziel. Daraus stammt die große Enttäuschung der Bulgaren über die Übergangszeit – alle
321 haben geglaubt, dass der Wohlstand eintreten würde. Dazu trugen auch die Filme, die Bücher
322 und die Gestalten, die aus dem Westen kamen, bei. In Bulgarien wurden die besten
323 amerikanischen Kinoproduktionen und Bücher absichtlich vorgestellt, die die Vorstellung
324 vom westlichen Wohlstand vermittelten. Die größte Enttäuschung stammte daraus, dass alle
325 dachten, sie würden erfolgreicher.

326 **DI:** Welches politische Modell schätzen Sie als erfolgreich und passend für Bulgarien ein?

327 **IB:** Ich halte das Modell von Simeon von Sachsen-Coburg und Gotha für das erfolgreichste
328 während der Übergangszeit. Das günstigste Modell eines vernünftig gestalteten politischen
329 Systems enthält linke und rechte bzw. Mittelfraktionen, welche sich nicht gegenseitig im Weg
330 stehen. Eine Gegenüberstellung dieser drei ist natürlich nützlich, falls diese auf politischer
331 Ebene mithilfe politischer Instrumente verwirklicht wird.

332 **DI:** Warum wird die Anzahl der Wähler immer geringer und worauf ist die große Kluft
333 zwischen den Wählern und den Politikern zurückzuführen? Ist das nicht eine der
334 Voraussetzungen für den politischen Populismus?

335 **IB:** Die Leute verzichten auf den Gebrauch ihres Wahlrechts, um die Politiker an das Gefühl
336 des Übergangsmisserfolgs, an die Korruption zu erinnern. Ich behaupte nicht, dass alle
337 Politiker korrupt sind, es gibt korrekte Volksvertreter im Parlament, jedoch kann es nicht
338 bestritten werden, dass viele Leute in der politischen Klasse ihren Lebensstandard rasch
339 erhöhten. Deswegen entwickelt sich so eine Einstellung der Wähler zu den Politikern:

340 „Warum würden die Politiker dank meiner Stimme finanziell profitieren?“ Das ist natürlich
341 eine der Hauptursachen für die Entstehung des Populismus.

342 **DI:** Kurz und bündig, welchen Preis haben die Bulgaren für die lange Übergangszeit bezahlt?
343 Wie sieht die Rekapitulation aus?

344 **IB:** Der Preis ist hoch und aufgrund dieses Preises kann man die positiven Seiten nicht sehen,
345 obwohl diese tatsächlich vorhanden sind. Das politische System erlaubt uns heutzutage,
346 unsere Position offen zum Ausdruck zu bringen. Wir sollten den Preis nicht vergessen, den
347 die 1.5 Mio. MigrantInnen bezahlt haben, die ins Ausland gegangen sind, sich dort ausbilden und
348 wegen der hohen Arbeitslosigkeitsrate nicht nach Bulgarien zurückkehren wollen. Wir dürfen
349 auch den hohen Preis nicht vergessen, den die Armen in Bulgarien bezahlen. Das Nationale
350 Statistische Institut veröffentlicht Daten, die aussagen, dass der Anteil der Armen 20 Prozent
351 beträgt, jedoch meine ich, dass allein schon der Anteil der extrem Armen bereits 20 Prozent
352 beträgt. Wir können nicht gelassen leben, solange eine solche Armut existiert. Daraus stammt
353 das peinliche Gefühl von Misserfolg und dass wir den falschen Weg gewählt haben.

354 **DI:** Welche Änderungen haben in Bulgarien nach dem EU-Beitritt stattgefunden?

355 **IB:** Unser Selbstbewusstsein hat sich zwar geändert, aber wir haben unser Ziel und unsere
356 Hoffnung verloren und das finde ich negativ. Der EU-Beitritt und das Leben nach den
357 europäischen Normen war ein Ziel der Gesellschaft, das uns ständig auf Trab hielt. Ein
358 Problem ist, dass wir das Zielobjekt auf nationaler Ebene verloren haben und dass kein neues
359 Ziel gesetzt wurde – daraus resultieren destruktive Folgen für den Staat.

360 **DI:** Können Sie als Historikerin behaupten, dass die Bulgaren die bulgarische Geschichte gut
361 kennen und sich wirklich gut daran erinnern?

362 **IB:** Nein, die Bulgaren kennen ihre eigene Geschichte wahrlich nicht gut. Sie wählen die
363 Teile aus der Geschichte bewusst aus, auf die sie stolz sein können. Das ist eigentlich
364 ausgleichend, weil wir in schwierigen Zeiten leben, und wir sind stolz auf unsere
365 Vergangenheit. Auf diese Weise entstehen zwei Gefühle, die sich gegenseitig ausschließen –
366 der außerordentliche bzw. extreme Nationalismus und der Nihilismus. Es ist kein Zufall, dass
367 die nationalistischen Parteien so erfolgreich sind. Sie setzen auf unsere ruhmreiche
368 Vergangenheit und mobilisieren die Unzufriedenheit. Sie bauen auf Ablehnung und das ist
369 nicht besonders gut.

370 **DI:** Kommen wir einmal zum Status quo: Wie würden Sie die jetzige Situation beschreiben?
371 Und zum Schluss, als jemand, der unsere Geschichte und unsere Vergangenheit ausgezeichnet
372 kennt, würden Sie die Gegenwart analysieren und eine Prognose für die Zukunft wagen?

373 **IB:** Eher bin ich von Natur aus skeptisch, ich sehe keine sehr guten Aussichten für Bulgarien.
374 Das ist meine persönliche Meinung, aber ich glaube, dass es wichtig für die Gesellschaft ist,
375 sich ein Ziel zu setzen, die Richtung vorzugeben und konstruktiv zu sein. Wir müssen den
376 jungen Leuten und den Leuten der mittleren Generation eine Hoffnung geben, dass die
377 Zukunft nur dann besser sein kann, wenn wir selbst etwas dafür tun. Die große Enttäuschung
378 über die Mitgliedschaft in der EU stammt aus der passiven Überzeugung, dass die Union uns
379 finanzieren wird. Das ist sehr falsch. Wir müssen schon begreifen, dass alles von uns selbst
380 abhängig ist. Ich denke, dass die Bulgaren verrückt geworden sind. Für deren Lage
381 beschuldigen sie stets einen anderen. Sie haben einen Grund dafür, aber sie müssen ein
382 bisschen selbstkritischer sein. Wären sie das, könnten sie besser in der Gegenwart existieren
383 und an die Zukunft denken. Ich hoffe, dass wir diese Zukunft haben werden, weil ich nicht so
384 sicher bin, wenn ich mir die demographische Tendenz anschau. Obwohl es langwierig wird,
385 kann sich diese demographische Tendenz ändern.

386 **DI:** Damit sind wir bereits am Ende unseres Gesprächs angekommen; ich bedanke mich
387 herzlich für Ihre Ausführungen!

388 **IB:** Nichts zu danken, gern geschehen und lassen Sie mich bitte wissen, falls Sie noch Hilfe
389 brauchen

Interview # 3 vom 8.1.2015

Fragen/Aufzeichnung:

Dobromir Ivanov

Masterstudent Politikwissenschaft, Universität Wien

Interviewpartner:

Univ.-Doz. Dr. Anna Krasteva, Leitende Politikwissenschaftlerin an der Neuen Bulgarischen Universität, Direktorin von CERMES (Zentrum für Flüchtlinge, Migration und Ethnische Studien) und Ehrendoktorin der Universität Lille, Frankreich.

Durchführungsort:

Die Neue Bulgarische Universität, Sofia

Interviewtermin:

Donnerstag, 8. Januar 2015, 15:00 Uhr

1 **(Dobromir Ivanov, im Folgenden DI):** Zunächst einmal herzlichen Dank, dass Sie sich die
2 Zeit für dieses Interview nehmen und dass wir uns etwas ausführlicher über den Übergang in
3 Bulgarien unterhalten können. Zuallererst würde ich gerne wissen: Glauben Sie, dass der
4 Übergang in Bulgarien und der Prozess der Umwandlung des politischen Systems endgültig
5 vorbei ist? Wenn ja, welches ist das Datum oder das Ereignis, das das Ende des Übergangs
6 gekennzeichnet hat?

7 **(Anna Krasteva, im Folgenden AK):** Die leichte Antwort wäre der Beitritt Bulgariens in die
8 EU im Jahre 2007, weil es keine interne, sondern eine externe Legitimation ist, dass wir
9 einem bestimmten Kriterium entsprechen, worauf wir uns vorbereitet haben. Das ist aber –
10 ich wiederhole mich – die leichtere Antwort. Die andere Antwort, die deutlich
11 politikwissenschaftlicher klingt, lautet: Bulgarien, unabhängig von allen Mängeln und
12 Defiziten in seiner Demokratie, entspricht diesen Kriterien für die Konsolidierung der
13 Demokratie, welche die Politikwissenschaft festgestellt hat. Das sind Regierungswechsel
14 durch Wahlen und nicht durch Umstürze und Aufstände, Links-Rechts-Wandel, Beenden oder
15 Nichtbeenden von Amtszeiten – all das sind Indikatoren für normale Prozesse. Deswegen
16 beobachten die Leute, für die der Übergang nicht beendet ist, die Prozesse vom Standpunkt
17 der Defizite in der Demokratie. Heutzutage gibt es auf der ganzen Welt kein Regime ohne
18 Defizite und deswegen wurde der Fachbegriff Postdemokratie in die Politikwissenschaft
19 eingeführt. Ich möchte noch einmal sagen, dass die Aufnahme in die EU im Jahr 2007 den
20 Beginn eines neuen Zustands bedeutet.

21 **DI:** Welche waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Akteure in den
22 vergangenen 25 Jahren?

23 **AK:** Ich habe das folgende Konzept, das ich Ihnen im Laufe der nächsten zwei Minuten
24 vorstellen werde: Wir überlebten zwei demokratische Revolutionen. Die erste wurde von den
25 Eliten durchgeführt. Sie wurde von den Eliten durchdacht, entworfen und verwirklicht, dann
26 haben die Bürger die Plätze für eine gewisse Zeit überfüllt, aber das war eine wunderschöne
27 theatralische demokratische Dekorierung des Übergangs, in dem die Eliten führend waren und
28 die Ziele bestimmten (EU, NATO). Das waren die Ziele, die die Eliten gesetzt haben. Mit der
29 zweiten demokratischen Revolution (so nenne ich sie), die in den letzten Jahren stattfand (die
30 Kulmination war im Jahr 2013), erschienen neue Akteure auf der politischen Bildfläche – die
31 Bürger. Das waren nicht nur unbedingt die Bürger draußen auf den Plätzen, sondern auch die
32 Bürger in den sozialen Netzwerken, die Bürger aus den Ökoinitiativen, die an anderen aktiven
33 sozialen Initiativen beteiligten Bürger, die Bürger, die immer mehr Ansprüche den
34 Institutionen gegenüber stellen, die Bürger, die Rechenschaft von den Politikern wollen.

35 Eigentlich beobachten wir die Entstehung und Popularisierung sowie Massenverbreitung
36 einer neuen Bürgerkultur, die für mich wesentlich ist und mir erlaubt, diese Hypothese über
37 die zweite demokratische Revolution zu formulieren. So existieren zwei Typen von Akteuren
38 – anfangs die Eliten und später die Bürger. Die Eliten von heute sind nicht die Eliten von
39 gestern, die keine Gegner hatten. Die heutigen Eliten müssen sich vor den Bürgern beweisen.
40 Allerdings haben sie weder die Lust noch die Fähigkeit das zu tun, aber je weniger sie das
41 machen, desto größer werden die Spannungen in der Bevölkerung.

42 **DI:** An dieser Stelle schließt sich noch eine Frage in Bezug auf die politischen Akteure an:
43 Welche waren die größten Konflikte in der bulgarischen politischen Arena während des
44 Übergangs?

45 **AK:** Da gibt es ziemlich viele: Das erste, was ich aus der Perspektive der Konfliktlösung
46 beobachtet habe, ist der ethnische Konflikt. Bulgarien trat in den Übergang zu Zeiten eines
47 sehr schweren ethnischen Konflikts ein, und zwar des sog. Vazroditelen-Prozesses
48 (Wiedergeburtprozesses) und der Massenauswanderung der Türken im Sommer und im
49 Herbst 1989. Zu dieser Zeit erwarteten viele Analysatoren (nicht bulgarische, sondern
50 ausländische) einen bewaffneten Konflikt in Bulgarien. Einer der wenigen großen Erfolge der
51 bulgarischen politischen Elite, der Parteien und insbesondere der DPS seit dem Beginn des
52 Übergangs war die Einführung institutioneller Mechanismen, wodurch dieser Konflikt so zu
53 sagen geregelt wurde. Das ist, noch einmal gesagt, ein großer Erfolg der bulgarischen
54 Demokratie und nicht zufällig war sowohl zu Hause als auch im Ausland ein Fachbegriff in
55 Umlauf, der von Ahmed Dogan eingeführt und von der ganzen politischen Elite wiederholt
56 wurde – „das bulgarische ethnische Modell“. Diese Konflikte betrachten wir leider aus einer
57 anderen (nationalistischen) Perspektive, was von einer Art von Konflikten geprägt wurde. Auf
58 der anderen Seite sehen wir leider zuletzt einen wachsenden Nationalismus der bulgarischen
59 nationalistischen Parteien, so dass man ein Wiedererwachen der ethnischen Konflikte
60 zwischen Bulgaren und Türken beobachten muss, die zumindest zu Beginn des Übergangs
61 beherrscht wurden. Als Opfer dieser Konflikte wurden die Roma ausgewählt. Das ist kein
62 bulgarisches Patent. Die Konflikte sind vielschichtig. Es gibt Konflikte, die Ausdruck von
63 Defiziten der Demokratie sind, es gibt aber auch andere Konflikte, die Ausdruck ihrer
64 Vitalität sind. Das sind solche positiven Konflikte, die die Öffentlichkeit nach vorne bewegen
65 und die Kräfte der Öffentlichkeit ausdrücken. Solche Konflikte sind wie eine Art Lokomotive
66 der Öffentlichkeit, die neue Perspektiven eröffnen.

67 **DI:** Warum hat nur Bulgarien (im Unterschied zu den anderen Ländern des Ostblocks) in den
68 ersten demokratischen Wahlen wieder Vertreter der alten politischen Elite gewählt?

69 **AK:** Diese Frage ist zu kompliziert für eine einzige Antwort. An erster Stelle ist jedoch der
70 Mangel an einer bedeutenden Dissidentenbewegung festzustellen. Wir können Bulgarien
71 weder mit Polen, das eine ganze Generation von Leitern hatte, noch mit der
72 Tschechoslowakei, das starke Personen und viele Dissidenten hatte, vergleichen. Was hatte
73 Bulgarien, als die Zeit der Wahlen gekommen ist? Einen Club der Demokratie, in welchem
74 die meisten Vertreter Kommunisten waren, Mitglieder der kommunistischen Partei und
75 Proteste, die keine Vertreter hatten. Wir hatten ein neu entstehendes Netz – das war die SDS.
76 Betrachtet man die Gesichter am Runden Tisch, sieht man Personen, die die Öffentlichkeit
77 erst kennen lernen sollte. Das würde ich an die erste Stelle setzen. Zweitens sind sie aus dem
78 Standpunkt des politischen Angebots und der politischen Nachfrage äußerst eng verbunden.
79 Die gute Beziehung der Bulgaren sowohl zur sowjetischen Nation als auch zum
80 kommunistischen Regime repräsentierte eher eine Neigung zu einem Evolutions- und zu
81 keinem Revolutionsübergang. An dritter Stelle beobachte ich diese eher negativen Faktoren
82 positiv. Eine solche positive Tendenz war, dass Bulgarien nicht dem rumänischen Übergang
83 folgte. Ich selbst führte Gespräche mit Freunden von mir mit (scheinbar) echten
84 demokratischen Stimmungen, die meinten: „Das muss beendet werden! Der Diktator muss
85 getötet werden!“ Jedoch sage ich: Eine Demokratie und ein Rechtsstaat lassen sich mit
86 rechtswidrigen Mitteln nicht aufbauen, weil Bulgarien früher ein rechtswidriger Staat im
87 Namen der Werte des ehemaligen Regimes war. Die Werte des neuen Regimes dürfen nicht
88 rechtswidrig sein. Es gab eine Mäßigkeit, die immerhin eine bessere Voraussetzung für den
89 Übergang zum Rechtsstaat war. Es dürfen keine eigenmächtigen rechtswidrigen Handlungen
90 vorgenommen werden, sondern eine allmähliche Bildung der politischen Elite eben durch
91 Wahlen. Immerhin dauerte diese Periode nicht lange und das Faktum, dass der Übergang von
92 der Elite durch die kommunistische Partei gestartet wurde, ist nicht zu unterschätzen. Mit
93 anderen Worten: Es gab keine Lust auf Veränderung, noch nicht einmal im Rahmen der
94 kommunistischen/sozialistischen Partei.

95 **DI:** Warum wurde Ihrer Meinung nach die BKP von der politischen Karte Bulgariens nach
96 1989 nicht vollständig gelöscht, wie viele andere solche Parteien im Ostblock?

97 **AK:** Wenn wir die ersten Jahre des Übergangs näher beobachten, werden wir erfahren, dass
98 die BSP die ganze politische Szene ausfüllte. Aus der BSP teilten sich Gruppen, die entweder

99 ein Teil der SDS wurden oder neue Formationen bildeten. Das waren Leute, die sich nicht nur
100 von der BSP abgrenzten, sondern die Ideale einer neuen politischen und demokratisierenden
101 Szene in sich trugen. Viele solcher politischer Subjekte, die ein Teil von BSP gestern waren,
102 können die Politik dieser Partei nicht einfach radikal ins Abseits schieben, weil das auch
103 Diskreditierung für sie selbst bedeuten würde. Das ist der erste Grund. Der zweite Grund
104 ist: Die politische Szene braucht sowohl rechte als auch linke Parteien. Zu dieser Zeit gab es
105 außer der BSP keine anderen linken Parteien. Die Leute mit linksgerichteten Ansichten hatten
106 keine andere Wahl, für sie gab es nur die BSP. Eine demokratische Szene kann nicht nur mit
107 einer Linkspartei existieren.

108 **DI:** Welches war Ihrer Meinung nach das wichtigste Ereignis für den politischen Übergang
109 Bulgariens?

110 **AK:** Es waren zwei wichtigste Ereignisse – der EU-Beitritt und der NATO-Beitritt. Es gab
111 auch andere scheinbar nicht so wichtige, aber für die Bevölkerung sehr markante Daten – wie
112 z. B. das Datum der Visumsabschaffung. Für den einfachen Bürger, der sich normalerweise
113 für Politik nicht interessiert, war das ein großes Ereignis, ein großes erreichtes Ziel, und zwar
114 wird erst dann Interesse gezeigt, wenn die Politik unmittelbar mit dem eigenen Leben zu tun
115 hat. Ich möchte nicht kommentieren, ob manche Regierungen besser waren als andere, aber
116 während der Regierung von Iwan Kostow gab es bedeutende Daten (auf dem Weg zur
117 Bildung einer Demokratie), dann während der Regierung von Simeon dem Zweiten, die das
118 Ende des bipolaren Modells markierte. Das hatte eine sehr große Bedeutung für die politische
119 Szene.

120 **DI:** Welche sind für Sie die Gründe für die lange Transformation des Wirtschaftssystems von
121 Planwirtschaft zu Marktwirtschaft?

122 **AK:** Bis jetzt haben wir nur über die Politik gesprochen, jetzt spreche ich ein bisschen über
123 die Wirtschaft. Ich war und bin nach wie vor der Meinung, dass der Übergang vom
124 wirtschaftlichen Standpunkt ein großer Misserfolg ist. Ich bin keine
125 Wirtschaftswissenschaftlerin, aber viele der getroffenen Entscheidungen waren in erster Linie
126 politisch. Das Rückgabegesetz für das Land warf die bulgarische Landwirtschaft um ein paar
127 Jahrzehnte zurück, bis jetzt konnte sich die Situation in diesem Bereich nicht verbessern. So
128 etwas hat kein anderer Staat gemacht, weil es absolut unrealistisch war. Danach gab es
129 schwerwiegende Folgen. Bulgarien war und ist immer noch ein für die Landwirtschaft
130 wunderbares Land, aber trotzdem wird fast die ganze Obst- und Gemüsemenge aus den

131 Nachbarländern importiert, die fast identische klimatische Bedingungen haben. So werden die
132 Preise dieser Produkte höher für die bulgarische Bevölkerung. Die zweite (ebenfalls
133 ideologische) Entscheidung war, die Restitution vor der Privatisierung durchzuführen. Der
134 dritte Grund war die banditenartige Durchführung der Privatisierung, die dazu dienen sollte,
135 den Interessen bestimmter Personen zu entsprechen, was vor allem zur Privatisierung des
136 öffentlichen Vermögens führte. Die zweite Folge war im Bereich der politischen Psychologie
137 anzusiedeln, weil dies viele Leute veranlasste, Widerwillen gegen den Prozess des Übergangs
138 zu empfinden, da der Übergang bereits seit dessen Beginn den Interessen der Elite und nicht
139 den Interessen des ganzen Volkes unterworfen war. Es gab keine Regierung, die eine Politik
140 zur Unterstützung der Mittelklasse durchführte. Es ist ein Paradox, aber die stärksten
141 Einschränkungen für die kleinen und die mittelständischen Unternehmen fanden zu einer Zeit
142 statt, in der rechte Regierungen an der Macht waren. Genau diese Unternehmen sind immer
143 ausgepresst, auch heute ist es ziemlich anstrengend eine kleine oder mittelständische Firma zu
144 betreiben und genau solche Firmen sind die Grundlage einer starken Wirtschaft. Die
145 wirtschaftlichen Misserfolge haben mit den gesetzten politischen Zielen zu tun, die nur den
146 Interessen von bestimmten Gruppen entsprechen. Der zweite Ausdruck davon war, dass die
147 Bulgaren den gleichen Lebensstandard wie vor dem Jahr 1989 deutlich später als andere
148 Länder erreicht haben, ich glaube ungefähr 15 Jahre nach der Wende. Drittens ist die Geburt
149 der Oligarchie zu nennen. Dieser Mix aus Staat, Mafia, organisierter Kriminalität und einer
150 korrupten Elite – das ist alles ein Resultat aus dem Übergang, der ein Hindernis für die
151 Entwicklung Bulgariens ist. Das größte Problem des Übergangs ist Folgendes: Unser Staat
152 machte den Wechsel von einer nicht effektiven Planwirtschaft zu einer nicht effektiven
153 Marktwirtschaft mit irgendwelchen Neoliberalen, die in der Form nirgendwo sonst auf der
154 Welt existieren. Sie erzählen von einer neoliberalen Utopie ohne Politik, die die Entwicklung
155 von „gesunden“ wirtschaftlichen Subjekten wie Mittelklasse oder Kleinunternehmen
156 unterstützt.

157 **DI:** An dieser Stelle schließt sich noch eine Frage in Bezug auf den Übergang an: Was
158 meinen Sie über die Übergangszeit in Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn?

159 **AK:** Viele Leute sind der Meinung, dass die Übergangszeit in diesen Ländern erfolgreicher
160 und schneller als die Übergangszeit in Bulgarien ist. Ich würde einige Ursachen dafür
161 hervorheben. Allen voran begannen diese Länder den Übergang von einem deutlich höheren
162 Niveau – in fast jedem Sinne. Dies bezieht sich sowohl auf den wirtschaftlichen Hintergrund
163 während der sozialistischen Regime als auch auf die wirtschaftliche Entwicklung vor dem
164 Zweiten Weltkrieg. Zweitens war ihre Elite deutlich „erwachsener“, ihre politische Klasse

165 deutlich visionärer. Drittens gab es in den Ländern eine reifere Zivilgesellschaft. In Bulgarien
166 (mit Ausnahme der letzten Jahre) verkündeten wir bei jedem Protest, dass die
167 Zivilgesellschaft geboren wurde, und sie „schief“ schon wieder „ein“. Erst in den letzten
168 Jahren sehen wir echte Aktionen der Zivilgesellschaft, die nicht durch NGOs unterstützt
169 werden. In den anderen Ländern gab es deutlich mehr echte Vertreter der Zivilgesellschaft,
170 die mehr Kraft als Leiter hatten. Viertens und fünftens: Die anderen Länder machten nicht die
171 Fehler, die Bulgarien machte – wie z. B. die Restitution, nach der irgendwelche Rentiers
172 geboren wurden, die nur wissen wie man Geld ausgibt, aber nicht, wie man es investiert, die
173 nicht produzieren können und die keine Ahnung von der Entwicklung der Landwirtschaft
174 haben. Wenn man sich solche Fehler spart, hat man weniger Hindernisse auf dem Weg nach
175 vorne. Ich würde auch eine bessere Balance zwischen einem stärkeren im Vergleich zu
176 unserem Nationalismus und einer pragmatischer Beziehung zu der EU hinzufügen. Polen hat
177 z. B. eine perfekte Balance zwischen einem Nationalismus, der stärker ist, als wir ihn haben,
178 und einer pragmatischeren Beziehung zur EU. Polen, das ein sehr problematisches Mitglied
179 der EU ist, hat keine solche ideologische Beziehung, dieses Land ist nicht so exaltiert, aber
180 man weiß sehr gut, wie man von der EU profitieren kann. Deswegen sehen wir auch jetzt
181 viele polnische Vertreter unter der europäischen politischen Elite. Folglich würde die Antwort
182 lauten: ein pragmatischer Mix aus einem nationalen Selbstbewusstsein und einer besseren
183 Beziehung zur europäischen Integration.

184 **DI:** Welche sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für die häufigen Regierungswechsel in
185 Bulgarien?

186 **AK:** Ich habe diese Problematik nicht gesondert untersucht, weil die politische Kultur in
187 diesem Bereich sehr unterschiedlich sein kann; in Deutschland und in Italien beispielsweise
188 halten die Regierungen im Allgemeinen nicht gleich lang. Die politische Kultur etwa in
189 Deutschland ist ganz anders als unsere, deswegen wäre es auch ganz schwierig, unseres mit
190 deren Modell zu vergleichen, aber wenn wir etwa Italien hernehmen, glaube ich nicht, dass
191 Italiens Regierungen länger an der Macht bleiben als unsere. Ich sage das in einem breiteren
192 Kontext, damit man es nicht so versteht, dass wir irgendwie seltsam wären oder zu kurze
193 Regierungsperioden hätten, denn das ist nicht der Fall. In Bezug auf die Ursachen: Sie sind
194 spezifisch für jede Regierung – z. B. unangemessene Entscheidungen (Filip Dimitrow, der für
195 den Mangel an Erfahrung durch die Vertrauensfrage bezahlte). Die Tatsache, dass manche
196 Regierungen ihre Amtszeit nicht erfüllen, ist für manche Personen einfach Misserfolg, für
197 andere das Ende der politischen Karriere, für wiederum andere eine kluge politische

198 Entscheidung, durch die sie in kurzer Zeit erneut an die Macht kommen. Die Ursachen sind
199 unterschiedlich, man kann sie nicht verallgemeinern. Wenn es politische Instabilität gibt, ist
200 häufig die nicht erfüllte Amtszeit eine Lösung in der jeweiligen Situation wie z. B. bei der
201 Regierung von Schan Widenow, der die Macht vor dem Ende seiner Amtszeit übergab.
202 Meiner Meinung nach war das ein Gentleman-Akt. Ich würde sagen, dass die kurzlebigen
203 Regierungen einfach ein Ende von politischen Krisen auszeichneten. Sie führten zu mehr
204 Instabilität, halfen aber der Wirtschaft und dem Land insgesamt weiterzukommen.

205

206 **DI:** Eine letzte Frage noch, wenn Sie erlauben: Wie erklären sich die Ergebnisse aus einigen
207 Forschungen, die zeigen, dass die Bulgaren die unglücklichsten Europäer sind?

208 **AK:** Die Leute vergleichen einfach, wie sie vor der Wende und 15 – 20 Jahre danach lebten.
209 Wie können die Leute gut leben, wenn objektive Indikatoren ein Beweis für den niedrigen
210 Lebensstandard sind? Bulgarien ist das ärmste Land Europas. Die Gefühle des Volkes haben
211 mit diesen Indikatoren zu tun. Es ist nicht zu vergessen, dass Tschauschesku (*Anm. d. Verf.:
212 ehemaliges Staatsoberhaupt Rumäniens*) z. B. sein Volk auspresste, um alle Schulden zu
213 decken. Todor Schiwkow hat eine gegenteilige Politik verfolgt – er hat viele Kredite
214 aufgenommen, die die postkommunistischen Bürger bezahlen mussten, das führte aber zu
215 einer Verbesserung der Lebensqualität.

216 **DI:** Vielen Dank für das nette Gespräch mit Ihnen und für Ihre Zeit!

217 **AK:** Nichts zu danken, die Freude ist ganz meinerseits und ich wünsche Ihnen weiterhin viel
218 Erfolg

Interview # 4 vom 1.2.2015

Fragen/Aufzeichnung:

Dobromir Ivanov

Masterstudent Politikwissenschaft, Universität Wien

Interviewpartner:

Ivan Krastev, Leiter des Zentrums für liberale Strategie in Bulgarien, Mitbegründer des Forschungszentrums Europäischer Rat für Auslandsbeziehungen (ECFR) und des Internationalen Instituts für strategische Studien (IISS)

Durchführungsort:

Videogespräch zwischen Wien und Sofia

Interviewtermin:

Sonntag, 1. Februar 2015, 14:00 Uhr

1 **(Dobromir Ivanov, im Folgenden DI):** Besten Dank für die Zeit, die Sie unserem Interview
2 widmen! Meine erste Frage lautet: Meinen Sie, dass der Übergang in Bulgarien und der
3 Transformationsprozess des politischen Regimes endgültig abgeschlossen sind? Wenn ja,
4 welches Datum oder welches Ereignis haben das Ende des Übergangs gekennzeichnet?

5 **(Ivan Krastev, im Folgenden IK):** Es gibt diverse Arten, wodurch sich eine solche politische
6 Transformation definieren und beweisen lässt. In diesem Sinne meine ich, dass man, sobald
7 eine Partei gestürzt ist, dann die Wahlen gewinnt, danach die Wahlen verliert und wieder
8 durch Wahlen an die Macht kommt, von einem Ende der politischen Transformation sprechen
9 kann. In diesem Sinne kann behauptet werden, dass das Ende des politischen Übergangs etwa
10 Mitte der 1990er Jahre stattfand, als die beiden größten Parteien schon an der Macht gewesen
11 waren, danach die Macht verloren, diese aber bald wieder ergriffen. Hinsichtlich des
12 wirtschaftlichen Übergangs ist sehr wichtig, wie dieser definiert wird, und hier sind der
13 Wechsel der grundlegenden Institutionen und das Problem mit der Änderung der
14 Eigentumsverhältnisse bestimmende Definitionen, jedoch würde ich eher den Beitritt
15 Bulgariens in die EU im Jahr 2007 nennen.

16 **DI:** Warum hat sich nur Bulgarien (im Gegensatz zu den anderen Ländern des Ostblocks)
17 Ihrer Ansicht nach entschieden, erneut Vertreter aus der alten politischen Elite bei den ersten
18 demokratischen Wahlen zu wählen und inwiefern war dies von Bedeutung für die
19 Weiterentwicklung des Übergangs?

20 **IK:** Natürlich ist es von außerordentlicher Bedeutung. Um es etwas präziser auszudrücken,
21 geschieht das nicht nur bei uns, sondern auch in Rumänien, wo es auch Vertretern der alten
22 politischen Elite gelingt, an die Macht zu kommen. Hier ist die Erklärung mit der politischen
23 und wirtschaftlichen Situation verbunden. Vor 1989 stand Bulgarien unter sowjetischem
24 Einfluss, und unser Land wurde an der sowjetischen Wirtschaft stark beteiligt. Es gab sehr
25 schwach ausgeprägte anti-russische Einstellungen, die verständlich und mit dem traditionellen
26 anti-türkischen Nationalismus der Bevölkerung verbunden sind, sowie natürlich eine fast
27 gänzlich fehlende Opposition und fast keinen Widerstand. Es ist wichtig zu erwähnen, dass
28 sich die Opposition auf die voreilig organisierten Wahlen nicht gut genug vorbereiten konnte
29 – die Opposition verfügte weder über eine deutliche Erkennbarkeit noch über eine klare
30 Struktur. Darüber hinaus ist Bulgarien eines der wenigen Länder, in denen der Nationalismus
31 und das demokratische Projekt voneinander getrennt wurden. Überall sonst (z. B. in Polen,
32 Tschechien und Ungarn) ist die nationale Idee mit der Demokratie verbunden, und die

33 nationalistischen Parteien treten als demokratische Parteien auf. In Bulgarien ist die
34 nationalistische Idee eher mit der Sozialistischen Partei verbunden und auch durch diese
35 vertreten, was die Ergebnisse der ersten Wahlen weitgehend erklärt. Sicherlich lässt sich
36 zusammenfassen, dass die Ergebnisse der ersten Wahl eine enorme Bedeutung für die weitere
37 Entwicklung des Landes haben.

38 **DI:** Welches waren Ihrer Meinung nach die Gründe, dass die BKP nach 1989 nicht ins
39 Abseits geschoben bzw. nicht von der politischen Landkarte weg gelöscht wurde, ähnlich dem
40 Schicksal der anderen Parteien im ehemaligen Ostblock?

41 **IK:** Meiner Meinung nach ist die enorme Anzahl an Stimmen, die die Partei bei den Wahlen
42 in den Jahren 1990 und 1991 gewonnen hat, der einzige Grund hierfür.

43 **DI:** Welches waren die gravierenden Konflikte in der politischen Arena bei uns zum
44 Zeitpunkt des Übergangs?

45 **IK:** Innerhalb dieser bereits 25 Jahre veränderten sich die Grundkonflikte. In den frühen
46 1990er Jahren war die Einstellung zur Vergangenheit und zur Beurteilung der
47 kommunistischen Ära vielleicht einer der wichtigsten Konflikte und im Großen und Ganzen
48 gestaltete dies die bipolare Konfrontation und die ideologische Gegenüberstellung zwischen
49 BSP und SDS. Genau dann bevorzugte die BSP, die vergangenen 45 Jahre zu verteidigen statt
50 sich auf die heiklen wirtschaftlichen Probleme des Landes zu konzentrieren, die für
51 nachrangig gehalten wurden. Die BSP brachte keine klaren Ideen zur Entwicklung des Landes
52 hervor, eher konzentrierte sie sich darauf, die Vergangenheit zu schützen. Das große Problem
53 dieses Zeitraums ist, dass die Regierenden keine Entwicklungstendenz der Außenpolitik des
54 Landes vorgeben konnten. Aus diesem Grund ist es nicht weiter verwunderlich, dass
55 Bulgarien eines der letzten osteuropäischen Länder ist, das Interesse sowohl an der EU als
56 auch an der NATO gezeigt hat. Ein weiterer großer Konflikt während des Übergangs ist die
57 Einstellung der Menschen zum Übergang selbst und dazu, wie sich dieser Übergang ihrer
58 Meinung nach entwickelt hat. Es entwickeln sich sehr starke öffentliche Meinungen, die
59 argumentieren, dass der Übergang fehlgeschlagen oder noch nicht vollständig abgeschlossen
60 ist, oder dass er die erwartete Veränderung nicht gebracht hat. Daraus resultiert ein
61 vollständiger Wandel des politischen Modells, da Bulgarien eines der wenigen Länder ist, wo
62 gerade neu gegründete Parteien die Wahlen zweimal gewonnen haben. Damit meine ich die
63 Wahlsiege der NDSV und GERB. Dies zeigt auch das Vorhandensein einer Protestwahl.

64 **DI:** Können Sie die bulgarische Übergangszeit mit der Übergangszeit in Ländern wie Polen,
65 Tschechien oder Ungarn vergleichen?

66 **IK:** Das ist ein äußerst umstrittenes Thema. Die Beurteilung der einzelnen
67 Übergangsprozesse hängt davon ab, zu welchem Zeitpunkt sie eingeschätzt werden. Jedes
68 Land hat eine andere Ausgangsposition und eine andere Entwicklung. Länder, die in einem
69 bestimmten Zeitraum erfolgreich zu sein scheinen, lassen sich in der nächsten Periode als
70 nicht so erfolgreich bewerten. Nehmen wir etwa das Beispiel Ungarn, wo es Ende der 1990er
71 Jahre viele ausländische Investitionen gab und das politische System als sehr stabil
72 empfunden wurde. Heute behaupten viele Menschen, dass der Übergang im Land gescheitert
73 ist. Andererseits meinen viele Politikwissenschaftler, dass der Übergang in Polen am
74 erfolgreichsten sei, obwohl das Land viele Regierungswechsel in den 1990er Jahren überlebte
75 und viele wirtschaftliche Probleme hatte.

76 **DI:** Wer waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Akteure in den vergangenen
77 25 Jahren?

78 **IK:** Im Zeitraum bis 2001 lässt sich zweifellos behaupten, dass BSP und SDS die wichtigsten
79 politischen Akteure des Übergangs waren. Im Jahr 2001 gewann NDSV die Wahlen und seit
80 diesem Zeitpunkt erfolgte ein rascher Wechsel dieser wichtigen politischen Akteure,
81 gleichzeitig wurde die DPS, die zu Beginn des Übergangs nur eine kleine ethnische Partei
82 war, immer wichtiger für die Entwicklung und Regierung des Landes.

83 **DI:** Lässt sich behaupten, dass Stiftungen und Initiativen wie Konrad-Adenauer-Stiftung,
84 Friedrich-Ebert-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung ebenfalls
85 von großer Bedeutung für den Übergang waren? Sie haben eng mit ihnen
86 zusammengearbeitet...

87 **IK:** Ja! Erstens haben sie eine wesentliche Bedeutung für die Gestaltung der politischen
88 Plattformen der Parteien gleich nach dem Anfang des Übergangs. Zweitens ermöglichen sie
89 diesen Parteien, akzeptiert und in die großen politischen Familien aufgenommen zu werden,
90 was sowohl vor dem Beitritt Bulgariens in die EU als auch in den ersten Jahren nach dem
91 Beitritt besonders wichtig war. Drittens haben sie eine große Rolle mit deren Know-how, mit
92 der Bildungspolitik und Partnerkontakten sowie mit der engen Zusammenarbeit mit anderen
93 Organisationen in Osteuropa gespielt.

94 **DI:** Jedoch kann ich folgende Frage nicht auslassen: Was war die Rolle der Organisation
95 *Zentrum für liberale Strategien*, deren Gründer und Vorsitzender Sie seit 1994 sind?

96 **IK:** Das Hauptziel der Organisation war, Teilnehmer an der Herstellung eines politischen
97 Konsenses im Land zu sein. Diese Organisation, wie auch viele ähnliche, hat versucht,
98 gemeinsame Ziele, Positionen und Ideen zu definieren und zu etablieren, die von allen
99 politischen Parteien des Landes angenommen werden mussten, was für die Zeit des
100 Übergangs besonders wichtig war. Auch bemühte sie sich, die Menschen, die beschlossen
101 hatten, im Ausland zu studieren, aber später zurückkehrten, wieder zu integrieren, indem sie
102 Netzwerke und Kontakte schuf. In Situationen politischer Krisen waren wir immer ein
103 Mediator bei der Konfliktlösung und haben versucht, einen Ausweg zu finden.

104 **DI:** Welches sind Ihrer Meinung nach die Hauptursachen für den häufigen Wechsel der
105 bulgarischen Regierungen?

106 **IK:** Dem bulgarischen Wähler ist bewusst, dass er Regierungen wechseln kann, ohne die
107 Politik an sich verändern zu können. Enttäuschung und Protestwahl suchen sehr schnell ihre
108 Realisierung in einem Regierungswechsel. Das Ziel lautet: Wenn es schon keine neuen Ideen
109 gibt, dann gibt es zumindest neue Leute.

110 **DI:** Welche ist Ihrer Meinung nach die erfolgreichste Regierung seit 1989 und warum? Einige
111 behaupten, es sei die Regierung Kostows zwischen 1997 und 2001 gewesen, weil sie die erste
112 Regierung war, die die volle Amtszeit beendet hat; anderen zufolge ist es die Regierung der
113 NDSV aus dem Jahr 2001.

114 **IK:** Was unbestreitbar ist, ist die Tatsache, dass die Regierung, die die wichtigste Rolle für
115 die radikalste Veränderung im politischen und wirtschaftlichen System gespielt hat, jene von
116 Kostow war; daraus resultiert jedoch nicht, dass diese Regierung unbedingt besser war als die
117 anderen, sie hat aber eine historische Rolle gespielt, weil sie sich als jene Regierung erwies,
118 die die Endphase des politischen und wirtschaftlichen Übergangs im Land abgeschlossen hat.

119 **DI:** Sie waren der Veranstalter der ersten vorläufigen Wahlen für das Präsidentenamt im Jahr
120 1995, welche von Petar Stojanow gewonnen wurden. Können Sie uns mehr über dieses
121 wegweisende Ereignis erzählen?

122 **IK:** Nach den Jahren 1994-95 war die Spaltung der Opposition eine der tatsächlichen
123 Gegebenheiten. Der Zusammenbruch der verschiedenen Fraktionen der SDS war ein Prozess,

124 der bereits in den 1990er Jahren begonnen hatte. Die Wahlen in Polen, bei denen einer der
125 Kandidaten der Solidarnosc, Lech Valesa, verlor, haben mir gezeigt, dass die Teilnahme der
126 Opposition mit mehr als einem Kandidaten die Erfolgchancen mindert. Die Frage war, wie
127 man sich für einen gemeinsamen Kandidaten entscheiden könnte. Es wurde klar, dass ein
128 innerparteilicher Kompromiss undenkbar war. Dann habe ich die US-Erfahrung genutzt: Die
129 Idee, die wir zusammen mit dem Republikanischen Institut der Vereinigten Staaten
130 vorgeschlagen und entwickelt haben, war folgende: Die Durchführung vorläufiger Wahlen
131 hatte drei wesentliche Vorteile. So beeinflussten sie erstens die vorläufige Mobilisierung der
132 Wähler der Opposition, wobei politische Oppositionsparteien sehen können, wer ihre aktiven
133 Unterstützer sind. Zweitens lässt sich sagen, dass der Gewinner der internen Wahlen mit
134 einem „fliegenden Start“ zum echten Wettbewerb gelangt. Und das Dritte, das besonders
135 wichtig ist, ist die Tatsache, dass sich die Opposition eher vereinen kann. Damit die Idee
136 funktionieren konnte, wurde angenommen, dass alle Teilnehmer – in diesem Fall der
137 Kandidat der SDS Petar Stojanow und der Präsident Schelew – bereit wären, im Falle eines
138 Misserfolgs den anderen Kandidaten zu unterstützen. Der große Erfolg der vorläufigen
139 Wahlen war mit der Tatsache verbunden, dass eine große Anzahl von fast einer Million
140 Menschen im Rahmen dieser Wahlen ihre Stimme abgaben, wodurch sie legitim wurden. Der
141 zweite Vorteil war, dass Dr. Schelew wegen seines Misserfolgs abtrat, wodurch Petar
142 Stojanow sich erlaubte, als legitimer Kandidat der Opposition wahrgenommen zu werden,
143 was dem vorher wenig bekannten Politiker Stojanov ermöglichte, die Präsidentschaftswahlen
144 zu gewinnen.

145 **DI:** Was denken Sie über die Prozesse der Restitution und der Privatisierung in Bulgarien?

146 **IK:** Ein Teil des Problems im bulgarischen Übergang besteht darin, dass die wirtschaftliche
147 Problematik am Anfang, d. h. in den Jahren 1990-91, im Hintergrund geblieben ist. Schwierig
148 erfolgte die Restitution von Grund und Boden. Für längere Zeit blieb ein großer Teil der
149 landwirtschaftlichen Flächen einfach ungenutzt. Dasselbe Problem tauchte auch bei der
150 Privatisierung auf: Die Privatisierung der großen Unternehmen in Bulgarien wurde
151 verschoben. Sie erfolgte vor allem als Ergebnis der Bankenkrise im Zeitraum 1996-97, in der
152 viele dieser Unternehmen bereits viel an Wert verloren hatten. Zu diesem Zeitpunkt war das
153 fremde Interesse an diesen Unternehmen sehr gering, und dies führte zur Tatsache, dass die
154 bulgarische Wirtschaft ihre Wettbewerbsvorteile verlor.

155 **DI:** Wie erklären Sie die Ergebnisse einer Studie, die zeigt, dass ein großer Prozentsatz der
156 Bulgaren glaubt, dass sie unglücklich mit ihrem Leben sind?

157 **IK:** Für einen Teil der Bevölkerung ist es wahr. Es gibt bestimmte soziale und Altersgruppen,
158 die durch den Übergang unbestreitbar verloren haben. Menschen, die bestimmten Strukturen
159 zugeordnet wurden, erwiesen sich in einem schweren Zustand. Eine weitere bulgarische
160 Besonderheit ist, dass etwa 800-900.000 Menschen in dieser Zeit das Land verließen. Ein
161 weiterer Grund für den extrem großen Pessimismus und die Negativität hinsichtlich dieser
162 Ergebnisse ist, dass die Menschen keine Vergleiche mit dem Leben vor 1989, sondern
163 Parallelen zwischen den Einkommen, dem sozialen Stand und der Arbeitsqualität in den
164 anderen europäischen Ländern ziehen.

165 **DI:** Warum kommen immer weniger Menschen zur Wahl, und worin besteht Ihrer Meinung
166 nach die große Kluft zwischen der politischen Elite und dem durchschnittlichen Wähler? Ist
167 das nicht die Voraussetzung für den politischen Populismus in unserem Land?

168 **IK:** Die Menschen haben nicht das Gefühl, dass sie vertreten werden und dass ihre Stimme
169 etwas ändern könnte. In diesen Jahren stimmen viele Bulgaren selten ab. Immer höher wird
170 die Zahl derjenigen, die am Wahltag anders wählen als bei den vorherigen Wahlen. Der
171 Wunsch der Menschen war während der ganzen Zeit, einen neuen Leader, eine neue
172 politische Partei zu bekommen, welche die Probleme lösen können. Da die Probleme ungelöst
173 geblieben sind, wächst die Zahl der Nichtwählenden und da etabliert sich die Idee, dass jede
174 Stimme sinnlos sei. Das Scheitern einer Reihe von Regierungen und die Tatsache, dass die
175 Menschen keine Ergebnisse ihrer Wahl sehen, ist die einfachste Erklärung dafür, warum sie
176 nicht wählen wollen: Ihr Verhalten ist gewissermaßen logisch, verständlich und rational.

177 **DI:** Ist nicht das größte Problem im Laufe der Jahre, dass die bulgarischen Wähler jene
178 Personen als ihre Vertreter wählten, die sie als verwandt empfanden, weil sie gleiche
179 Lebensvorstellungen hatten?

180 **IK:** Das ist vollkommen normal. Die Demokratie hat diese Besonderheit, sie ist ein
181 unbestreitbar stark egalitäres Spiel, in dem man Menschen wählt, die man nicht unbedingt für
182 absolut clever hält, sondern Leute, von denen man denkt, dass sie die Welt genauso
183 wahrnehmen. Anfang der 1990er Jahre waren jene Menschen ein großer Teil der politischen
184 Elite, die von leitenden Positionen mit einer soliden Bildung und hohem Kompetenzniveau
185 kamen und Wähler stimmten über sie ab. Das Erste, was sie gemacht haben, als sie sich von

186 dieser Art der geistigen Eliten enttäuscht fühlten, war, dass sie über Menschen abstimmten, in
187 denen sie sich selbst sahen, weil sie die Welt wie sie empfunden hatten, sie hatten die
188 gleichen Ausdrucksformen und Gedanken. Dies ist nicht nur für die bulgarische Demokratie
189 spezifisch. Das einzige, was die Wähler wollen, ist, dass sie selbst oder jemand wie sie die
190 Regierung übernehmen, in der Hoffnung, dass diese Person die Welt und deren Probleme
191 ähnlich wahrnimmt.

192 **DI:** Hat die bulgarische Bevölkerung die Notwendigkeit für einen charismatischen Leader?

193 **IK:** Jede Politik braucht einen charismatischen Leader. Das Gelingen in einem
194 demokratischen politischen Spiel setzt voraus, dass man die anderen überzeugen kann. Die
195 Demokratie ist eine Regierung durch Überzeugungsarbeit. Sie funktioniert nicht einfach
196 durch rationale Argumente, sondern auch durch die Anziehungskraft der Persönlichkeit, deren
197 Lebenslauf und Fassung. Folglich werden charismatische Persönlichkeiten gebraucht. Dies
198 gilt sowohl für Bulgarien als auch für die Vereinigten Staaten – es ist sehr schwer gewählt zu
199 werden, einen demokratischen Staat zu führen, ohne dabei charismatisch zu sein.

200 **DI:** Wie hoch ist der Preis, den die Bulgaren für den langen Übergang bezahlt haben? Was ist
201 die endgültige Bilanz?

202 **IK:** Die Demokratie garantiert niemandem, dass man besser leben wird. Beispielsweise gibt
203 es nicht-demokratische Länder, die bessere Ergebnisse als die demokratischen Länder
204 aufweisen – Singapur ist das klassische Beispiel. Was die Demokratie den Menschen
205 ermöglicht, ist, dass sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und Fehler die Umgebung, in der
206 sie leben bzw. die Politiker sowie die Situationen verändern können. Ein großer Misserfolg
207 ist, dass wir nichts aus den negativen Erfahrungen in den letzten 25 Jahren gelernt haben und
208 unsere Fehler wiederholen.

209 **DI:** Welches sind Ihrer Meinung nach die Gründe für den langen Übergang?

210 **IK:** Die Gründe sind vielfältig. Der Übergang eines Landes beginnt nicht im Jahr 1989, viele
211 Entscheidungen wurden zuvor getroffen. Vieles, was Bulgarien innerhalb dieser 25 Jahre
212 getan hat, ist unmittelbar mit Entscheidungen von vor 50, 70 bzw. 100 Jahren verbunden. Ein
213 großes Problem des bulgarischen Übergangs ist die Tatsache, dass sich das Auswandern als
214 einer der gewinnbringenden Wege erwiesen hat, wodurch ein großer Teil der jüngeren,
215 energischeren Bevölkerung in seine eigene Entwicklung außerhalb des Landes investiert hat,
216 anstatt in die Entwicklung unseres Landes zu investieren. Dies reduzierte die demokratische

217 Masse wesentlich. Für jede wesentliche Änderung sind nicht nur Ideen bzw. Institutionen
218 erforderlich, sondern eine demokratische Masse an Menschen, die bereit ist, diese Ideen zu
219 verwirklichen. Sehr oft erweisen sich Übergänge, die absolut erfolgreich aussehen, 3-4 Jahre
220 später als problematisch. Sehr oft lässt sich die umgekehrte Tendenz beobachten: Diese
221 Übergänge, die vom Scheitern bedroht sind, können sich weiter positiv entwickeln, zum
222 Beispiel schien der Übergang in Albanien vor 5-6 Jahren völlig ruiniert, und wenn man jetzt
223 die wirtschaftlichen und demographischen Faktoren betrachtet, lässt sich erkennen, dass die
224 Situation besser aussieht.

225 **DI:** Damit sind wir nun am Ende des Gesprächs angekommen! Ich darf mich herzlich bei
226 Ihnen bedanken! Ich wünsche Ihnen alles Gute!

227 **IK:** Nichts zu danken, jederzeit gern! Das wünsche ich Ihnen auch. Auf Wiederhören!

Interview # 5 vom 11.2.2015

Fragen/Aufzeichnung:

Dobromir Ivanov

Masterstudent Politikwissenschaft, Universität Wien

Interviewpartner:

Vili Lilkov, Abgeordneter in der neuesten 43. Nationalversammlung in Bulgarien, Mitglied der Partei DSB und Vorsitzender der DSB für die Stadt Sofia

Durchführungsort:

Parteizentrale der Partei DSB

Interviewtermin:

Mittwoch, 11. Februar 2015, 20:00 Uhr

1 **(Dobromir Ivanov, im Folgenden DI):** Sehr geehrter Herr Lilkov, ich danke Ihnen ganz
2 herzlich im Voraus für die Zeit, die Sie unserem Interview widmen! Meine erste Frage lautet:
3 Glauben Sie, dass der Übergang in Bulgarien bereits abgeschlossen ist? Falls Sie dieser
4 Meinung sind, welches sollte das Datum oder das Ereignis sein, das das Ende des Übergangs
5 bezeichnet?

6 **(Vili Lilkov, im Folgenden VL):** Ich bin nicht ganz sicher, ob man darunter ein und dasselbe
7 versteht, wenn man über Übergang spricht! Das Wort "Übergang" wird in politischer Hinsicht
8 unterschiedlich wahrgenommen, was ich selbst in vielen Angelegenheiten festgestellt habe.
9 Daher sind die Erwartungen der Menschen nach dem 10. November 1989 verschiedenartig
10 und jeder erklärt das Ende des Übergangs mit dem Ergebnis, das man selbst für angemessen
11 hält. Manche erwarteten, die „andere Küste“ zu erreichen, wo sie sich vollen Wohlstand
12 erhofften; andere erwarteten die nächste Entwicklungsstufe des Sozialismus, in der man
13 seinen ganzen Wohlstand beibehalten können sollte. Dritte hielten den Übergang für einen
14 Moment, eine kurze Stufe, an die sich die Reicheren besser und schneller anpassen könnten,
15 wenn die Sowjetunion durch die EU ersetzt würde. Genau deswegen wird über dieses Thema
16 ständig diskutiert, zumal der Beginn des „Übergangs“ die Bulgaren unvorbereitet und unreif
17 für Änderungen traf. Wenn man jedoch über den Übergang als Transformation der politischen
18 Ordnung spricht, dann kann man sagen: Ja, der Übergang ist erfolgt! Das kommunistische
19 System wurde durch das demokratische Modell ersetzt! Falls ein bestimmtes Datum als Ende
20 des Übergangs bezeichnet werden sollte, sollten wir die Mitgliedschaft Bulgariens in der
21 Europäischen Union nehmen, die dem engen politischen Engagement Bulgariens mit
22 Russland praktisch ein Ende setzte, das auch ein Garant für die Existenz des bulgarischen
23 Kommunistischen Staates war.

24 **DI:** Wie meinen Sie? Wer waren Ihrer Meinung nach die wichtigsten politischen Akteure
25 innerhalb der letzten 25 Jahre?

26 **VL:** Wenn man über die Gesellschaft und die Öffentlichkeit spricht, sollten es die
27 Kommunisten und die Antikommunisten sein, die zu unterschiedlichen politischen Parteien
28 und Formationen gehörten, und inoffiziell sind das Persönlichkeiten und Strukturen aus dem
29 Staatssicherheitsdienst und der Parteinomenklatur hinter den Kulissen, die auch von den
30 Gangstergruppen unterstützt werden.

31 **DI:** Welches waren die schwierigen staatlichen Konflikte im politischen Leben während des
32 Übergangs?

33 **VL:** Die schwierigsten Konflikte entstanden bei der Transformation der
34 Eigentumsverhältnisse, während die politische Umwandlung der Gesellschaft in derselben
35 Zeit nicht so stark betroffen war. Die Kommunisten kämpften viel wütender und rasender für
36 Eigentum und wirtschaftlichen Nutzen und ließen sich aus der Sicht ihrer Ideologie zu
37 unglaublichen Zugeständnissen hinreißen, die alle im Namen der persönlichen sowie der
38 Unternehmensvorteile gemacht wurden. Des Weiteren wurden die Plünderung der Banken,
39 die Entwässerung der sozialistischen Betriebe, der Diebstahl der Außenhandelsunternehmen
40 und der Zusammenbruch des Bankensystems in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts durch
41 die kommunistische Nomenklatur mithilfe hoher Vertreter aus dem Staatssicherheitsdienst
42 organisiert und geführt.

43 **DI:** Welche Regierung war Ihrer Meinung nach die erfolgreichste seit 1989 und warum?

44 **VL:** Die Regierung der Vereinigten Demokratischen Kräfte (ODS) mit dem
45 Ministerpräsidenten Iwan Kostow. Diese hat die schwere politische Verantwortung
46 übernommen, die dringendsten und schmerzhaftesten Reformen durchzuführen, vor denen
47 sich zuvor alle gefürchtet hatten. Dafür sollte man immer einen hohen politischen Preis
48 bezahlen.

49 **DI:** Warum hat Bulgarien, Ihrer Meinung nach, erneut Vertreter der alten politischen Elite bei
50 den ersten demokratisch abgehaltenen Wahlen gewählt?

51 **VL:** Damals war Bulgarien zu Veränderungen überhaupt nicht bereit. Es gab keine Leiter und
52 Strukturen, die in der kommunistischen Gesellschaft geschaffen wurden. Der 10. November
53 1989 war meiner Meinung nach "Palastrevolte", die von der bulgarischen kommunistischen
54 Partei vorprogrammiert, organisiert und von der Sowjetunion koordiniert wurde. In Bulgarien
55 gab es keine Dissidenz und außerdem existierte keine intellektuelle Elite. Die bulgarische
56 Gesellschaft nahm die eventuell aufgetretenen Änderungen nach Todor Schiwkow als
57 „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ wahr. Die Erwartungen entsprachen der Demokratie
58 nicht, sondern war es zu erwarten, dass die Geschäfte mit mehr Waren und Gütern versorgt
59 werden. Des Weiteren wurden sowohl die politischen Figuren, die nach dem 10. November in
60 die politische Arena eintraten, als auch die geschaffenen Parteien durch den
61 Staatssicherheitsdienst stark gefördert und entwickelt, oder aber sie stammten unmittelbar aus
62 der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP). Dem kann man hinzufügen, dass die
63 kommunistische Gewalt in Bulgarien und der Staatssicherheitsdienst bei der Durchsetzung
64 der kommunistischen Ideologie, der Unterdrückung des demokratischen Denkens und der

65 Vernichtung des kollektiven Gedächtnisses und Bewusstseins für Demokratie und
66 Bürgerrechte besonders schonungslos agierten, was aus der bulgarischen Bevölkerung eine
67 völlig unterdrückte Masse machte, die sich immer noch immer als nostalgisch bezeichnen
68 lässt und sich dabei schwer tut, sich von ihrer kommunistischen Vergangenheit zu lösen. Es
69 sollte darauf hingewiesen werden, dass ein Widerstand gegen die Diktatur in allen anderen
70 Ländern des Ostblocks organisiert wurde, nur in Bulgarien nicht! Bulgarien stellt eine
71 Ausnahme dar!

72 **DI:** Die Evolution des rechtskonservativen politischen Raums kennt Zeitspannen von
73 Konsolidierung, aber auch Zeitperioden von einer starken Fragmentierung. Wie würden Sie
74 den Ausfall der Positionen der rechten Kräfte sowie ihre Zersplitterung in der Politik in den
75 letzten 10-15 Jahren erklären?

76 **VL:** Die Fragmentierung der rechten politischen Kräfte ist auf die Unreife der rechten Seite in
77 den ersten Jahren nach dem 9. November, auf den Mangel an etablierten Führern/Leitern mit
78 hoher und unumstrittener Autorität in der Gesellschaft und auf die gezielte Schaffung der
79 politischen Kräfte mit Anspruch auf anti-kommunistische oder rechte Orientierung
80 zurückzuführen, die aber in engem Abkommen mit der Bulgarischen Sozialistischen Partei
81 (BSP) und der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) waren. Außerdem hat die rechte
82 Reformregierung von Iwan Kostow nicht die verdient hohe Leistungsbewertung für die
83 durchgeführten Reformen erhalten – ganz im Gegenteil – es wurde ihm die ganze Schuld für
84 die Misserfolge in der Gesellschaft, die von der rechten Seite verursacht wurden,
85 zugeschrieben.

86 **DI:** Wie beurteilen Sie die Ergebnisse einer Studie, die zeigt, dass die Bulgaren die
87 unglücklichsten Europäer sind? Denken Sie, dass ein großer Prozentsatz der Bulgaren der
88 Meinung ist, vor 1989 ein besseres Leben geführt zu haben?

89 **VL:** An erster Stelle sind das Schätzungen, die auf Basis von Untersuchungen unter den
90 Menschen, die damals Bulgarien besiedelten, vorgenommen werden, ohne Rücksicht auf die
91 Meinung der Menschen zu nehmen, die das Land in den Jahren vor und nach dem 10.
92 November verlassen haben bzw. die durch ihre Auswanderung eine kategorische Beurteilung
93 des Lebens in Bulgarien gegeben haben. Andererseits ist es einem großen Prozentsatz der
94 Bulgaren nicht klar, worauf „das gute Leben“ im sozialistischen Bulgarien zurückzuführen
95 war. Darüber hinaus geben unsere Presse, die elektronischen Medien und die
96 Geschichtswissenschaft die genaue Analyse der kommunistischen Vergangenheit auf, weil

97 diese in den Händen der Intellektuellen aus der militärischen Spionageabwehr liegt. So
98 werden die Bürger in der Gefangenschaft von Mythen und Propaganda gehalten.

99 **DI:** Darf ich Ihnen noch eine Frage zum Thema „Das Glück und die Zufriedenheit der
100 Bulgaren von ihrem Leben“ stellen? Die Ergebnisse einer Studie von EUROSTAT zeigt, dass
101 die Bulgaren im Vergleich zu Bürgern aus anderen Ländern, die auch dem Ostblock
102 angehörten, besonders unglücklich sind. Was meinen Sie über diese Statistiken?

103 **VL:** Die Frage nach dem Glück und dem Unglück als ein Lebensgefühl kann man nicht
104 politisch erklären. Dies ist eine Frage der Erziehung, Werte und Lebenseinstellungen, eine
105 Frage von historischem Schicksal. Einige aktuellen Forschungen unter der Bevölkerung in
106 verschiedenen Ländern zum Thema Glück und Lebenszufriedenheit zeigen, dass es keinen
107 direkten Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftsfortschritt des Staates und dem
108 Glücksgefühl unter den Menschen gibt. Leider ist Bulgarien das ärmste Land Europas und aus
109 diesem Grund fühlen sich viele Bulgaren unglücklich.

110 **DI:** Immanente Nachfrage: Eine Interviewpartnerin von mir ist der Meinung, dass der
111 Übergang in Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn etc. als erfolgreicher,
112 effizienter und schneller bezeichnet wird als der Übergang in Bulgarien. Sind sie
113 einverstanden damit und würden Sie bitte die Ihrer Meinung nach zutreffenden Hauptgründe
114 dafür nennen?

115 **VL:** Das ist eher fraglich. Die Unterschiede in der Kultur und in den historischen Erfahrungen
116 dieser Länder sowie ihre Angehörigkeit zu Staaten und Reichen mit Traditionen, die sich von
117 den bulgarischen unterscheiden, haben einen wesentlichen Einfluss darauf ausgeübt.
118 Andererseits geht es hier um die Bereitschaft zu diesem Übergang und die Nähe des
119 politischen Demokratiemodells zu den Traditionen dieser Länder. Ein weiterer Aspekt ist
120 noch sehr wichtig: Diese Länder gehörten nicht zum Osmanischen Reich und waren somit
121 längere Zeit in ihrer Geschichte Bestandteil eines anderen Europas, das ganz anders aussieht
122 als unseres.

123 **DI:** Welches sollte das erfolgreichste politische Regierungsmodell für Bulgarien sein?

124 **VL:** Bulgarien hatte bisher verschiedene Regierungsmodelle, aber zu diesem Zeitpunkt finde
125 ich das duale Parteiensystem als das erfolgreichste politische Regierungsmodell.

126 **DI:** Warum gehen immer weniger Menschen zu den Wahlen und worauf ist die große Kluft
127 zwischen der politischen Elite und den gewöhnlichen Wählern zurückzuführen? Ist dies Ihrer
128 Meinung nach nicht auch eine der Voraussetzungen für den politischen Populismus?

129 **VL:** Es ist ein Mythos, dass die Wahlbeteiligung niedrig ist. Darüber hinaus ist die
130 Wahlbeteiligung in vielen europäischen Ländern niedriger oder vergleichbar mit jener in
131 Bulgarien. Es besteht kein Zusammenhang zwischen der niedrigen Wahlbeteiligung und dem
132 Populismus der Parteien. Für mich ist es ein bisschen beunruhigend, wenn man über die
133 allgemeine Wahlpflicht spricht, da sogar die ausgebildeten Bürger wie Politiker, Journalisten
134 und andere Vertreter der öffentlichen Welt nicht begreifen, dass die Menschen dann zu den
135 Wahlen getrieben werden, die sich in der Regel mit dem öffentlichen Leben kaum
136 auskennen bzw. die keine Stellungnahme zur Öffentlichkeit abgeben können, die als absolute
137 Marginalien in der Gesellschaft gelten, die den politischen Parteien und der Demokratie
138 gegenüber negativ eingestellt sind. Dann werden das Abstimmen gegen Geld, das Abstimmen
139 für populistische Parteien oder das einfache Abstimmen die Oberhand gewinnen und der Preis
140 der gezahlten Abstimmung wird deutlich sinken, weil das Angebot größer sein wird. Sehen
141 Sie sich bitte an, wo heutzutage und im Laufe der Jahre die Wahlbeteiligung am niedrigsten
142 ist, in welchen öffentlichen und sozialen Gruppen, in welchen Regionen und versuchen Sie
143 bitte, die politische Landschaft vorauszusagen, wenn diese zu den Wahlen gehen, um ihre
144 Stimme abzugeben. Mit der Einführung der allgemeinen Wahlpflicht wird unsere Gesellschaft
145 freiwillig in die Falle der Bewegung für Freiheit und Rechte, der DPS, der Bulgarischen
146 Sozialistischen Partei und ATAKA geraten!

147 **DI:** Dann interessiert mich noch die folgende Frage: Warum assoziieren viele Menschen
148 fälschlicherweise den Übergang zur Demokratie mit dem Erreichen eines höheren
149 Lebensstandards und Wohlstands?

150 **VL:** Eigentlich ist dies kein Fehler, da der hohe Lebensstandard und das Wohlbefinden für
151 Länder mit einer konsolidierten Demokratie charakteristisch sind. Dies sind die Länder, in
152 welche die Bulgaren auswandern und in welche die Jugendlichen gehen, um zu lernen und zu
153 studieren. Anders steht es um die Frage mit den Traditionen in diesen Ländern und der
154 jahrelangen Arbeit und Opfer ganzer Völker bei Schaffung und Schutz der Demokratie und
155 der demokratischen Traditionen und Werte.

156 **DI:** Wir sind am Ende unseres Gesprächs angekommen! Ich darf mich ganz herzlich
157 bedanken.

158 **VL:** Bitte schön! Ich freue mich, dass wir über den bulgarischen Übergang diskutiert haben.
159 Vielleicht können Sie Ihre Arbeit ja dann auch veröffentlichen, damit das Thema wieder
160 einmal aufgegriffen wird.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttonsozialprodukt. Bulgarien 1939-1988.....	12
Abb. 2: Zufriedenheit und Glück in den EU-Ländern.....	53
Abb. 3: So glücklich sind die Europäer.....	54
Abb. 4: How satisfied are people with their lives in the European Union.....	55
Abb. 5: Parlamentswahlen 2005 in Bulgarien.....	82
Abb. 6: Die Staatspräsidenten Bulgariens seit 1990.....	87
Abb 7: Übersicht der durchgeführten Experteninterviews (Quelle: eigene Erarbeitung).....	91

Abkürzungsverzeichnis

BGL = Bulgarischer Lev (Balgarski Lev; Български лев)

BKP = Bulgarische Kommunistische Partei (Im April 1990 in BSP umbenannt), (Bulgarska Komunisticheska Partiya; Българска Комунистическа Партия)

BNB = Bulgarische Nationalbank (Balgarska Natsionalna Banka; Българска Национална Банка)

BNR = Bulgarischer Nationaler Hörfunk (Balgarsko Natsionalno Radio; Българско Национално Радио)

BNT = Bulgarisches Nationales Fernsehen (Balgarska Natsionalna Televizia; Българска Национална Телевизия)

BIP = Bruttoinlandsprodukt

BSDP = Bulgarische Sozialdemokratische Partei (Mitglied in der SDS), (Balgarska Socialdemokraticheska Partiya; Българска Социалдемократическа Партия)

BSP = Bulgarische Sozialistische Partei (Balgarska socialisticheska partiya; Българска Социалистическа Партия)

BZNS = Bulgarischer Bauernbund (Balgarski Zemedelki Narodni Sajuz; Български Земеделски Народен Съюз)

DDR = Deutsche Demokratische Republik

DP = Demokratische Partei (Mitglied in der SDS) (Demokraticheska Partiya; Демократическа Партия)

DPS = Bewegung für Rechte und Freiheiten (Dvizhenie za prava i svobodi; Движение за права и свободи)

DS = Staatssicherheit (Darzhawna sigurnost; Държавна сигурност)

DSB = Demokraten für ein starkes Bulgarien (Demokrati za silna Bulgariya; Demokrati za Silna България)

EK = Europäische Kommission

EP = Europäisches Parlament

EVP = Europäische Volkspartei

EU = Europäische Union

GERB = Bürger für Europäische Entwicklung Bulgariens (Grazhdani za evropeisko razvitie na Balgariya; Граждани за Европейско Развитие на България)+

MOEL = Mittel- und osteuropäische Länder

NATO = Organisation des Nordatlantikvertrags

NDSV = Nationale Bewegung Simeon II (Natsionalno Dvizhenie Simeon Vtori; Национално Движение Симеон Втори)

ODS = Vereinigte Demokratische Kräfte (Nachfolger der zersplitterten SDS), (Obedineni demokratichni Sili; Обединени Демократични Сили)

RB = Reformblock oder Reformistischer Block (Nachfolger von DSB), (Reformatorski blok, Реформаторски блок)

RDP = Radikaldemokratische Partei (Mitglied in der SDS) (Radikaldemokraticheska Partiya; Радикалдемократическа Партия)

RGW = Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

SDS = Union der Demokratischen Kräfte (Sajuz na demokratichnite Sili; Съюз на Демократичните сили)

TKZS = Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Trudovo Kooperativno Zemedelsko Stopanstvo; Трудово Кооперативно Земеделско Стопанство)

ZKBKP = Zentralkomitee der Bulgarischen Kommunistischen Partei (Zentralen Komitet na BKP; Централен Комитет на БКП)

Lebenslauf des Verfassers



Persönliche Daten:

Vor- und Nachname Dobromir Ivanov

Adresse General Skobelev 59, 1606 – Sofia, Bulgarien

E-Mail dobromir.zh.ivanov@gmail.com

Geboren am 17.02.1988

Familienstand ledig, keine Kinder

Staatsbürgerschaft bulgarisch

Ausbildung

1995 - 2002 Schule Georgi Stojkow Rakowski, Sofia, Bulgarien

2002 - 2007 Deutschsprachiges Gymnasium Prof. Dr. Konstantin Galabow, Sofia, Bulgarien,
Matura mit ausgezeichnetem Erfolg

10/2007 - 08/2011 Bakkalaureatstudium der Europäischen Studien an der Sofioter Universität,
Sofia, Bulgarien, Abschluss mit ausgezeichnetem Erfolg

10/2008 – 3/2009 Erasmus Austauschstudent an der Universität Osnabrück, Osnabrück,
Deutschland

10/2011-2015 Masterstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

Abstract (deutsche Fassung)

Die vorliegende Masterarbeit hat zum Gegenstand die Entstehung der Demokratie in Bulgarien und die Wesenszüge der Demokratisierung Bulgariens nach der Wende im Jahr 1989 näher zu erforschen. Das *Ziel* dieser Arbeit ist es zu analysieren, warum sich der Prozess der Demokratisierung in Bulgarien so lange hingezogen hat und welches die wesentlichen Grundzüge dieser Zeit waren. Im Mittelpunkt steht die Analyse der wichtigsten Aufgaben, Konflikte und Akteure im Prozess der Demokratisierung Bulgariens. Der EU-Beitritt Bulgariens weist ein Ende der tiefgreifenden Änderungen und Reformen in Bulgarien auf – die Übergangsperiode. Das Ziel der am 10. November 1989 begonnenen Veränderung war der Wechsel des damals herrschenden Systems eines staatlichen Sozialismus sowjetischen Typs durch die für Westeuropa typische parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft. Der politische Übergang wurde noch mit der demokratischen Rückkehr der BSP auf die Macht 1994 erreicht, obwohl einige Politologen und Soziologen der Auffassung sind, der Übergang sei mit den Wahlen 2001 abgeschlossen worden, die dem bipolaren Modell ein Ende setzten. Viel mehr Zeit und Mühe kostete aber die Umformung der zentralisierten Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Dies war eine der Hauptforderungen, die Brüssel besonders in den sog. Übergangsländern unter die Lupe nahm. Mit Rücksicht auf die Dauer des Beitrittsprozesses, der strikten Kontrolle und Beobachtung der Bewerberländer, insbesondere die Forderung der Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien für den Beitritt zum gemeinsamen europäischen Raum, kann angenommen werden, dass der EU-Beitritt der Beweis dafür ist, dass Bulgarien über ein stabiles pluralistisches politisches System und eine konkurrenzfähige Marktwirtschaft verfügt.

Abstract (englische Fassung)

The master's thesis at hand deals primarily with the emergence of democracy in Bulgaria and the essence of the Bulgarian democratization process after the fall of the iron curtain in 1989. The main *objective* of the paper is to analyze the reasons for the length of the time period that was needed for the fulfillment of the democratization process in Bulgaria along with the basic features of this era. First and foremost, crucial tasks, conflicts, and actors in the Bulgarian democratization process undergo a detailed analysis in the course of the thesis. The Bulgarian accession to the EU marks an end to the profound changes and reforms in the country during the so-called transition period. The aim of the shift beginning on November 10, 1989, was the transition from the formerly prevailing system of Soviet-type state-run socialism to parliamentary democracy and market economy typical for most West European countries. The political shift was reached by the democratic return to power of the BSP in 1994, although a number of political scientists and sociologists argue that the transition period was terminated after the elections in 2001, which set an end to the so-called bipolar model in Bulgarian politics. A lot more time and effort needed to be invested for reshaping the economy from a controlled to a market-oriented system. This process posed one of the challenges scrutinized particularly closely by Brussels in the so-called transition states. Considering the duration of the process of accession, the strict control mechanisms and scrutiny towards the applying countries – particularly the necessity of fulfilling all political and economic requirements for being accepted as a member of the European Union – we can assume that the accession to the EU constitutes sufficient proof for Bulgaria's command of a stabile pluralistic political system and competitive market economy.